DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

138 13. JAHRGANG März '96 8,00 DM

SCHWERPUNKTTHEMA:

Das Comeback der Atomindustrie

Demonstration gegen den Bau des AKW Brokdorf, Brokdorf, 28.2.1981

Foto: Ralph Rieth

Der Widerstand gegen Atomenergie hat was von »Schnee von gestern«. Seit Harrisburg und Tschernobyl glaubt kaum jemand mehr ernsthaft, daß sich die Atommafia noch einmal breit machen könnte. In Deutschland wurde kein neues Akw mehr in Betrieb genommen. Seit 1988 wurden Investitionen von über 15 Milliarden Mark für kerntechnische Anlagen vergeigt, u.a. der Schnelle Brüter in Kalkar und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Weitere 11 Milliarden Mark sind derzeit in Kernenergieanlagen gebunden, deren Fertigstellung bzw. Nutzung wegen gerichtlicher Auseinandersetzungen oder ausstiegsorientiertem Gesetzesvollzugs einzelner Landesregierungen gefährdet sind. (Handelsblatt 7.9.95)
Der »Spiegel« schreibt seit Jahren den Ausstiegswillen der Energieversorgungsunternehmen (EVU's) herbei und doch droht uns möglicherweise ein schlechtes Erwachen: Hardliner aus Politik und Wirtschaft bereiten ein Comeback der Atomenergie vor. Ob damit die Erfolge aus 20 Jahren Anti-Atom-Bewegung verspielt sind, liegt mit an unserer Bereitschaft, ihre Schweinereien wieder aufmerksamer zu verfolgen. Eine kleine Hilfe hierzu soll dieser Bericht sein, in dem wir Informationen aus den letzten zwei Jahren zusammenfassen und versuchen, Tendenzen deutlich zu machen.
Auf gehts.
Mit diesem und anderen Beiträgen auf den Seiten 6 bis 9.●

AUS DEM INHALT:

NEUAUFLAGE BUNTE SEITEN

Wie angekündigt werden die BUNTEN SEITEN 1996 Ende Mai vorliegen. Unseren AbonnentInnen bieten wir diese zum Sonderpreis von 20 DM, zzgl. 3 DM Versandkosten an. Vorbestellungen unter Angabe der Abo-Nr. und Beilage des Betrages als Scheck oder in Briefmarken bitte an die Heidelberger Anschrift bis zum 20. Mai 1996.

WEGLAUFHAUS ERÖFFNET

Als Pilotprojekt präsentiert sich seit Januar 1996 das erste Weglaufhaus in Berlin. 13 obdachlose Psychiatriebetroffene finden dort für maximal ein halbes Jahr Unterkunft und Unterstützung bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Probleme. Seite 2

BIT FÜR BIT

ist das Kennwort einer Serie von Informationen zur Projektarbeit mit dem Computer. In dieser Artikelfolge soll als Querschnitt von betriebsbezogenen Computerthemen all das abgehandelt werden, was »Schnittstellen unserer Rechner zu Finanzamt, Banken, Staat« und »seiner Telekom« darstellt und daher als unser ökonomischer Nabel zur Informationsgesellschaft anzusehen ist. Den Anfang machen wir mit »Bit für Bit – der Fiskus zählt mit!« Seite 3

KOMMUNE-INFO-TOUR

Anfang Februar waren neun KommunardInnen aus sieben Kommunen im Norden der Republik unterwegs, um über ihre Lebensform zu berichten. Über den Ablauf der Tour berichtet Peter Dangelmeyer aus der Kommune Niederkaufungen.
24 Jahre nach Gründung der ersten Longo mai-Kooperative weiteren Gründungen (fünf in Frankreich, eine in Österreich, eine in der Schweiz) wurde jetzt in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Kauf des Hofes »Ulenkrug« die erste deutsche Long mai-Kooperative gegründet. Seite 4

FAIRER HANDEL

Ende Januar veranstaltete die Bananen-Kampagne mit VertreterInnen aus Deutschland, Holland, Österreich und Costa Rica ihr drittes Forum um die gelbe Frucht. Das Motto der Veranstaltung: »Gebt fair gehandelten Bananen eine faire Chance«. Seite 5

SOZIALPOLITIK

Wir dokumentieren das »3. Sozialpolitische Manifest«, das Anfang Dezember 1995 auf dem Kasseler »Sozialpolitischen Forum« verabschiedet wurde. Seite 10/11

BETRIEBLICHE UMWELTPOLITIK

Burghard Flieger gibt einen Überblick über zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema Öko-Audit. Von der Auditwelle zur Bücherflut auf Seite 12.

GENOSSENSCHAFTEN

Produktivgenossenschaften werden meistens unter dem Blickwinkel der Transformation oder des Scheiterns betrachtet. Ziel einer neuen Buchveröffentlichung von Burghard Flieger zum diesem Thema ist es, diesen Blickwinkel zu erweitern. Ein Beitrag von Karin Schröder auf Seite 13.

P 8008 E

BERUFSVERBOT FÜR HANDWERKERiNNEN?

Wende im Reisegewerberecht verpaßt

Es droht eine neues Berufsverbot. Diesmal sind HandwerkerInnen betroffen. Der Paragraph 55 der Gewerbeordnung, der Reisegewerbe regelt, soll dicht gemacht werden. Handwerk ohne MeisterInnenbrief soll gänzlich wegfallen. Baden-Württemberg macht sich mittels der Verwaltungsgerichte zum Vorreiter der Lobbyisten, die ihren Einfluß bis in die Gewerbe- und dnungsämter ausgedehnt haben. Der neue Berufsverband unabhängiger HandwerkerInnen (BUH) wird diese Praxis und das Recht auf freie Berufsausübung bis hoch zum Bundesverfassungsgericht klären lassen.

Michael Wörle, Red. Handwerk ● Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hatte den Fall eines Malergesellen zu entscheiden, der sein Handwerk ohne Meisterprüfung und Handwerksrolleneintragung mit einer Reisegewerbeerlaubnis ausübte. Dieser hatte sich an die Bestimmungen des § 55 GewO gehalten. Er hatte (ohne zuvor bestellt worden zu sein) bei Bauherren, Architekten, Handwerksunternehmern zwecks Aufträgen vorgesprochen und war in der Lage, Teilleistungen auf Wunsch sofort zu erbringen (sofortige Leistungsbereitschaft). Damit erfüllte er die Voraussetzungen für Reisegewerbetreibende im Rest der Republik.

Mit seinem Beschluß vom 12.9.1995 gab jedoch der VGH dem Begehren der Ordnungsbehörde statt, die erstinstanzlich vergeblich versucht hatte, dem Malergesellen sein Reisegewerbe zu untersagen.

Mit diesem Beschluß hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg ausdrücklich den Bruch mit seiner bisher freiheitlichen, an Artikel 12 GG orientierten Rechtsprechung vollzogen. Die beabsichtigte Wende mißlang jedoch gründlich. Ausgerechnet der Gerichtshof, der 1972 durch einen wegweisenden Beschluß deutlich machte, daß die Handwerksausübung ohne Meisterbrief im Reisegewerbe nach § 55 GewO rechtens ist, hat nun nicht recht überzeugend versucht, die Handwerksausübung im Reisegewerbe der Regelung im stehenden Gewerbe anzupassen, für die seit 1953 die Handwerksordnung gilt. Demnach darf ein Handwerk im stehenden Gewerbe nur aufgrund der Eintragung in die Handwerksrolle ausgeübt werden. Die Rolleneintragung erfolgt in der Regel nur mit Meisterprüfung. Dieses handwerkliche Berufsmonopol galt bislang jedoch im Grundsatz nicht für das Reisegewerbe. Denn der Gesetzgeber hatte darauf verzichtet, das Reisegewerbe der handwerklichen Meisterpflicht zu unterwerfen.

Während der VGH 1972 in einleuchtender Logik darlegte, dem Schutzzweck des § 55 GewO entspreche es nicht, nur den Vertragsschluß, nicht aber auch die Vertragserfüllung von der Erlaubnispflicht des Reisegewerbes umfaßt zu sehen, so erklären ihre Enkel: Diese »Auffassung ... gibt der erkennende Gerichtshof auf«! Steht nun das Reisegewerberecht vor einer grundlegenden Wende?

Während die Handwerksorganisationen bereits begonnen haben, Reisegewerbetreibende zu sich zu zitieren, um ihnen im wahrsten Sinne des Wortes das Handwerk zu legen, ist Euphorie allerdings verfrüht. Denn der Beschluß des »erkennenden« Gerichtshofes steckt voller Ungereimtheiten. Sollte er jedoch bundesweit zur Anwendung kommen, dann würde das Reisegewerbe als großer Wirtschaftszweig mit circa 1,5 Millionen Angehörigen um eine interessante Dimension ärmer werden.

Fortsetzung auf Seite 3

CONTRASTE INTERN

Redaktionsplenum tagt in Heidelberg

Welche Beiträge werden in den nächsten zwölf Ausgaben die Schwerpunktthemen der CONTRASTE bestimmen? Wie können wir inhaltlich und gestalterisch das Produkt CONTRASTE verbessern und die Auflage soweit anheben, daß das Überleben unserer Zeitung zumindest in der bisherigen (ehrenamtlichen) Struktur für die nächste Zeit sicher gestellt ist? Diese zentralen Fragen werden das CONTRASTE-Plenum am 30. März in Heidelberg bestimmen.

Von Dieter Poschen, Red. Heidelberg ● Frischen Wind erwarten wir uns durch die Beteiligung neuer Redaktionen aus dem Saarland und dem Raum Göttingen, die sich bei der Redaktionskonferenz im Heidelberger Zündsatz-Produktionsbüro vorstellen wollen. Vielleicht finden sich noch weitere LeserInnen, die gute Ideen, Lust und Laune haben, am Treffen teilzunehmen. Sie sind jedenfalls hierzu herzlichst eingeladen. Am 30. März ab 10 Uhr solls losgehen. Damit wir Bescheid wissen, bitten wir um telefonische Rückmeldung unter Telefon 06221-16 24 67 bis zum 28. März.

Im Hintergrund steht immer...

... die leidige Finanzfrage, denn auch bei unseren ehrenamtlichen Strukturen ist das monatliche Erscheinen nur durch Bezahlung vieler Dienstleistungen (z.B. Satz, Druck, Postzeitungsvertrieb, Telefon, Fax etc.) sichergestellt. Warum nicht das Anzeigenaufkommen erhöhen, wäre eine naheliegende Frage, die jedoch Gefahren birgt. Das läßt sich zum Beispiel an der in den letzten Monaten geleisteten Berichterstattung zum Fairen Handel aufzeigen. Unsere kritische Haltung hatte zur Folge, daß potentielle Anzeigenkunden abspringen und weder in CONTRASTE noch in der anstehenden Neuauflage der BUNTEN SEITEN werben wollen. Auf dem »alternativen Anzeigenmarkt« so scheint es, ist also nur noch etwas zu holen, wenn die Berichterstattung nach Marketing-Gesichtspunkten stattfindet. Wie das gemacht wird, zeigen uns die vielen in den letzten Jahren auf dem Öko-Sektor entstandenen KundInnen-Zeitungen, regionale und überregionale Umweltmagazine sowie Verbandszeitungen. Vierfarbig aufgemotzt und erfolgreich (auf dem Anzeigenmarkt) bringen sie den LeserInnen die nur auf ihr Image bedachten Öko-Produkte näher, verbunden allzuoft mit entsprechender Hofberichterstattung. So manchesmal lassen sie sich dieses Konzept sogar zusätzlich versüßen: z.b. mit Freiflügen nach Mexiko, um einen Beitrag über Arbeitsbedingungen auf Fincas zu recherchieren.

Bleibt noch ein Blick auf die mit CONTRASTE schon längere Zeit verknüpfte Alternativwirtschaft als potentielle Anzeigenkunden. Diese sind auf dem Markt durchaus erfolgreich, haben auch entsprechende Werbeetats und wissen diese auch einzusetzen. Ihre Anzeigen erscheinen in ökologischen Einkaufsführern und Öko-Magazinen, direkt neben den sich jetzt auch umweltbewußt gebenden Firmen wie Siemens, Nixdorf oder neben denen von Banken. CONTRASTE jedoch erfährt bei seiner Anzeigenakquise immer wieder: »Bei Euch gibt es zuwenig Rücklauf, leider müssen wir mit unserem Etat rechnen, tut uns wirklich leid ...«. Denjenigen Betrieben mit Ansprüchen und Zielen, die über das rein marktwirtschaftliche hinausgehen, die trotzdem inserieren (kann auch eine Frage des Image sein), sei an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen.

Unser wichtigstes Standbein sind jedoch ...

unsere Leserinnen und Leser

Selbstbewußt wie wir sind, glauben wir Euch jeden Monat ein gutes Produkt auf den Tisch zu legen. Nicht nur das – wir arbeiten auch ständig an der Verbesserung dieses Produktes. Jedoch die hierfür nötigen Ressourcen sind zu knapp – schon ein Ausfall unseres Laserdruckers oder das Implodieren eines Bildschirms kann die ehrenamtliche Crew zum Wahnsinn treiben. Da fehlen plötzlich 200 Mark für ein Ersatzteil und gefährden die Produktion. Dabei würden lächerliche 200 Neuabos schon reichen, um das Überleben der Zeitung samt ihrer unabhängigen Berichterstattung einigermaßen abzusichern. Auch die Umstellung eines Normalabos auf ein Förderabo würde der CONTRASTE zur Stabilität verhelfen (Coupon siehe unten). Deshalb die Bitte um weitere Unterstützung, damit wir auch weiterhin unabhängig und kritisch erscheinen können. Unterstützen könnt Ihr uns z.B. auch, indem Ihr unseren Werbefalter im A4-Format Eurer Gechäfts- und Privatpost beilegt (Bestellungen unter Angabe der Stückzahl an die Heidelberger Anschrift, Schnupperabos (10 DM für drei Ausgaben) oder Normalabos verschenkt oder unserem Redaktionskreis beitretet.

Ansonsten erhoffen wir uns einen frühlingshaften Aufschwung durch unser Heidelberger Plenum, daß bei schönem Wetter unterm Pflaumenbaum tagen wird und durch Euer verstärktes Engagement für CONTRASTE, liebe LeserInnen.●

JURISTISCHES NACHSPIEL

Polizei vor die Tür gesetzt

Sie kamen, sahen und mußten wieder gehen. Nur von kurzer Dauer war der Auftritt von zwei stadtbekannten Polizisten auf der Veranstaltung »Kriminalisierung des kurdischen Befreiungskampfes« am 2. Februar 1996 in Saarbrücken.

Von Gertrud Selzer, Losheim ● Nach eigenen Angaben wollten sie sich zwecks Weiterbildung das Referat des Freiburger Rechtsanwaltes Michael Schubert anhören. Nach mehrmaligen öffentlichen Aufforderungen durch die Veranstalterin, die »Aktion 3. Welt Saar«, den Saal zu verlassen, gingen sie schließlich. Die Veranstalterin war nicht bereit, die Veranstaltung unter Polizeikontrolle durchzuführen.

Als erste Reaktion veranlaßten die betroffenen Polizisten – hier vor allem Kriminalhauptkommissar Werner Michaltzik von der Polizeiinspektion Saarbrücken-Mitte – daß die »Aktion 3. Welt Saar den städtischen (!) Raum nicht mehr anmieten kann. Das gleiche Schicksal traf wenige Tage später auch die Kurdistan-AG des Internationalismus Referates vom ASTA der Universität des Saarlandes. Die hatten nämlich der Polizei ebenfalls die kalte Schulter gezeigt und mitgeteilt, daß sie bei ihrer Kurdistan-Veranstaltung unerwünscht sei.

Im zweiten Schritt strebt einer der Polizisten eine Zivilklage gegen einen Mitarbeiter der »Aktion 3. Welt Saar« und freien Journalisten an. Ihm wirft er durch seinen Anwalt vor, er hätte auf der Veranstaltung fotografiert und Portraitaufnahmen von seiner Person gemacht. Außerdem hätte er »Zugang zu legalen und illegalen Publikationsorganen«. Er fordert die Herausgabe der angeblich entstandenen Fotos und Negative und verlangt bei Zuwiderhandlung 10.000 DM Schadensersatz. Zu guter Letzt kündigt er auch noch Anspruch auf Schmerzensgeld an.

Zufall oder Absicht – der Polizeibeamte läßt sich von der Anwaltskanzlei Walter Teusch & Co vertreten. Teusch ist Landesvorsitzender der FDP-Saar und enger politischer Weggefährte des FDP-Rechtsaußen Alexander von Stahl. In seinen Tiraden gegen Flüchtlinge und Menschen nichtdeutscher Herkunft ging Teusch so weit, daß ihm sogar die »Saarbrücker Zeitung« rassistische Tendenzen attestieren mußte.

Das Ganze läuft offensichtlich auf einen Prozeß hinaus, die IG-Medien gewährt Rechtsbeistand.●

ARCHIV SOZIALE BEWEGUNGEN

Archiv ausgebrannt – aber wir machen weiter!

Das im linken Hamburger Stadtteilzentrum »Rote Flora« angesiedelte »Archiv Soziale Bewegungen« brannte am 28. November 1995 vollständig aus, als Ursache ist sehr wahrscheinlich von Brandstiftung auszugehen. Nahezu der komplette Archivbestand zu linker und linksradikaler Geschichte seit den 60er Jahren – das Ergebnis von acht Jahren Sammeltätigkeit – wurde vernichtet. Der materielle Schaden beträgt mindestens 70.000 DM, der immaterielle ist nicht schätzbar.

Da die ArchivarInnen weitermachen wollen, sind sie bundesweit auf Geld- und Materialspenden angewiesen. Wer/welche also Bücher, Broschüren, Flugblätter, Zeitschriften, Plakate etc. abzugeben hat, möge sich an Archiv, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg wenden und seine Spendenabsicht mitteilen (bitte keine Materialien ohne Vorabsprache einsenden). Spendenkonto: Schröder/Archiv, Kontonr. 12 26 75 03, Hamburger Bank (BLZ 201 900 03). be

ERSTES PILOTPROJEKT NACH ZÄHEN VERHANDLUNGEN

Das Weglaufhaus eröffnet

Redaktion Bremen ● Am 1. Januar 1996 nahm das Weglaufhaus in Berlin-Reinickendorf seinen Betrieb auf. 13 obdachlosee Psychiatriebetroffene, die das psychiatrische Netz verlasseen haben und ihr Leben wieder in die eigene Hand nehmeen wollen, finden für maximal ein halbes Jahr Unterkunft und Unterstützung bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Probleme. Im Team arbeiten 10 Teilzeitkräfte (u.a. SozialarbeiterInnen, ehemalige Psychiatriebetroffene, PsychologInnen). Nicht aufgenommen werden können Alkohol-und Drogenabhängige sowie gerichtspsychiatrisch Untergebrachte.

Pilotprojekt nach zähen Verhandlungen

Das Pilotprojekt, das erste seiner Art in Deutschland, finanziert sich über §72 BSHG (Hilfe bei besonderen sozialen Schwierigkeiten). Der Übereinkunft mit der Senatsverwaltung für Soziales im November 1995 gingen jahrelange zähe Verhandlungen und immer wieder neue bürokratische Auflagen voraus. Der Tagessatz beträgt 206,60 Mark und wird von den Sozialämtern übernommen. Mit ihm sind jedoch nur die notwendigsten Leistungen abgedeckt.

Das Haus sollte bereits 1990 öffnen, nachdem ein anonymer Spender dem Träger der Einrichtung, dem gemeinnützigen Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V., 1 Million Mark zum Kauf eines Hauses angeboten hatte. Die große Koalition ließ jedoch kurz darauf die Finanzierung platzen, die die rotgrüne Regierung zuvor zugesagt hatte.

»Villa Stöckle« – erstes Weglaufhaus in der BRD seit 1.1.1996

Asyl mit holländischem Vorbild

Das Weglaufhaus ist ein den Frauenhäusern vergleichbares Asyl. Die Konzeption des Projekts orientiert sich an der langjährigen Praxis der niederländischen Weglaufhäuser. Obwohl eine Vielzahl psychosozialer Einrichtungen in Berlin den großen Bedarf an einer nichtpsychiatrischen Einrichtung für Menschen bestätigten, die zwar psychische und soziale Probleme haben, jedoch noch größere Furcht vor Psychodiagnostik und Zwangsbehandlung, dauerte es Jahre, bis die Bürokratie den Bedarf für Weglaufhäuser anerkannte.

Entmündigung, Verabreichung von Psychopharmaka sowie Elektroschocks und Fixierungen gehören zum Alltag in der Psychiatrie. Eine rechtswirksame Aufklärung über mögliche Behandlungsschäden findet in aller Regel nicht statt. Auch in gemeindepsychiatrischen Einrichtungen gibt es kein Recht auf psychopharmakafreie Hilfe. Viele Menschen erfahren diese Methoden als Gewalt und Nötigung, der sie entfliehen wollen.

Selbstbestimmung und Menschenwürde

Nach einer Flucht aus der Psychiatrie aber finden sich die Weggelaufenen häufig ohne Wohnung, Arbeit und Geld auf der Straße wieder. Diesen Menschen wird im Weglaufhaus nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern auch Unterstützung bei der Bewältigung ihrer medizinischen, psychischen, juristischen und sozialen Probleme angeboten. Ein großes Problem für die politisch Verantwortlichen war das Eingeständnis, daß ihre Psychiatrie zumindest für einen Teil der Betroffenen »zum Davonlaufen« ist.

Umstritten war auch die antipsychiatrische Ausrichtung: die Betonung von Selbstbestimmungsrecht, Menschenwürde und Nutzerkontrolle. Letztere wird dadurch sicher gestellt, daß im Trägerverein sowie im Weglaufhausteam ehemalige Psychiatriebetroffene mitarbeiten und ein Vetorecht haben. Das Weglaufhaus »Villa Stöckle« ist benannt nach Tina Stöckle, der viele Jahre antipsychiatrisch aktiven und 1992 verstorbenen Mitbegründerin des Projekts.

Finanzierungshilfen

Das Projekt konnte seine Vorlauffinanzierung dank einer Patenschaftsaktion sichern. Viele EEinzelpersonen oder vereine überwiesen einmalig oder monatlich kleinere oder größere Geldbeträge, um die notwendigsten Kosten zu begleichen. Weitere großzügige Unterstützung kam u.a. von der Aktion Sorgenkind, der Lotterie PS-Sparen (Berliner Sparkasse), der Glücksspirale, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband. Persönlichkeiten wie Dr. med. Ellis Huber, Präsident der Ärztekammer Berlin, oder Prof. Wold-Dieter Narr vom Komitee für Grundrechte unterstützten das Projekt ideell ebenso wie Personen quer durch die politische Parteienlandschaft.

Wie üblich bei sozialen Einrichtungen in Wohnvierteln Besserverdienender, haben einige Nachbarn Klage auf Rücknahme der Betriebserlaubnis eingereicht.

Da dem Verein aufgrund der hohen Umbau- und Einrichtungskosten des Hauses Geld an allen Ecken und Enden fehlt, ist er dankbar für jede Spende (Spendenkonto 31143-104, Postbank Berlin). Die Einrichtung ist ab sofort erreichbar unter (0 30) 40 63 21 46.●

Aus einer Presseerklärung des Vereins zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V.

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Wende im Reisegewerberecht verpaßt

Nach einhelliger Auffassung aller Kommentatoren des Gewerberechts ist völlig unstrittig, daß grundsätzlich alle handwerklichen Berufe im Reisegewerbe ausgeübt werden dürfen. Eine zentrale Ausnahme betrifft nach § 56 Abs. 1 Nr. 6 GewO lediglich das Friseurhandwerk, das nur mit Handwerksrolleneintragung im Reisegewerbe ausgeübt werden darf. Das Beispiel zeigt, daß der Gesetzgeber nicht pauschal die Ausübung eines Handwerks ohne Meisterprüfung im Reisegewerbe unterbinden wollte. Doch die Richter des VGH sehen das anders. Zwar wiederholen auch sie, was unter Experten unumstritten ist. Doch gehen sie dann Schritt für Schritt daran, die Nutzung des Reisegewerbes für Handwerker durch eine einengende Rechtsauslegung ad absurdum zu führen. Beispiel: Nach bisheriger Rechtsprechung muß der Handwerker im Reisegewerbe bereit sein, seine Leistungen sofort zu erbringen. Dabei genügte es, mit Teilleistungen zu beginnen. Der VGH nun unterscheidet nun plötzlich zwischen lediglich »untergeordneten Vorbereitungsarbeiten« und der »Ausführung des eigentlichen Auftrags«. Geht es nach den Richtern des VGH, so sollen untergeordnete Vorbereitungsarbeiten fortan nicht mehr als Merkmal für die »sofortige Leistungserbringung« ausreichen.

Nun kommt jeder gewerbliche Auftrag erst zur Ausführung, wenn Kalkulation, Angebotsabgabe und -annahme, Materialbesorgung, Aufmaß und sonstigen Schritte der Arbeitsvorbereitung vollzogen sind. Ohne Vorbereitung keine Ausführung. Und jeder Fachmann weiß, daß eine gründliche Vorbereitung Grundlage guter Leistungen ist. Häufig macht gar die Ausführung des eigentlichen Auftrags bei entsprechender Maschinenausstattung lediglich einen Bruchteil des Gesamtaufwandes aus. Nur wenn hier praxisfremde Maßstäbe angelegt werden, wird die handwerkliche Leistungserbringung rechtlich unmöglich.

Wie stellt sich nun der VGH die Arbeit eines Malers vor, über dessen Schicksal in dem vorliegenden Fall zu entscheiden war? Dazu gibt uns der VGH-Beschluß interessante Hinweise. Zu den Vorbereitungsarbeiten rechnen die Richter das Grundieren der zu streichenden Flächen. Von dem das Grundieren vorbereitende Schleifen, Spachteln oder Tapeten abziehen ist überhaupt nicht die Rede. Das alles zählt nicht zum eigentlichen Auftrag. Nur der Schlußanstrich, der für den Laien das eigentliche Ergebnis ist, ist folglich die eigentliche Arbeit. Und mit diesem soll nun der Reisegewerbetreibende nach Auffassung des VGH sofort beginnen. Tut er das nicht – und welcher Maler mit Berufsehre täte das – »läge kein Reisegewerbe, sondern stehendes Gewerbe vor ... Die Ausübung eines Handwerks im stehenden Gewerbe ist indessen nur den in die Handwerksrolle eingetragenen selbständigen Handwerkern gestattet (§ 1 Abs. 1 HWO) und damit muß der Maler im Reisegewerbe ohne Meisterbrief seine selbständige Berufsausübung einstellen. Dagegen richtet sich nun die Verfassungsbeschwerde, die von dem Betroffenen inzwischen eingelegt wurde.

Nun meint der »erkennende« Gerichtshof, daß eine »einschränkende Auslegung der Begriffe des Anbietens einer Leistung und des Aufsuchens von Bestellungen auf Leistungen in § 55 Abs. 1 Nr. 1 GewO auch im Interesse einer klaren Abgrenzung zum stehenden Gewerbe« (dem organisierten Vollhandwerk) geboten sei. Das ist neu! Es entspricht zwar den Interessen der Handwerksorganisationen. Es untergräbt jedoch das Berufsrecht der – das ist wenig bekannt – noch immer zahlreichen wandernden Gesellen, die auf Tippelei nicht nur bei Meisterbetrieben auf Arbeit vorsprechen, sondern auch beispielsweise bei Land-

Foto: A. Küstermann

wirten und deren Höfe instandsetzen. Reisende Zimmerleute, die selbständig Leistungen anbieten, würden damit wegen unerlaubter Handwerksausübung nach der Handwerksordnung und nach dem Schwarzarbeitsgesetz mit bis zu 100.000 DM Geldbuße belegt werden können. Welcher Handwerker möchte, wenn er diese Rechtslage kennt, dann überhaupt noch auf Wanderschaft gehen?

Nach dem Beschluß des VGH vom 23.1.1995 kommt für Reisegewerbetreibende nicht nur die Ausführung von Malerarbeiten, sondern auch die »Ausführung von Zimmerer-, Holzbau- und Bedachungsarbeiten ... regelmäßig nicht« in Betracht. Reisegewerbetreibende seien zwar berechtigt, Aufträge hereinzuholen, nicht aber zu erfüllen! Zur Begründung wird ein völlig praxisfremdes Beispiel herangezogen. Ausgerechnet die Zeitungsbranche muß dafür herhalten. Ein an der Haustüre von einem Reisegewerbetreibenden vermitteltes Zeitungsabonnement, so die Richter, werde im Rechtsverkehr schließlich auch nicht vom Reisegewerbetreibenden erfüllt. Der Vermittler schreibt die Zeitung nicht, er liefert sie auch nicht aus. Und deshalb solle »nach dem typischen Erscheinungsbild des Reisegewerbes« in Zukunft der handwerklich tätige Reisegewerbetreibende nur noch Bestellungen auf Leistungen einwerben, die zeitlich nachfolgende Vertragserfüllung durch die Erbringung der vom Kunden gewünschten handwerklichen Leistungen jedoch anderen überlassen. Als ob nicht gerade handwerkliche Leistungen im Gegensatz zu einem Zeitungsabonnement Vertrauenssache wären, weshalb gerade Reisegewerbetreibende ihre Zuverlässigkeit für die Erlaubniserteilung in besonderem Maße unter Beweis stellen müssen. Hätte der Gesetzgeber das Reisegewerbe und damit auch die wandernden Gesellen dem handwerklichen Berufsmonopol unterwerfen wollen, wäre es ein leichtes gewesen, § 1 HWO nicht nur für das stehende Gewerbe, sondern für jegliche Gewerbeausübung schlechthin gelten zu lassen.

Nein: Hier geht es um etwas ganz anderes. Hier soll ein Schlupfloch verschlossen werden! Denn der Gesetzgeber brachte es in der Gesetzesnovellierung 1984 deutlich zum Ausdruck: Besitzt ein Reisegewerbetreibender die sofortige Leistungsbereitschaft nicht, ist von einem »Aufsuchen auf Bestellungen auf gewerbliche Leistungen« gemäß § 55 GewO auszugehen. Oder wie es die Kommentatoren Sieg/Leifermann/Tettinger ausdrückten: Was nicht sofort erledigt werden könne, werde eben später erledigt. Damit ist der Tatbestand »Bestellungen aufsuchen« erfüllt. Weil aber der VGH darin ganz ungeschminkt die »erhebliche Gefahr einer Umgehung der Vorschriften der Handwerksordnung über eine Handwerksausübung im stehenden Gewerbe« sieht, hebt er diese Möglichkeit durch Richterrecht quasi auf. Richter machen Politik. Zur Freude der Handwerkskammern und Innungen. Doch eine kleine Unachtsamkeit wird diese Freude trüben: Der VGH orientiert sich bei dieser Beurteilung des Sachverhalts am handwerklichen großen Befähigungsnachweis nach § 1 HWO und nicht an Artikel 12 GG, ohne diese zusätzliche Einschränkung der Berufsfreiheit mit auch nur einer Silbe zu würdigen. Das ist der zentrale Mangel dieses Beschlusses, weshalb zu wünschen ist, daß er nicht Bestand haben wird.●

KOMMENTAR

Geht es denn um Recht oder gar um Dienstleistung, wenn Gerichte als verlängerter Arm der handwerklichen Standesorganisationen den Markt einschränken wollen? Wenn 1,3 Millionen Reisegewerbetreibende einfach von der Berufsfreiheit ausgeschlossen werden sollen? Der Dienstleistung ist sicher kein guter Dienst erwiesen, denn diese HandwerkerInnen und DienstleisterInnen halten sich ja am Markt, weil ein offenkundiger Bedarf besteht, den viele Handwerksbetriebe so nicht abdecken können. Und auch die Qualität ist nicht das Argument, denn die bringen die ständig unter Beobachtungsdruck stehenden ReisegewerblerInnen sicherlich mindestens so gut, wie ihre KollegInnen mit stehenden Gewerk und Handwerkskarte. Also geht es letztendlich um banale Standespolitik, die den Markt für das eigene Klientel erweitern soll.

Daß hier so einfach ein Grundrecht abgegraben wird, spricht zwar für die effiziente Lobbyarbeit der Handwerksorganisationen, dem Rechtsempfinden vieler widerspricht es aber deutlich. Und ebenfalls den Bedürfnissen der immer zitierten KundInnen. Denn diese sind von der zunehmenden Konzentration der Arbeit auf wenige Betriebe am meisten betroffen. Durch Wartezeiten von mehreren Monaten und überlasteten Chefs, deren Zeit für Beratung kaum ausreicht. Daß dies von den Gerichten alles nicht wahrgenommen wird, wage ich doch zu bezweifeln. Gegen das Zustandekommen solchen Rechts hilft es nur, eigene Lobbyarbeit zu betreiben und die Rechtsmittel extensiv auszunutzen. Auf daß diese andere Rechtsauffassung wenigstens etwas Öffentlichkeit erreicht und die wahren Gründe der Prozeßlawine ans Licht kommen.●

Andreas Küstermann

SPENDENAUFRUF

Kein Reisegewerbe mehr für BauhandwerkerInnen???

Ein, wie wir meinen, wichtiger Fall ist ins Rollen gekommen: Ein Malergeselle hatte vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen seinen Anspruch auf Ausstellung eines Reisegewerbescheins erfolgreich eingeklagt. In der zweiten Instanz jedoch hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg am 12.9.95 zu ungunsten des Malergesellen entschieden!

Aus dem Urteil folgt, daß nicht nur das Malerhandwerk, sondern auch Zimmerer, Holzbau und Bedachungsarbeiten nicht mehr im Reisegewerbe möglich sein sollen. Als überzeugte reisegewerbetreibende BauhandwerkerInnen wollen wir dieses, wie wir meinen, falsche Urteil anfechten. Wir wollen dem drohenden Berufsverbot entgegentreten.

Um den Prozeß weiter durch die Instanzen zu begleiten, brauchen wir **Solidarität und Geld!** Unterstützt den Kampf für freie Berufsausübung!●

Spendenkonto: G. Kinder und S. Jastschemski, Losung »Reisegewerbe«, Nord-LB Braunschweig, BLZ 250 500 00, Kto-Nr. 1740828.

Kontakt:
Berufsverband unabhängiger HandwerkerInnen
Ziegeleistraße 9, D-29497 Woltersdorf
☎ (05841) 59 95

BUH e.V.
Berufsverband unabhängiger HandwerkerInnen

STEUERPROGRAMME IM PC

Bit für Bit – der Fiskus zählt mit!

Neue Steuervorschriften ab 96 – neuer Ärger mit dem Finanzamt? Immer mehr erklären sich dem Fiskus mit extra hierfür geschriebener Software. Wir haben uns auf dem Markt der für die '95'er-Erklärungen angebotenen Programme umgeschaut.

Von Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Der Steuerberater nickt ernst und erklärt den Sachverhalt: »Wir wollen uns jetzt um abzugsfähige private Ausgaben kümmern!« Sein »Klient« sitzt vor der Computerkonsole und führt Dialog mit dem Bildschirm. Keine Zukunftsmusik – Multimediaanwendungen zur Erstellung des Lohnsteuerjahresausgleichs und der Einkommenssteuererklärung erobern den Markt. Die in den USA für Furore sorgende Softwareschmiede Intuit (mit ihrem vom Homebanking bis zum Rechnungswesen für FreiberuflerInnen/Kleingewerbetreibende reichenden umfassenden Finanzprogramm Quicken) bietet in einem grundsoliden Steuerprogramm mit dem Namen Quicksteuer eine Art interaktiven Lotsen. Hier tritt der Programmautor wie ein Gesprächspartner auf, der einen durch den Wust von Zahlen, Belegen, Konten und Formularen leitet...

»Bit für Bit« ist das Kennwort einer Serie von Informationen zur Projektarbeit mit dem Computer. In dieser Artikelfolge soll als Querschnitt von betriebsbezogenen Computerthemen all das abgehandelt werden, was »Schnittstellen unserer Rechner zu Finanzamt, Banken, Staat« und »seiner Telekom« darstellt und daher als unser ökonomischer Nabel zur Informationsgesellschaft anzusehen ist. Das Material ist entnommen aus seminarbegleitenden Unterlagen zu »Fahrstunden auf der Datenautobahn«, die in Veranstaltungen der »Beratungsbüros Südschiene« zusammen mit CONTRASTE für Betriebe und Projekte stattfinden sollen.
(Anmeldung über CONTRASTE)●

Aber auch andere Neuentwicklungen glänzen mit Multimediaschnickschnack, automatischen Plausibilitätsprüfungen und eingebauten »Steuerprüfern«, die verpaßte Steuersparchancen aufspüren sollen. In einem Test der Fachzeitschrift »Chip« werden besonders hervorgehoben neben Quicksteuer auch Taxman sowie WISO-Sparbuch 95/96. Die ModeratorInnen des Fernsehmagazins erscheinen im gesprochenen Dialog, der gleichzeitiges Ausfüllen der Formularbögen am Bildschirm ermöglicht.

Wer jedoch hierfür gar nicht ausgerüstet ist und weder erforderliche Rechnerkapazität noch das Soundbeiwerk besitzt, ist mit dem Klassiker von TK-Software gut bedient. Dieses in den vergangenen Jahren von der Stiftung Warentest und anderen Fachleute mit höchstem Lob bedachte Steuerprogramm wurde in diesem Jahr Standard- und Trendsetter in der normalen DOS oder Windowsklasse (ohne Multimedia). Die WarentesterInnen fanden ihn offenbar so gut, daß sie ihn zum identischen Preis aber mit eigener Aufmachung als Finanztest Steuer 1995 gleich selber auf den Markt brachten (nur für Windows erhältlich – das Original auch für DOS).

Alle hier benannten Programme bieten die Möglichkeit, alle Formulare korrekt zu bedrucken. Hierzu muß zumindest der Mantelbogen auseinandergeschnitten werden und ein überformatiger Drucker zur Verfügung stehen. Deshalb bieten einige Programme auch an, das komplette Formular samt Einträgen auszudrucken. Ob das Finanzamt solche Ausdrucke akzeptiert, sollte jedoch vorab geklärt werden.

Einige Multimedia- und Nachschlagegags der Deluxe-Versionen hier besprochener Programme sind nur auf CD-ROM lieferbar. Sie sind im gut sortierten Buchhandel erhältlich. Zu achten ist aber auch auf den Lieferumfang der Hardwaredealer: bei Neuverkäufen gabs im vergangenen Jahr Programme gratis – Modemlieferungen erfolgten mit »Quicken« oder dem MS-Pendant »MS-Money« und gewisse Discounter rüsteten ihre Rechner vorab mit »TK-Steuersoftware« oder »WISO-Programm« aus.

Und ganz umsonst ist auch der Ratschlag des Computermagazins »Chip« nach seinem Test: ein gutes Steuerprogramm ist billiger als ein schlechter Steuerberater – aber vor optimaler Nutzung von Steuerprogrammen sollte einE guteR SteuerberaterIn zu Grundsätzlichem konsultiert werden – und zwar dies live und nicht nur virtuell auf dem Bildschirm.●

Multimedia-PC kann nicht abgesetzt werden

Soundkarten und PC-Boxen müssen privat erworben werden und gesondert belegt sein

Seit 1995 hat die Oberfinanzdirektion Frankfurt entschieden, daß Multimediarechner grundsätzlich nicht abgeschrieben werden können. Die AfA (Abschreibung für Abnutzung), die je nach Praxis der Finanzämter 2 bis 5 Jahre betragen kann ist bei Computern grundsätzlich »Verhandlungssache«, da private Nutzung unterstellt wird. Wer keine beruflichen Gründe, einsatztypische Zusatzausrüstung für berufliche Arbeit und etwa auch ein häusliches Arbeitszimmer, das auch nach den neuen Steuervorschriften als Arbeitsmittelpunkt akzeptiert wird, nachweisen kann, hat künftig immer schlechtere Karten, das elektronische Gerät auch abzuschreiben. In keinem Fall darf aber auf den hierfür relevanten Belegen das multimediale Equipment oder gar der Joystick auftauchen, da ansonsten eine private Nutzung von mehr als 10 % anzunehmen ist. Hersteller von Multimediasteuerprogrammen sehen hierin einen Widerspruch, daß zwar ihr Programm absetzbar ist, nicht aber die hierfür erforderliche Ausrüstung und streben derzeit einen Musterprozeß an...●

KOMMUNE-INFO-TOUR '96

Durch den Norden der Republik

In der Woche vom 4. bis zum 10. Februar waren 9 KommunardInnen aus 7 Kommunen unterwegs, um über ihre Lebensform zu informieren, den Kommunegedanken zu stärken und ihn in die öffentliche Diskussion zu bringen. Die erste Tour dieser Art führte vor einem Jahr durch Süddeutschland – in diesem Jahr kam der Norden dran.

Peter Dangelmeyer, Kommune Niederkaufungen ● Kommunen mit ganz unterschiedlichen Schwerpunkten waren an der Aktion beteiligt, und zwar die Luttergruppe (Nähe Harz), die Bau-und Wohncoop. in Renchen (Baden), die Kommune Niederkaufungen (Nordhessen), die Finkenburg und der Hollerhof (bei Bremen), die Feuerlandkommune (Nordbrandenburg) sowie die Kommune Laerifari (Münsterland). Die hier aufgeführten Kommunen verstehen sich als linke, politische Projekte. Sie lehnen Privateigentum ab und leben aus einer gemeinsamen Kasse; kollektive Strukturen ersetzen Hierarchien und entschieden wird im Konsens.

Schon im Herbst trafen sich die Beteiligten zu einem Vorbereitungswochenende. Die letzten Einzelheiten wurden noch am Tag vor dem Start geklärt – und dann ging's los. Die ersten beiden Termine, **Sonntag** in Oldenburg und **Montag** in Bremen konnten wir von unserem Startpunkt, der Finkenburg erreichen. In Oldenburg hatten wir einen großen Saal in der Kulturetage zur Verfügung, wo wir uns mit den 80 Gästen gemütlich ausbreiten konnten. Enger war es bei der Bremer Commune, wo der Raum mit 60 Leuten berstend voll war. Dort ergab sich ein interessanter Dialog zwischen der Bremer Commune, die sich im Planungsstadium befindet, und den KommunardInnen, die aus ihrer gelebten Praxis berichteten.

Unsere Veranstaltungen gliederten sich folgendermaßen: Zu Beginn sorgten wir mit einem Sketch für Auflockerung und Erheiterung. Wir spielten ein Klassentreffen, wo sich nach 20 Jahren verschiedene Lebenswege wieder treffen. Alle haben sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen arrangiert bzw. Karriere gemacht – nur Eine nicht. Die lebt nun in einer Kommune. Sie wird von den andern herablassend belächelt und Vorurteile werden aus den Schubladen gezogen (Eben so richtig aus dem Leben gegriffen). Schließlich aber konfrontiert die Kommunardin die Andern mit deren früheren Träumen von kollektivem Arbeiten und der Utopie eines Gemeinschaftslebens jenseits von Kleinfamilie und bürgerlichem Luxus. Klar – sie ist die einzige, die an ihren Träumen drangeblieben ist und versucht, ihre Utopie im Alltag zu leben.

Nach einem Einleitungsreferat stellen wir unsere Kommunen mit Dias vor – anschließend teilen wir uns in kleinere Gruppen auf, um in einem überschaubaren Rahmen Fragen zu beantworten, über unsere Lebensform zu diskutieren oder um Hilfe anzubieten für Gruppen, die ein Gemeinschaftsprojekt auf die Beine stellen wollen.

Am **Dienstag** hieß es dann Umziehen nach Hamburg. Dort wohnten wir in einer kleinen Dachwohnung einer Männer-WG. In der »Roten Flora« durften wir dann die erste Veranstaltung nach dem Brand abhalten. Die Reparaturarbeiten waren noch in vollem Gange, so daß die Kulisse für den Abend aus Baustellenutensilien bestand und der Raum nur sehr notdürftig temperiert werden konnte. Und das bei Außentemperaturen von -15 Grad! Als sich der Saal dann doch noch locker füllte, trat die Baustellenatmosphäre in den Hintergrund. Die Stimmung wurde von den Menschen bestimmt, die in Daunen- und Felljakken tapfer durchhielten.

Am **Mittwoch** gönnten wir uns zur Halbzeit einen freien Tag. Sonniges, klares Winterwetter versüßte uns die Fahrt zur Kommune in Barkelsby (Schleswig-Holstein), wo wir die kommenden zwei Nächte verbringen. Wir staunten nicht schlecht, als wir in Eckernförde an die zugefrorene Ostsee kamen und die seltene Gelegenheit hatten, einen Spaziergang in Richtung Schweden unternehmen zu können. Auch in unserem neuen Zuhause wurden wir wieder fürsorglich aufgenommen und verköstigt; im Tagungshaus konnten wir uns so richtig ausbreiten und Zwischenbilanz ziehen. Abends gab es noch eine spannende Lesung aus dem »Kommune-Buch«, welches im Frühjahr im Werkstattverlag erscheint und Aufsätze zu Themen aus dem Alltag verschiedener Kommunen enthält.

Am **Donnerstag** waren wir mit unserer Veranstaltung zu Gast im Kulturzentrum »Pumpe« in Kiel. Nachdem wir in den bisherigen Städten hauptsächlich junge Leute angesprochen hatten, war hier das Publikum altersmäßig bunt gemischt.

Auch an dieser Tour sollte wieder eine Stadt im »Osten« dazugehören. Wir hatten uns für den **Freitag** die Landeshauptstadt Schwerin ausgesucht. Die Räumlichkeiten der Musikschule »Ataraxia« liegen ziemlich versteckt in einem Hinterhof. Anscheinend konnten wir mit unserer Werbung die Massen nicht mobilisieren, denn wir saßen schließlich mit drei Besuchern und einem Radioreporter in einer kleinen Runde und paßten unser Programm dem »etwas kleineren Rahmen« an. Es ergaben sich noch sehr interessante Gespräche und wir hatten nicht das Gefühl, umsonst hierhergefahren zu sein. Für die Nacht wurden wir von der Gemeinschaft »Klein-Hundorf« aufgenommen. Die eisigen Temperaturen und der schneidende Ostwind ließen uns nur erahnen, wie bunt hier das Leben in wärmeren Jahreszeiten sein kann.

Unser letzter Auftritt war dann am Samstag in der Fachhochschule in Lüneburg. Die großzügige Aula füllte sich zwar nicht mit Interessierten, aber 35 Leute kamen doch noch zusammen. Hier, wie auch in anderen Städten, lernten wir Gruppen kennen, die Gemeinschaftsprojekte planten oder sogar schon dabei waren, ihre Utopie in die Realität umzusetzen. Diese Kontakte waren für beide Seiten spannend und bereichernd. Die letzte Nacht verbrachten wir gemütlich im Schweizerhof – dann hieß es Abschied nehmen. Das fiel uns schwer genug, denn in der vergangenen Woche sind wir als Gruppe so richtig zusammengewachsen. Es war wie eine kleine Kommune auf Zeit. Wir haben uns auf eine intensive Art erlebt und konnten sicher nicht zuletzt deshalb auch unsere Idee authentisch und ehrlich vermitteln. Viele unserer Gäste wußten vorher nichts von bestehenden Kommunen, andere hatten ganz konkrete Fragen an uns. Manche kündigten ihren Besuch in der einen oder anderen Kommune gleich an.

Zum Abschied bekundeten wir alle unser Interesse, im nächsten Jahr wieder eine »Kommune-Info-Tour« zu organisieren. Wohin es gehen soll und wer konkret daran teilnimmt, wird sich im Laufe des Jahres ergeben. Für mich war es auf jeden Fall eine gelungene Mischung aus politischer Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung zwischen bestehenden Kommunen und Spaßaktion.●

NEUE LONGO MAI-KOOPERATIVE IN MECKLENBURG

Land in Sicht!

Aus einer Sondernummer der »Nachrichten aus Longo mai« stammt nachfolgender Bericht über den Hof Ulenkrug in Mecklenburg-Vorpommern:

Der Hof »Ulenkrug« im Landkreis Demmin, Stubbendorf

LONGO MAI

1972 verlangten wir – eine Handvoll Jugendlicher zwischen 16 und 20 Jahren – von den Regierungen aller Staaten Europas einige Quadratkilometer Land in wenig entwickelten, wirtschaftlich und sozial bedrohten Regionen, auf denen wir als Antwort auf die beginnende Arbeitslosigkeit europäische Jugendgemeinschaften aufbauen wollten. Am Anfang war es nur so eine Idee... Da eine Antwort seitens der Regierungen ausblieb, begannen wir auf eigene Faust. Im Laufe der Jahre hat Longo mai Wurzeln geschlagen.

Heute bestehen fünf landwirtschaftliche Kooperativen in Frankreich, eine in Österreich und eine in der Schweiz. Die handwerklich-kleinindustrielle Kooperative in Briançon verarbeitet die Schafwolle von der Schur bis zur fertigen Konfektion. Auf der Kooperative Finca Sonador in Costa Rica fanden über 200 salvadoranische Flüchtlinge und landlose einheimische Bauern eine sichere Existenz. In den ukrainischen Karparten ist ein landwirtschaftliches und handwerkliches Projekt im Aufbau.

Der Hof Ulenkrug

Das Gehöft »Ulenkrug« liegt in den sanften Wellen der mecklenburgischen Moränenlandschaft, die sich von der flachen Ostseeküste abhebt. Man erreicht den Hof vom Dorf Stubbendorf über einen gemeindeeigenen, sandigen Weg. Der Hof liegt inmitten seiner 42 Hektar Land, die umrahmt sind von Baumhecken, Pappeln, Weiden und Birken, und einem alten Laubwald mit imposanten Buchen- und Eichenbeständen. Weitere 12 Hektar anliegendes Land können dazugepachtet werden. Bis jetzt wurden 20 Hektar als Weide oder Mähwiese genutzt. Auf 22 Hektar wurde Getreide angebaut. Rund um Wohn- und Wirtschaftsgebäude stehen einige alte Obstbäume: Äpfel, Birnen, Kirschen. Die Gebäude bilden eine hufeisenförmige Anlage. Links befinden sich zwei anderthalbgeschossige Stallgebäude, sowie ein kleiner Holzschopf, rechts die Scheune und der ehemalige Hühnerstall. Stallbauten und der Unterbau der Scheune bestehen aus solidem Mauerwerk, teils gemauerte Findlinge, teils Backsteine. Das aus dem Anfang des Jahrhunderts stammende Bauernhaus hat zwei Wohnungen und ist teils unterkellert. Unter dem hohen Giebeldach bestehen zusätzliche Ausbaumöglichkeiten. Der Hof ist an eine Starkstromleitung angeschlossen, die Trinkwasserversorgung erfolgt durch die Gemeinde. Dennoch gibt es einen eigenen neun Meter tiefen Brunnen.

Das Projekt

Wir möchten den Hof auf der Grundlage einer ausgeglichenen Tierhaltung und vielseitigen Landwirtschaft, die auf den eigenen Bedarf und den lokalen Markt ausgerichtet ist, bewirtschaften. Da die umliegenden industriellen Landwirtschaftsbetriebe kaum Produkte in der Region vermarkten, ist die Nachfrage der Bevölkerung nach einheimischen Nahrungsmitteln groß. Natürlich werden wir uns bei der Verarbeitung und Vermarktung auf einige Produkte beschränken müssen, aber wir hoffen, daß dieser Anfang eine Anregung für andere Betriebe der Region sein wird.

Wir wollen auf dem Hof die wirtschaftliche Grundlage für eine beständige Gruppe, sowie für den Empfang und die Ausbildung von Jugendlichen aus Ost und West schaffen.

Gleich zu Beginn werden wir vom bisherigen Besitzer die Mutterkuhherde mit 34 Pinzgauer Kühen erwerben und so schon im ersten Jahr ein kleines Einkommen haben. Für die Herde genügen die vorhandenen Wiesen- und Weideflächen mit zusätzlich 12 ha angrenzender Wiesen, die gepachtet werden können. Auf den bisher kultivierten 22 ha bauen wir das an, was wir selbst für den täglichen Bedarf benötigen und was auf dem lokalen Markt gefragt ist: Kartoffeln, Gemüse und Obst. Dazu kommen kleinere Weideflächen für Gänse, Hühner und Schweine. Besonders die Gänsezucht ist typisch für die Region und Pommerngänse sind weit bekannt. Beim Aufbau eines Zuchtstammes wird die Kooperative im Schweizer Jura mit ihrer Herde von Diepholzgänsen behilflich sein. Was sich am besten für den Direktverkauf eignet, werden wir schrittweise herausfinden. Darüber hinaus ist vorgesehen, im Laufe der Zeit einen biologischen Getreideanbau zu entwikkeln. Die beiden jungen Arbeitsstuten, die wir aus Brandenburg mitgebracht haben, könnten der Anfang einer Zucht von Arbeitspferden sein. Vorläufig müssen sie uns aber helfen, den Garten zu pflügen.●

Anzeige

KURDISTAN

eine Einführungsbroschüre über die Situation von KurdInnen in der Türkei und BRD

AutorInnenTeam der AKTION 3.WELT Saar

Magazin Verlag, Kiel, 1995 ,Reihe BRD + 3.Welt Nr.52, 50 Seiten, 4,-DM

- historische Entwicklung
- aktuelle Situation
- Interessen der Türkei und BRD
- Möglichkeiten einer politischen Lösung
- Situation und Kriminalisierung von KurdInnen in der BRD
- Buch- und Zeitschriftentips

Lieferung bis 50,-DM Bestellwert nur gegen Vorauskasse
Für Wiederverkäufer und Büchertische ab 5 Ex. 30% Rabatt
zzgl. Porto (bis 5 Ex. 1,50; bis 10 Ex. 2,50; über 10 Ex. 5DM)
kostenlose Rezensionsexemplare

AKTION 3.WELT Saar • Weiskirchener Str. 24 • 66674 Losheim • Tel 06872/6982 Fax 7826
Bankverbindung: Konto 01382618 bei Saarbank Losheim, BLZ 591 900 00

REFORM DER EU-BANANENMARKTORDNUNG GEFORDERT

»Gebt fair gehandelten Bananen eine faire Chance.«

Unter diesem Motto veranstaltete die Bananen-Kampagne Ende Januar in Münster ihr drittes Forum rund um die gelbe Frucht. Inhaltlich stand das Treffen unter der Frage, ob Dritte Welt- und Umweltbewegte sowie Produzenten im Falle der Kriterien für eine faire Banane zu einer gemeinsamen Position finden können. Anwesend waren VertreterInnen aus Deutschland, Holland, Österreich und Costa Rica.

Von Boris Scharlowski, BanaFair ● Noch im Vorjahr hatte die Veranstaltung ganz unter dem Zeichen der Arbeitsaufnahme der Kampagnenkoordination gestanden. Damals wurde seitens der Anwesenden an die Kampagne der Auftrag vergeben, an der Ausarbeitung sozialer und ökologischer Kriterien für die Ausweitung des fairen Handels zu arbeiten. Unterdessen wurde im Rahmen des EUROBAN-Netzwerks auf europäischer Ebene an der Formulierung solcher Standards gefeilt. Ergebnis ist das Papier Yellow Fever. Mit der Präsentation dieses Textes im vergangenen Herbst in Brüssel wurde beabsichtigt, europäische ParlamentarierInnen und die EU-Administration von einem dringenden Handlungsbedarf zu überzeugen. Mittlerweile wurde Agrarkommissar Fischler seitens des Parlaments aufgefordert, eine Reform der EU-Bananenmarktodnung (GMO) auszuarbeiten.

Denn nach wie vor nehmen die Einkommen kleinerer nationaler Produzenten und der Beschäftigten in der Bananenwirtschaft kontinuierlich ab und Arbeitslosigkeit sowie ökologische Zerstörung zu. Und nicht zuletzt blokkiert die GMO die Ausdehnung des fairen Handels. Denn statt die enwicklungspolitisch sinnvollen Bemühungen von alternativen Importorganisationen wie BanaFair zu

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

stützen, müssen die KonsumentInnen fair gehandelter Bananen einen nicht zu vernachlässigenden Prozentsatz für die Lizenzgebühren aufbringen.

Doch kann die Arbeit der Kampagne auch auf weitere Erfolge verweisen. In Bonn setzten sich ParlamentarierInnen, VertreterInnen des Landwirtschafts- und des Entwicklungsministeriums, der Bananen-Kampagne sowie Gäste aus Lateinamerika und der Karibik zusammen. Aus dem Landwirtschaftsministerium verlautet mittlerweile, daß die Verantwortlichen sich den Forderungen der Kampagne annähern. Europaweite Aktionstage inclusive einer breit angelegten Postkartenaktion unterstützen derzeit diese Form des Lobbying. In der Struktur der Kampagne gab es im Laufe des letzten Jahres allerdings Veränderungen. Nach dem Konkurs von Liberación gehören der Bananen-Kampagne jetzt die AG3WL, die Arbeitsgemeinschaft Gerechter Bananenhandel (gebana) Deutschland, BanaFair, die Agrarkoordination des BUKO, FIAN, GERMANWATCH, der KED-Bayern, Pro Regenwald und Südwind an. Die Koordination wurde bei BanaFair angesiedelt.

Die Arbeit der Kampagne ist jetzt auf den Weg gebracht. Doch das Experiment des gerechten Bananenhandels ist weitaus älter. Seit genau zehn Jahren existiert es mittlerweile in der Bundesrepublik. Kaum erstaunlich, daß gerade angesichts gewandelter politisch-ökonomischer Rahmenbedingungen das Forum 3 auch dazu genutzt wurde, Bilanz zu ziehen und Chancen und Grenzen dieses Modells zu diskutieren. In jedem Falle unterscheidet sich das derzeit praktizierte Modell von einer lediglich ökologischen Kriterien genügenden Banane durch seine explizit soziale und politische Option. Doch scheint auch in der Ökologiebewegung ein Umdenken in Gang zu kommen. So stellte eine Vertreterin des Naturland-Verbands bereits jetzt die Aufnahme sozialer Kriterien in den Richtlinienkatalog der Lizenzierungsorganisation in Aussicht.●

ZUM KONKURS VON LIBERACIÓN

der am 19.10.1995 eröffnet wurde, wird nach Abschluß des Konkursverfahrens ein ausführlicher Beitrag erscheinen. Die Redaktion will nicht in offenbar getroffene Vereinbarungen der Beteiligten während des noch laufenden Konkursverfahrens eingreifen.

Der Trägerkreis der Bananen-Kampagne hatte Ende letzten Jahres beschlossen, die Organisation Liberación auszuschließen.●

GEGEN DEN NEOLIBERALISMUS

120 Delegierte von 40 Mexico-Solidaritätsgruppen aus 12 europäischen Ländern trafen sich im Januar in Paris. Unter anderem ging es dort um die Vorbereitung des von der EZLN initiierten »Ersten Interkontinentalen Treffens für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus«, das zwischen April und August auf allen Kontinenten stattfinden soll.

Die EZLN zeigte mit ihrem Vorschlag nicht nur, wie eine neue internationale Solidarität funktionieren kann, die sich weder als moralisches Beruhigungspflaster, noch als Einbahnstrasse versteht, sondern sie ist auch die erste Kraft, die dem Klassenkampf von oben, der vom Kapital längst auf eine weltweite Ebene gehoben wurde, die Zähne zeigt – und sie uns schärfen will. Lesen wir, was die sozialen Kämpfer in Mexiko uns in Alternative zum Standortverteidigungsgejammer des DGB zu sagen haben.

Zuvor: Als Tagungsort für Europa schlug übrigens der »Sub« Marcos Berlin vor und bewies mit seiner Begründung dafür sensible Kenntnis dessen, was die europäische Linke – und vor allem die deutsche – bewegt oder vielmehr lähmt: *»Ich möchte gerne erklären, warum wir als Ort für die europäische Vorbereitungsversammlung Berlin vorschlagen. Jetzt könnte ich natürlich behaupten, daß ich das CCRI dazu bringen will, mich als Delegierten zu schicken , oder daß ich (als Marcos wegen der Marcos, der D-Mark) nur meinen Narzissmus pflegen möchte. Dies alles stimmt auch, ist aber nicht mein Hauptgrund.*

Wie die »Erste Deklaration von La Realidad« besagt, hat uns die Macht eine Lüge als Wahrheit verkauft, die Lüge unserer Niederlage. Ohne sich viel darum zu kümmern, uns tatsächlich zu besiegen, hat die Macht uns einzureden versucht, wir seien besiegt. Wer? Wir, Ihr, alle, die wie wir denken, daß eine Welt möglich und notwendig ist, in der die Freiheit und Gerechtigkeit ihren bequemen Platz in Utopien und Bibliotheken verlassen und zu uns kommen, um mit uns zu leben (und zu kämpfen, was eine herrliche Art zu leben ist). Auf der Lüge unserer Niederlage hat die Macht die Lüge ihres Sieges errichtet. Und die Macht hat den Fall der Berliner Mauer als Symbol ihrer Allmächtigkeit und Ewigkeit gewählt. Auf den Trümmern der Berliner Mauer hat die Macht eine noch größere und stärkere Mauer errichtet: die Mauer der Hoffnungslosigkeit. Die Mauer steht nach wie vor. Sie ist ein Teil der Geschichte,aber sie bedeutet nicht die Niederlage der Hoffnung und den Sieg des Zynismus. In Berlin liegt eine Scherbe des zerbrochenen Spiegels, den wir als Geschichte geerbt haben...«

Im folgenden Absatz warnt Marcos – in Anspielung auf die DDR, das sich »Altes im Neuen ausbreiten und die Zukunft verschlingen« könne und fährt fort: *»...Warum lesen wir nicht mit unseren Händen jene Scherbe des zerstörten Spiegels auf? Vielleicht verletzen wir uns die Hände, vielleicht aber gelingt es uns, durch eine Spalte ihres Spiegelbildes hindurch den Kristall zu erblicken, den wir erstreben, den wir uns verdienen...«*●

KREDITE KOMMEN ALS ZINSEN ZURÜCK

Entwicklungshilfe hilft IWF

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Mehr als die Hälfte der westlichen sogenannten Entwicklungshilfe für Afrika fließt einer britischen Studie zufolge als Schuldendienst in die Industriestaaten zurück. Das Netzwerk Schuldenkrise, ein Zusammenschluß von 40 britischen Hilfsorganisationen und Kirchengruppen, rief daher im Februar in London zu einem umfassenden Schuldenerlaß für Afrika auf.

Aufgrund einer Untersuchung aller Finanztransaktionen der Jahre 1990 bis 1993 kam das »Debt Crisis Network« zu dem Ergebnis, daß 57 Prozent der Kredite als Zinsen für die Auslandsschulden der afrikanischen Staaten zurückgezahlt werden. Insgesamt haben die afrikanischen Staaten seit 1984 nahezu 150 Milliarden Dollar an ihre westlichen Geldgeber gezahlt. Allein im Zahlungsverkehr mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zahlen die afrikanischen Staaten 1993 demnach 300 Millionen Dollar mehr an die Weltfinanzierungsorganisation als sie an IWF-Krediten erhielten.

So gibt die Regierung von Uganda im Jahr nur rund 3,80 Mark pro Kopf der Bevölkerung für das Gesundheitswesen aus, aber 42,90 Mark für Zins- und Tilgungszahlungen an Banken oder staatliche Institute im Norden. Die gesamte Auslandsverschuldung der Staaten südlich der Sahara beträgt dem Bericht zufolge 211 Milliarden Dollar – mehr als doppelt soviel wie die gesamten Exporterlöse dieser Länder. Pro Kopf seien das knapp 600 Mark Schulden. »Das ist mehr als viele AfrikanerInnen in einem ganzen Jahr verdienen.«

Die Organisation rief die Banken dazu auf, alle ausstehenden Schulden abzuschreiben oder die Schuldtitel zum Marktkurs zurückzukaufen – dieser beträgt derzeit etwa zehn Cents pro Dollar. Darüber hinaus müsse der 1994 beschlossene Schuldenplan zugunsten der 27 ärmsten Staaten revidiert werden. Damals wurde ein Schuldenerlaß von sogenannten Wirtschaftsreformen abhängig gemacht.●

Aus: junge Welt, 6.2.96

G 7: AUFRUF ZUM WIDERSTAND

Zum 1. und 2. April treffen sich die Arbeitsminister der sieben reichsten Länder (G7) in Lyon. Das Treffen dient der Vorbereitung des für Juni 1996 geplanten Gipfeltreffens der Staatschefs dieser Länder.

Gegen das Treffen sind zahlreiche Aktionen geplant. Weitere Informationen und ein Aktionsprogramm gibt es über:
Humeurs Noires, B.P. 79
F-59370 Mons-en-Baroeul, France.●

20. BUKO VOM 16. BIS 19.5.1996 IN HEIDELBERG:

»Herrschende Nachhaltigkeit – Nachhaltige Herrschaft«

Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, ein Zusammenschluß von etwa 200 Gruppen, trifft sich in diesem Jahr zum 20. Mal. An vier Kongreßtagen sollen grundsätzliche Diskussionen übeer internationalistische Politik geführt werden, über die weitere Arbeit wird beraten werden und die rauschende Fete soll natürlich auch nicht fehlen.

Programm:

Donnerstag, 16.5.: Darstellung der Arbeit der Kongreßvorbereitungsgruppe zu den beiden Kongreßthemenbereichen: Kritik der Konzepte »Nachhaltiger Entwicklung« und Darstellung neuerer Entwicklungen im Zuge der Gründung der Welthandelsorganisation. Inhaltliche Einführung in die Kongreßthemen. Abends: Theateraufführung.

Freitag, 17.5.: Etwa 20 Arbeitsgruppen zu folgenden Themen: Kritik an der Wuppertaler Studie »Zukunftsfähiges Deutschland«; Rolle von Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft; Abwicklung des Nordens; Perspektiven einer emazipatorischen Praxis und Politik; Subsistenz versus Nachhaltigkeit; desweiteren wird es Arbeitsgruppen zu Entwicklungstendenzen in der Weltwirtschaft / Welthandel geben, an die sich Diskussionen über verschiedene Widerstandsformen anschließen.
Abends: Frauen- und Männerplenum, anschließend Disco.

Samstag, 18.5.: Vormittags werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen ausgetauscht, nachmittags wird das BUKO-Plenum tagen: Nach den Rechenschaftsberichten der BUKO-Gremien wird das Plenum über die weitere inhaltliche Arbeit des BUKO entscheiden. Abends findet ein Treffen von AktivistInnen aus 20 Jahren BUKO-Arbeit statt, danach werden die letzten 20 Jahre mit DJ Tommy musikalisch aufbereitet.

Sonntag, 19.5.: Fortsetzung des BUKO-Plenums mit konkreten Planungen der Weiterarbeit (Seminare, BUKO 21 usw.)

Neben diesen Kongreßaktivitäten gibt es Möglichkeiten sich zu treffen, die Medienbörse zu besuchen, Heidelberg kennzulernen, eine Lesung mit Gioconda Belli zu besuchen usw.

Infos und Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg, Tel. (0 40) 39 31 56, Fax 390 75 20

Anzeige

FORUM
entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
-Die Zeitschrift des BUKO-

Unser aktuellen Hefte:

199 DrogenVerhältnisse
200 Öl oder Leben - Shell/Nigeria
201 Feministische Kritik an der Nachhaltigkeit

je ca. 56 S., 6 DM

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen
Tel. 0421-32 51 56, Fax 33 78 177

MÖGLICHE STRATEGIEN DER ATOMMAFIA

Atom-Mafia

Das Comeback der Atomindustrie

Atomkraftwerke – eine Bestandsaufnahme

Zur Zeit sind weltweit 432 Akws in Betrieb. An der Atom-Spitze findet sich weiterhin die USA mit 109 Meilern am Netz, auch wenn dort seit Harrisburg (1979) nur ein neuer Reaktor gebaut wird. Den zweiten Platz belegt Frankreich mit 49 Reaktoren, es folgen Großbritannien mit 34, Rußland mit 29, Kanada mit 22, Deutschland mit 21, die Ukraine mit 15 und Schweden mit 12 Atommeilern. (Angaben taz 9.1.95) Gegenwärtig erzeugen Atommeiler weltweit knapp 17 Prozent der gesamten Elektrizität. Die Europäische Union ist davon der größte Kernenergieproduzent. Sie deckt 34% ihres Strombedarfs durch Atomkraft.

Die Berichte in den Tageszeitungen beschreiben zwei

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Tendenzen, Flaute im Westen, Boom im Osten. Die »Frankfurter Rundschau« (FR) z.B. titelte im letzten Jahr: *»Im Westen hat die Atomkraft ihren Zenit erreicht« – Kaum neue Meiler, aber immer mehr Stillegungen / Ausbaupläne in Ost-Europa und Ost-Asien«.* Der Artikel beschreibt die Krise der Reaktorhersteller im Westen. In den vergangenen Jahren ist der Anteil der Kernenergie zurückgegangen und der Ausbau des Atomsektors wurde in allen europäischen Ländern mit Ausnahme von Frankreich sogar ganz eingestellt. Als Hauptprobleme werden genannt: mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung, die ungelöste Atommüllentsorgung und rapide Kosten für den Abbruch der Reaktoren. *»Weltweit werden derzeit nur rund 40 Kernkraftwerke (...) errichtet. Parallel dazu nimmt die Zahl der stillgelegten Reaktoren zu. Insgesamt wurden bislang 81 Kernreaktoren (...) stillgelegt, die durchschnittlich weniger als 17 Jahre in Betrieb waren. Der Abbruch eines alten Reaktors wie in Greifswald z.B. kostet »mindestens sechs Milliarden Mark«.* Der Artikel schließt mit der Einschätzung: *»Zumindest in den Industrieländern setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Kernenergie im Vergleich zu anderen Energieträgern nicht mehr konkurrenzfähig ist. Sowohl moderne und effiziente Kohlekraftwerke als auch Gaskraftwerke sind wesentlich kostengünstiger als Kernkraftwerke.«*

Diese Einschätzung gilt vielleicht heute für die westlichen Industrieländer, allein, im östlichen oder ostasiatischen Teil der Erde sieht es anders aus (Angaben wiederum FR): *»Fast die Hälfte aller Reaktoren, die zur Zeit geplant und gebaut werden, sollen dort stehen.«* Japan baut beispielsweise zur Zeit sechs Anlagen, ebensoviele sind es in Südkorea, China hat angekündigt, sechs neue Reaktoren zu errichten, Thailand ebenso.

In Indonesien will der amerikanische Konzern Westinghouse von 1995 an zwölf neue Atomreaktoren errichten. Staaten des ehemaligen Ostblocks (Rußland, Ukraine) widersetzen sich den Forderungen westlicher Länder, zwölf ältere und als unsicher geltende AKW's vom Netz zu nehmen. Die ukrainische Regierung widerrief sogar die Zusage, die beiden noch im Betrieb befindlichen Blöcke in Tschernobyl abzuschalten. Beide Länder kündigten an, ihre auf Eis liegenden Konstruktionsprogramme wieder aufzunehmen. Das russische Ministerium für Atomenergie plant, den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung von derzeit zwölf auf dreißig Prozent zu steigern.

Große Hoffnungen setzt die Atomlobby auf den boomenden Markt in China, eines der Länder mit dem stärksten Wirtschaftswachstum. Bis zum Jahr 2015 erwartet die chinesische Regierung eine Verdreifachung des Strombedarfs auf 2.480 Terawattstunden (eine Terawattstunde entspricht 1.000 Milliarden Kilowattstunden!). Drei Milliarden Tonnen Kohle müßten dafür verbrannt werden. Aus »Umweltschutzgründen« will China darum auf die Atomkraft setzen. (taz, 8.9.94)

Atomindustrie in Wartestellung

Zurück ins Inland. Auf den ersten Blick sieht es für die Atombetreiber nicht gut aus.

Hohe fehlgeschlagene Investitionskosten (Hochtemperaturreaktor, WAA, Wackersdorf, Schnelle Brüter); kein kalkulierbarer Entsorgungsnachweis; hohe Sicherheitsanforderungen an Atommeiler; keine Akzeptanz in der Bevölkerung; kein Bedarf für neue Atommeiler wegen Stromüberkapazitäten; (noch) kein akzeptabler konkurrenzfähiger Reaktortyp...

Die Atomgemeinde hält sich von daher zurück und auf der öffentlichen Bühne wird mit vertauschten Rollen gespielt: statt der EVU's prescht die atomgeile Bundesregierung vor. Sie drängt die EVU's endlich die konkrete Option (Absicht) zuzusagen – auf den Bau eines neuen Reaktors an einem bestimmten Standort in fünf Jahren. Gemeint ist ein von Siemens und der französischen Firma Framatone gerade in der Entwicklung stehender Reaktortyp EPR, der etwa ab dem Jahr 2005 weltweit angeboten werden soll.

Ein roter Teppich für die Stromgiganten

Die Strommanager der EVU's »zieren« sich und fordern günstigere Rahmenbedingungen:

»Ob sich die Branche für ein Atomkraftwerk entscheidet oder nicht, machen Stromvorständler wie Ulrich Hartmann (Veba) und Dietmar Kuhnt (RWE) von drei Bedingungen abhängig:

- *Es sollte breite gesellschaftliche Übereinstimmung herrschen, vor allem: keine »Obstruktionspolitik« rotgrüner Landesregierungen gegen neue Projekte.*
- *Es muß ein Bedarf für neue Strommeiler vorhanden sein.*
- *Auch unter den teuren Sicherheitsanforderungen des geänderten Atomgesetzes müssen sich die neuen Reaktoren im Verhältnis zu Kohlekraftwerken rechnen.«*

(Spiegel, 29.5.95)

Zum Interesse der EVU's ergänzend die Aussagen desselben RWE-Vorständlers Kuhnt im Handelsblatt vom 7.9.1995:

»Kuhnt ist davon überzeugt, daß deutsche Reaktoren verantwortungsvoll genutzt werden und die Kernkraft eine 'Zukunftstechnologie' mit Vorsorgefunktion für den Positionsstandort Deutschland darstellt. Und darüber hinaus bleibt für den RWE-Chef maßgeblich: 'Unsere Kernkraftwerke erfüllen weltweit vorbildliche Sicherheitsstandards. Wer sich unter nationalen Gesichtspunkten von der Kernenergie verabschieden will, beraubt sich zugleich der Möglichkeiten zur positiven Beeinflussung der zukünftigen Sicherheitsanforderungen in der Kernenergie oder aktiven Hilfe bei osteuropäischen Anlagen.' 'In der deutschen kerntechnischen Entwicklung dürfe kein Fadenriß entstehen. Auch wenn kurzfristig kein Bedarf für neue Anlagen existiere, müsse weiter geforscht werden. Im Jahr 2005 sei zu untersuchen, inwieweit der neu konzipierte deutsch-französische Gemeinschaftsreaktor unter wirtschaftlichen und sicherheitstechnischen Anforderungen für die Stromversorgung hinzugezogen werden solle. Das Thema Nummer eins in der energiepolitischen Konsensfindung sei jetzt, dafür zu sorgen, daß technische Entsorgungsmöglichkeiten politisch auch wahrgenommen werden könnten. Die Standortprüfung eines Endlagers in Gorleben sei solange weiterzuverfolgen, wie keine gleichwertige Option staatlicherseits für Prüfungen freigegeben werde. Im übrigen wiesen alle bisherigen Re-

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

sultate darauf hin, daß Gorleben den sicherheitstechnischen Ansprüchen genügen könnte', erklärte Kuhnt.

Ein Thema für energiepolitische Weichenstellungen dürfe gleichfalls nicht kleingeschrieben werden, nämlich die Voraussetzungen für einen politisch ungestörten Betrieb der Kernkraftwerke endlich zu schaffen.«

Hier wird es interessant, weil die Hardliner in der Bundesregierung seit einigen Monaten dabei sind, die geforderten *»energiepolitischen Weichenstellungen«* zu setzen.

Wie der Weg in eine neue Atomreaktorgeneration gebahnt wird

Sicherheitsanforderungen werden aufgeweicht

»Nach Paragraph 7 des neuen Atomgesetzes können Reaktoren nur noch genehmigt werden, wenn sich die Folgen einer Kernschmelz-Katastrophe wie Tschernobyl durch die neuartige Konstruktion auf die Atomanlage begrenzen lassen. Die Anlage müsse so ausgelegt sein, hatten Töpfer und Schröder festgelegt, daß ein Kernschmelzunfall nur einmal in einer Million Jahren passieren dürfe und daß, wenn er doch eintritt, 99 von 100 Kernschmelzen ohne Opfer beherrschbar sein müßten. Schon damals bemerkte Adolf Hüttl, Siemens-Vorstandsmitglied für Kernkraftwerke: 'Dann bauen wir nicht.'«

(Spiegel 10.4.95)

Dazu am gleichen Tag in der Frankfurter Rundschau: *»Merkel dreht an AKW-Standards – Umweltministerin will Vorgaben Töpfers unterbieten.« »Im Umweltministerium gibt es Überlegungen die Sicherheitsstandards für künftige Atomkraftwerke neu zu regeln. (...) Diese neuen Eckwerte würden (...) niedriger liegen...«*

Entsorgungsnachweis »entsorgen«

Seit dem Aus für die deutsche WAA war La Hague – neben der Anlage im britischen Sellafield – die einzige Möglichkeit für die deutsche Atomwirtschaft, den Nachweis der Atomvorsorge zu erbringen. Ohne ihn hätten alle Atommeiler abgeschaltet werden müssen. Schon seit langem ist der Zwang einen »Nachweis für die Entsorgungsvorsorge« des anfallenden Atommülls zu erbringen, für die Atombetreiber ein lästiger Klotz am Bein. Jede Variante, sich dieses Problems zu entledigen, hat einen Pferdefuß. Deshalb tanzen die EVU's auf verschiedenen Hochzeiten:

Direkte Endlagerung

Seit Mai 1994 wurde mit dem sogenannten Artikelgesetz auch die direkte Entsorgung als Entsorgungsnachweis anerkannt. Seitdem stellt sich für die Stromunternehmen die Frage, welchen Weg sie in Zukunft beschreiten sollen: Wiederaufbereitung oder Endlagerung? Rein wirtschaftlich gesehen ist die Sache klar: Die direkte Endlagerung ist viel billiger (2.000 DM pro Kilogramm Kernbrennstoff). Doch dafür fehlt noch das Endlager: In Gorleben wird zwar der Salzstock weiter »erkundet«, aber die Rechte an dem Salzstock liegen beim Anti-AKW-Grafen Bernstorff. Wenn das vom Bund eingeleitete Enteignungsverfahren erfolglos bleibt, droht diesem Projekt spätestens 1998 das Aus. Damit stände auch der Entsorgungsnachweis wieder auf wackligen Füßen. (Angaben »Die Woche« 4.8.95)

Wiederaufbereitung in La Hague

Die andere Schiene wäre bei der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague zu bleiben. Diese ist in zwei Kontrakten festgehalten (Alt- und Neuverträge). Das sind Verpflichtungen über das Jahr 2000 hinaus mit erheblichen Abhängigkeiten: kündbar nur unter ziemlich kostenträchtigen Bedingungen (1,2 Mrd. DM). Im letzten Jahr lieferten sich die deutschen Atombetreiber einen Verhandlungspoker mit der französischen Cogema (der Betreiberin von La Hague). Sie wollten aus den finanziell für sie sehr ungünstigen Altverträgen raus, sich andererseits jedoch den Entsorgungsweg über La Hague offenhalten. Das der Castor-Transport gerade in diese Verhandlungsphase fiel, ist kein Zufall – stärkte es doch erheblich die Verhandlungsposition der deutschen Atom-Betreiber, die damit zeigen konnten, daß sie zur Not ihren Entsorgungsnachweis auch mit dem Polizeiknüppel durchgesetzt bekommen.

Worauf sich Deutsche und Franzosen letztlich geeinigt haben, ist uns nicht bekannt. »Die Woche« vom 4.8.95 kommt zu folgender Einschätzung: *»Die Franzosen andererseits erweisen sich als erstaunlich flexibel. So bieten sie jetzt selbst die langfristige Zwischenlagerung ohne Wiederaufbereitung an, samt späteren Rücktransport der Brennelemente in endlagergerechter Verpakkung. Da die reine Lagerung ausländischen Strahlenmülls aber nach französischem Abfallrecht verboten ist, verbindet Cogema diesen Vorschlag mit (dem Trick) der Proforma-Option zur Wiederaufbereitung.*

Das läßt die deutschen Atom-Manager aufhorchen. Denn mit dieser Variante könnten mehrere atompolitische Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Die protestträchtigen Castor-Transporte nach Gorleben ließen sich eine Zeitlang umgehen, der Bau weiterer Zwischenlager in Deutschland wäre vom Tisch und der Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft ohne politische Risiken machbar. Darum neigen die Stromkonzerne derzeit dazu, sich auch in Zukunft den Entsorgungsweg über La Hague offenzuhalten. Der Verhandlungspoker mit der Cogema dreht sich im wesentlichen nur noch um den Preis.«

Gesetzliche Abschwächung des Entsorgungszwangs

Die Bundesregierung dreht derweil an einer anderen Schraube.

»In einem internen Papier mit dem Titel 'Position zur weiteren Entwicklung der friedlichen Nutzung der

Fortsetzung nächste Seite

GARCHING II

In Garching bei München baut Siemens für die TU München einen neuen Forschungsreaktor.

Der Atommeiler soll ausschließlich mit hochangereichertem Uran betrieben werden. Für welche »friedlichen Zwecke« atombombenfähiges Uran in den Brennelementen gebraucht wird, bleibt offen. Fakt ist, die BRD will das Uran aus Rußland kaufen. Dies wird aber nur mit Zustimmung der Euratom, der europäischen Atomgemeinschaft möglich sein. Dort haben die USA ein Wörtchen mitzureden. Seit 1992 versucht jedoch die Bundesregierung in Verhandlungen über eine Vertragsverlängerung von Euratom, das Mitspracherecht der USA zu beenden, dies sei »politisch und technisch nicht länger akzeptabel«, so der bundesdeutsche Verhandlungsleiter Wilhelm Gmelin. Die Deutschen wollen ohne ausländische Kontrolle mit waffenfähigem Uran forschen. Für eine deutsche Atombombe?

Atom-Mafia

FORTSETZUNG VON SEITE 6

Kernenergie' schlagen die Experten vor, die Diskussion über die weitere Nutzung von Atomkraftwerken von einem Entsorgungskonsens abzukoppeln.« (FR 19.4.95) Im Klartext geht es in diesem Strategiepapier um verschiedene Varianten, wie Atommüll weiter produziert werden darf, ohne den lästigen Nachweis erbringen zu müssen, daß er letztendlich auch sicher entsorgt werden kann. Im Papier heißt es weiter: Als Fortschritt bezeichnen sie, *»wenn es im Konsenswege gelänge, die Entsorgungsfrage politisch vom Weiterbetrieb der Kernkraftwerke abzukoppeln, also zu einem Entsorgungskonsens auch dann zu kommen, wenn es keinen Konsens über die weitere Kernenergienutzung gibt«.*

»Kompromisse halten die Experten bei der Zwischenlagerung der hochgiftigen abgebrannten Brennelemente für möglich. Für die laut dem Atomgesetz jetzt mögliche direkte Endlagerung sei ohnehin eine »Abklingzeit« von etwa 40 Jahren zweckmäßig. Überdies habe die langfristige Zwischenlagerung den Vorteil, daß die Entscheidung über Endlagerung oder über Wiederaufbereitung erst später getroffen werden müsse. Die Erkundung des Salzstocks Gorleben als mögliches Atommüllendlager will das Bundesumweltministerium nicht aufgeben.«

(...) »Um der SPD und insbesondere Niedersachsen bei dem Wunsch nach einer gerechteren Verteilung der Lasten entgegenzukommen, könne eine Regionalisierung der Zwischenlagerung angeboten werden, so daß das Zwischenlager Ahaus für den westdeutschen Raum, Gorleben für Norddeutschland, Greifswald für Ostdeutschland und ein noch zu errichtendes Zwischenlager in Süddeutschland zur Verfügung stünden.«

SPD-Schröder (Niedersachsen) würde bei dieser Variante mitspielen: *»Künftig soll die Entsorgungspflicht der EVU bereits erfüllt sein,« so Schröder, »wenn sie eine ordungsgemäße vorausschauend sichere Zwischenlagerung des Atommülls betreiben.«* (Spiegel vom 29.5.95)

Das neue »Mekka« für die Atomindustrie: Atomland Ost

Die Essener Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) *»errichtete bereits das »Zwischenlager Nord«, dicht am Kraftwerkskomplex Greifswald gelegen. Die Hallen sollen im Endausbau 200.000 Kubikmeter Fassungsvermögen haben – genug, um den gesamten Atommüll der 19 deutschen Meiler aufnehmen zu können. Noch steht dieses ostdeutsche Gorleben leer, doch schon Anfang dieses Jahres soll laut Genehmigungsantrag der erste Atomschrott anrollen.«* (Spiegel 1.1.96)

Alternative Endlagerungsstätten

Auch für den Fall, daß die Wendländer sich weiter wacker wehren, sorgt die Bundesregierung bereits vor: *»Umweltministerin Merkel hat von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe bereits alle potentiellen Gesteinsformationen für Atommüll-Lager erkunden lassen – vom Erzgebirge bis zum norddeutschen Elbufer.« (...)* Im Einzelnen: *»Als neue Endlagerstätte erkunden die Behörden derzeit den brandenburgischen Teil des Salzstocks von Gorleben und das benachbarte Gülze-Sumte. Auch das Fichtelgebirge und die Halle-Wittenberger Scholle gelten als untersuchungswürdig. Das Bundesumweltministerium hat schon im sachsenanhaltinischen Waddekath einen Salzstock als Ersatz für Gorleben genannt, sollte das westdeutsche Endlager ausfallen.«* (Angaben wiederum Spiegel 1.1.96)

Ungestörter Weiterbetrieb bestehender Meiler

Erinnert Ihr Euch noch an die Zeit, als die SPD alle Atomkraftwerke innerhalb von 10 Jahren stillegen wolte? Mittlerweile liest sich das so: Die Atomgemeinde *»wollen die am Netz hängenden Atommeiler ungestört von rot-grün geführten Regierungen betreiben, möglichst noch jahrelang. Dafür wären sie sogar bereit, über Restlaufzeiten zu verhandeln. Die Branche denkt an 40 Jahre, Schröder wäre bereit, 30 zuzugestehen.«* (Spiegel 29.5.95)

Option auf einen neuen Reaktor

Hören wir uns einmal Frau Merkel an: *»Bei der Frage des Neubaus von Kernkraftwerken besteht heute kein konkreter Entscheidungsbedarf. Allerdings weiß jeder, daß die Forschung und Entwicklung kontinuierlich weitergeführt werden muß, damit in zehn Jahren eine konkrete Bauentscheidung für einen neuen Reaktortyp gefällt werden kann. Dies schließt ein standortunabhängiges Genehmigungsverfahren ein, um sicherzustellen, daß ein solch neu entwickelter Reaktor auch den gesetzlich festgeschriebenen Sicherheitskriterien entspricht* (wohl eher, weil eine standortunabhängige Entscheidung quasi einem pauschalen Freibrief für diesen Reaktortyp gleichkäme. Das heißt, ist ein Reaktor erstmal genehmigt, fallen weitere langwierige Einspruchverfahren weg. d. Verf.) *Deshalb ist heute mehr notwendig als lediglich die politische Entscheidung. Forschung und Entwicklung fortzuführen. Über Restlaufzeiten bestehender Kernkraftwerke kann nur zum Zeitpunkt konkreter Bauentscheidungen gesprochen werden, ebenso über die Ausgestaltung der politischen Entscheidung. Auch sollten uns die Exporterfolge der Franzosen im südostasiatischen Raum und die Anstrengungen der Amerikaner in Osteuropa zu denken geben. In einigen Jahren wird der Erneuerungsprozeß der weltweit 400 Kernkraftwerke beginnen. Wir sollten dann deutsche Technologie anbieten können, beispielsweise den gemeinsam mit Frankreich entwickelten European Pressurized Water Reactor (EPR), der ein weltweit bisher unerreichtes Sicherheitsniveau haben wird.«* (FR vom 19.6.95)

Rührend, wie sich Frau Merkel für die deutsche Industrie einsetzt, nicht wahr? Aber schließlich geht es um die Stellung der Deutschen Industrie bei einem gigantischen Investitionsvolumen für die Erneuerung der 400 Kernkraftwerke...

Die SPD – wie immer ein Wackelpudding

Seit einiger Zeit laufen zwischen Vertretern aller Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsbossen sogenannte »Energiekonsensgespräche«. Diese Gespräche sollen eine »breite gesellschaftliche Übereinkunft« über die zukünftige Energieversorgung in Deutschland herstellen, also auch über die Frage zukünftiger Atomkraftwerke, weil auch die Stromkonzerne ohne diese Zustimmung angeblich nicht neue AKW's in Auftrag geben wollen. Die Energiekonsensgespräche sind das letzte Mal im Mai 95 noch an diesem Punkt – der Option auf einen neuen Reaktor – gescheitert. Allerdings knapp. Schröder hätte möglicherweise auch an diesem Punkt zugestimmt, wäre er nicht von seinem Parteifreund Scharping zurückgepfiffen worden (schließlich besteht zumindest formal noch der 1986 gefällte Ausstiegsbeschluß): *»SPD-Verhandlungsführer Schröder hatte nach Angaben des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel« in einem Brief an SPD-Chef Rudolf Scharping mit seinem Ausstieg aus den Konsensgesprächen gedroht, sollte seine Partei die von ihm angebotene Kompromißlinie nicht unterstützen, nach der für die bestehenden Reaktoren im Atomgesetz Restlaufzeiten festgeschrieben werden sollten und die SPD im Gegenzug einem standortunabhängigen Genehmigungsverfahren für einen neuen deutsch-französischen Reaktortyp zustimmen müßte.«* (FR 19. Juni 95)

Aber wer traut schon der SPD? Ausstieg, Ausstieg innerhalb von 10 Jahren. Ausstieg innerhalb von 30 Jahren. Genehmigungsverfahren für einen neuen Reaktor – ist doch alles das gleiche...

Die Offensive beginnt

Nachdem dieser Artikel bereits fertig war, erschien am 1.1.96 ein Bericht im »Spiegel«, der ein Abweichen von der bisher vorsichtigeren Linie andeutet. Die Atommafia geht in die Offensive.

»Wir wollen den Reaktor« – Der »EPR« und der »Iter«

»Eine große Koalition aus Sozialdemokraten und Bundesregierung will Ostdeutschland zu Europas führender Atomtechnologieregion aufrüsten: ein Fusionsreaktor soll nach Mecklenburg-Vorpommern, schon in Kürze gehen dort das europaweit größte Zwischenlager für Atommüll in Betrieb, etliche Endlagerstellen werden erkundet.«

Schwerins stellvertretender Ministerpräsident und SPD-Wirtschaftsminister Harald Ringstorff und Reaktorminsiterin Merkel forcieren einen neuen Reaktortyp »Iter«. *»Das Kürzel steht für Internationaler Thermonuklearer Experimenteller Reaktor. Anders als bei der Kernspaltung soll in dem hochmodernen Experimentierkraftwerk Energie durch Kernverschmelzung gewonnen werden. Für diesen Reaktor, dessen Funktionsweise bereits in mehreren Pilotprojekten getestet wird, wollen 20 Industriestaaten zwölf Milliarden Mark bereitstellen. Im nächsten Jahrtausend soll mit dem Bau begonnen werden – nur ist noch offen, wo. Um das Kraftwerk konkurrieren die Vereinigten Staaten, Japan, Rußland, und auch die EU ist derzeit auf Standortsuche. Deutschland ist dabei ein 'leading candidate' (Nature)« (...) »In der Tat kann die CDU/SPD-Koalition in Schwerin im internationalen Wettbewerb ein DDR-Erbe nutzen: In Greifswald stehen bereits fünf konventionelle Atom-Meiler sowjetischer Bauart« (...) »Der Kraftwerkskomplex ist mit über 280 Hektar Fläche größer als die vier West-Meiler Brokdorf, Biblis, Stade und Philippsburg zusammen. Für den künftigen Fusionsreaktor, so wirbt das Land in einem Ministeriumspapier, stünden schon 'Wasserkanal, Kühltürme, Überwachungssysteme, Zwischenlager' sowie eine 'großdimensionierte Feuerlöschanlage bereit'. Selbst der Widerstand der Umweltschützer scheint kalkulierbar. Der Iter-Experte Udo Janssen, langjähriger Sprecher des Energiekonzerns Preussen-Elektra, und vorübergehend Berater des Schweriner Wirtschaftsministeriums, erfuhr bei einer Ortsbegehung von einem amtlichen Naturparkschützer: 'Die Landschaft ist hier schon so versaut, da könnt ihr den hinbauen, mit uns geht das'«.* (Zitate alle aus Spiegel 1.1.96)

Wir wollen hier nicht alles aufführen. Der Artikel ist lohnenswert und wenn ihr wissen wollt, woher der Wind weht, holt ihn euch einfach...

Die neue Qualität, die in ihm angedeutet wird, ist das Hand in Hand von SPD und CDU, die in selten deutlicher Einmütigkeit agieren und von daher ein Umfallen der SPD auch im gesamten Atomkurs realistischer machen. Und, das das von den Schweinchen das Ganze selbst von bisher langfristiger Planung in die nahe Zukunft geholt wird: Erstmals wird in diesem Artikel erwähnt, daß der *»geplante Baubeginn«* für den ERP-Reaktortyp schon *»das Jahr 1999«* sein soll. (Ihr erinnnert Euch: der oben erwähnte von Siemens und Framatone geplante neue »Sicherheitsreaktor«, der ursprünglich erst frühestens ab dem Jahr 2005 in Angriff genommen werden sollte)

Dennoch: Die Energieversorgungsunternehmen (als spätere Auftraggeber) haben keine Eile. Sie lassen sich günstige Rahmenbedingungen servieren, bevor sie in einen offenen Konflikt einsteigen. Derweil steigen sie mit Milliardengewinnen in ihre bisherige und in neue Branchen ein:

Der große Reibach der EVU's mit dem Strom

1990 handelten die großen Drei (RWE, Veba und Viag/Bayernwerk) mit der damaligen DDR-Regierung den sogenannten Stromvertrag aus und übernahmen damit für die gesamte DDR-Stromindustrie die Geschäftsführung. Da sie damit bis 1991 die Strompreise auf westdeutsches Niveau steigern konnten, ließen sie sich praktisch durch die ostdeutschen BürgerInnen den Verkauf ihrer eigenen Stromindustrie in vier Jahren bezahlen. Der Atomstrom hat *»den Konzernen eine weitere phantastische Geldquelle erschlossen: den Atommüll. Was gemeinhin als das größte Problem der Atomkraft gilt, die ungelöste Entsorgungsfrage, verwandelt sich in den Bilanzen von RWE, Veba und Viag in eine schier unerschöpfliche Kasse. Das Zauberwort für die atomgetriebene Geldvermehrung heißt Rückstellung. Weil niemand genau weiß, wie teuer das endgültige Atommüllgrab und vor allem der spätere Abriß der verstrahlten Atomzentralen werden, langen deren Betreiber per Stromrechnung schon vorab kräftig zu.«* Am Beispiel des AKW Brokdorf: *»Dort kassiert die Betreibergesellschaft unter Führung der Veba mit amtlicher Genehmigung allein für den späteren Abriß 1,88 Pfennig pro Kilowattstunde und sammelt so in 20 Jahren rund 3,75 Milliarden DM ein – fast soviel wie die ursprünglichen Baukosten.« (...) »Insgesamt besorgten sich die Atomkraft-EVU auf diese Weise steuer- und zinsfrei bis heute schon rund 40 Milliarden Mark, mit denen sie kaufen können, was sie wollen. Ob und wann das Atomgeld in dieser Höhe wirklich gebraucht wird, muß sie nicht kümmern. Die Frage stellt sich erst Jahrzehnte später.«* (Zitate aus Spiegel 46/95)

Einstieg in die Zukunftsbranchen

»Die Stromfürsten dehnen unterdessen ihr Reich in immer neue Branchen aus. Längst ist es nicht mehr möglich, auch nur einen Tag in Deutschland zu verbringen, ohne einem der Energiekonzerne auch außerhalb der Stromrechnung Tribut zahlen zu müssen.

Die Stromer, die fleißig Firmengruppen zusammenkaufen, sind vor allem auf eines aus: auf Gebühren.

In der Abfallwirtschaft haben Firmen wie die RWE-Tochter Trienekens und R & T oder die Veba-Tochter Westab schon rund ein Viertel des Marktes im Griff. Eifrig bauen sie als Generalentsorger für ganze Regionen neue Monopole auf.

Über Kredite und Posten übernahmen sie auch die Regie beim 'Dualen System' für Verpackungsmüll. Schon etwa die Hälfte der jährlich vier Milliarden Gebühren für den Grünen Punkt landen in den Kassen der Stromer. Auf der Gegenseite, bei den Müllerzeugern, beherrscht die Münchner Viag/Bayernwerk-Gruppe mit Dutzenden Unternehmen den Markt für Verpakkungen aller Art, von der Pet-Flasche bis zur Aluminiumdose.

Strategisch bauen die Energieversorger auch ihre Beteiligung in der Wasserwirtschaft aus, wo erneut große Monopolgewinne winken (..)

Alle gemeinsam rüsten für die Eroberung des Telfonmarktes 1998. Auch das dann aufgelöste Staatsmonopol droht nun in die Hände eines nicht minder teuren privaten Oligopols zu fallen. So bringt die kleine Elektrizitäts-Elite einen immer größeren Teil des Sozialprodukts unter ihre Kontrolle. 'Die Monopole der Stromkonzerne', warnt Dieter Wolf, Präsident des Bundeskartellamts, 'sind enorm schädlich für die Volkswirtschaft'.«

Soweit der Spiegel, dem wir hier mal recht geben müssen.

Und wir?

Nach diesem kleinen Rundumschlag wollen wir aufhören, Euch mit weiteren Einzelheiten zu bombardieren.

Interessanter finden wir die Frage, ob wir Linksradikale die Entwicklung dieser gigantischen Maschinerie ignorieren und damit – so meinen wir jedenfalls – auch die Erfolge aus 20 Jahren Anti-AKW-Bewegung verspielen. Wir wollen Euch keinen korrekten Handlungsvorschlag mitliefern. Der Widerstand z.B. gegen den ersten Castortransport nach Gorleben hat gezeigt, daß die Anti-Atom-Bewegung sich zu wehren weiß. Weitere Transporte werden folgen und die Vorbereitungen für einen noch teureren Einsatz sind im Gange. Unsere Frage lautet eher: warum immer warten, bis die anderen kommen?

Es gibt viele Möglichkeiten, offensiv zu werden – wir sollten sie nutzen...!●

Einige Autonome

BUCHVORSTELLUNG

Atom-Mafia

Warnungen an die ferne Zukunft

Den untenstehenden Beitrag von Georg Pankow haben wir der Schweizer Zeitschrift A-Bulletin, Ausgabe Nr. 382, vom 15.2.1996 entnommen.

Von Georg Pankow, Zürich ● Seit einigen Jahrzehnten sind wir Menschen mit zwei neuen, totalen Bedrohungen konfrontiert. Die beiden menschen-gemachten Gefahren (1) sind die Atom- und die Gentechnik.

Durch die Zündung von Atombomben und den Betrieb von Atomkraftwerken und Plutoniumbrütern wurden (und werden immer noch) radioaktive Stoffe erzeugt, deren todbringende und das Erbgut schädigende Strahlung noch über Tausende von Jahren wirksam ist.

Durch Eingriffe in die Genstruktur der Lebewesen werden neue Tier- und Pflanzenarten geschaffen. Sind neue Lebewesen erst einmal in die Biosphäre entlassen (vorsätzlich oder aus Unachtsamkeit) zerstören sie binnen kurzem eine in Jahrmillionen in unendlich langsamer Veränderung entstandene Lebenswelt. Aber genau diese in Jahrmillionen entstandene Welt ist die Grundlage menschlichen Lebens und aller heute existierenden Tiere und Pflanzen.

Angesichts der bereits vorhandenen radioaktiven Abfälle und der kaum mehr rückgängig zu machenden 'Erkenntnisse' der Gentech-Forschung, sind wir eher kurzlebigen Menschen gezwungen, uns auf Generationen, Jahrhunderte, Jahrtausende, ja auf Jahrzehntausende hinaus abzusichern – soweit es überhaupt noch etwas zu sichern gibt. – Das ist neu.

Unsere Eliten haben sich bereits fachspezifisch Gedanken gemacht, wie wir kurzlebigen Menschen Informationen zu radioaktiven Abfällen und Gen-technischen Errungenschaften über die vielen vielen Generationen hinweg gewährleisten können.

Kritischere Leute haben sich in den letzten Jahren zu überlegen begonnen, was verfassungsrechtlich vorzukehren wäre, um künftig solche wirtschaftlich-technologischen Ungeheuerlichkeiten gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Mit Vorschlägen, wie wir Kenntnisse und Sicherungssysteme zu bereits existierenden Unmenschlichkeiten über Jahrtausende weitergeben können, befasse ich mich in diesem Beitrag. Vorlage ist mir das Buch »Warnungen an die ferne Zukunft« mit Beiträgen von 12 AutorInnen. Herausgeber und Mitautor ist Roland Possner, Raben Verlag 1990.●

Wir haben es mit Zeitdimensionen zu tun, welche die Maßstäbe der bisherigen menschlichen Geschichte sprengen. Wissenschaft, Literatur und Kunst früherer Jahrhunderte werden unverständlich, wenn sie nicht alle paar Generationen neu interpretiert und in neue Sprachen übersetzt werden. Auch staatliche Institutionen haben selten mehr als einige hundert Jahre Bestand gehabt und sind ständig von der Zerstörung durch Krieg und Umsturz bedroht. Selbst die heutigen Religionen sind kaum älter als ein paar tausend Jahre und sie haben uns nicht in erster Linie naturwissenschaftliche Informationen, sondern Mythen und Rituale überliefert.

Ist es überhaupt möglich, verläßlichere Botschaften und dauerhafte Institutionen zu schaffen? Wie müßten diese aussehen? Niemand, die TäterInnen zuletzt, haben sich bisher dieser Fragen angenommen.

Doch es gibt kein Zurück mehr. Die Hinterlassenschaften der Atomtechnik mit ihren tödlichen Langzeitgefahren sind heute schon tausendfach über den Erdball verteilt. Von Menschen produzierte strahlende Materie liegt bereits in solchen Mengen vor, daß sie vielfach nicht nur noch großräumig lokalisiert, kaum mehr isoliert und weggeschafft werden kann. Selbst im unwahrscheinlichen Fall, daß wir augenblicklich auf die Atomtechnik verzichten, bleibt die Aufgabe bestehen, die künftige Menschheit vor den Orten todbringender Strahlung zu warnen und sicherzustellen, daß diese Warnung über Tausende von Jahren erhalten bleibt.

1982/83 warf die Zeitschrift für Semiotik (2) die Frage auf: *»Wie ist es möglich, unsere Nachkommen innerhalb der nächsten 10.000 Jahre über die Lagerungsorte und die besonderen Gefahren von Atommüll zu informieren?*

Angesichts der Tatsache, daß alle Industriestaaten heute große Mengen von strahlendem Material erzeugen und dieses Material seine Gefährlichkeit für Menschen und andere Lebewesen über Jahrtausende hinweg behalten wird, erscheint die Lösung dieses Kommunikationsproblems als eine der dringendsten Aufgaben unserer Zeit.«

Auch in Roland Posners Verständnis kann *»Atommüll in mehrfacher Weise als 'Kommunikationsproblem' verstanden werden.«* (S. 10)

1. *Bereits die Entscheidung zur industriellen Produktion radioaktiver Stoffe war ein Kommunikationsproblem. Sie erfolgte nämlich weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit.*
2. *Die noch ausstehende Entscheidung über die Isolierung und Lagerung von radioaktiven Stoffen ist ein Kommunikationsproblem. Denn sie ist nicht ohne Zustimmung der lokalen und regionalen Bevölkerung in der Umgebung der künftigen Müllager durchsetzbar.*
3. *Auch die Sicherung der Endlager über Tausende von Jahren ist ein Kommunikationsproblem, und dies im doppelten Sinne:*

a) *Soweit es technisch möglich ist, Endlager von radioaktiven Abfällen für Jahrtausende durch physikalische Barrieren von der Biosphäre zu isolieren, ist nur das Problem zu lösen, wie man intelligente Lebewesen davon abhalten kann, diese Barrieren absichtlich oder unabsichtlich zu zerstören. Dies erfordert Mitteilungen, die unmittelbar an die potentiellen Eindringlinge gerichtet sind.*

b) *Soweit es nicht möglich ist, radioaktive Abfälle auf Dauer durch physikalische Barrieren von der Biosphäre zu isolieren, ist eine kontinuierliche Wartung durch den Menschen über Tausende von Jahren erforderlich, die ständig in der Lage sein muß, mögliche Lecks zu lokalisieren, ihre Gefährlichkeit zu evaluieren und Maßnahmen zur Beseitigung der Lecks oder zur Evakuierung der Bevölkerung zu treffen.*

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Verderben-anzeigende Funktion der Katzen und Sirenen muß durch ihre geeignete Benennung und durch die Verbreitung einschlägiger Märchen, Sagen oder Mythen bekannt gehalten werden. David B. Givens (Universität of Washington, Seattle) verfolgt den kulturellen Ansatz und prüft, was wir aus der Menschheitsgeschichte lernen können, um unser Problem zu lösen. Vilmos Voigt (Lorand-Eötvös-Universität Budapest) bemüht das Wissen der vergleichenden Sprachwissenschaft; er geht davon aus, daß über dem Endlager ein zentrales Monument aufgerichtet

KOMMENTAR

Der hier verwendete Begriff 'Kommunikations-Problem' vernebelt den wahren Sachverhalt. Die Einführung von Atomtechnik (und Gentechnik) erfolgten und erfolgen überall auf der Welt ohne gesetzliche und demokratische Kontrolle. Kein Atom-Betrieb entstand ohne krasse Gesetzesbrüche. Die Atom-Technologie hatte nie demokratische Legitimation. Die Macht der Wirtschaft, im Verein mit der Wissenschaft, den Behörden und unseren VolksvertreterInnen handelte, führte ein, setzte durch, enteignete, desinformierte und entmündigte die Bevölkerung.

Es gilt deshalb nicht, neue Gesprächsformen einzuführen, sondern Macht zu knacken. Denn es herrscht Krieg; Krieg gegen das Leben, gegen alles Lebendige.

Das einzugestehen ist schwer, denn es bedeutet einzusehen, wer alles unsere Feinde sind. Manchmal sind wir es gar selber.

Wo Macht sich regelmäßig durchsetzt und die Wirtschaft 'Kommunikation als Ware' bereitstellt, beginnt das Geschwafel von 'Kommunikation' und der 'Kommunikationsgesellschaft'.

Der Einsatz von Begriffen wie 'Kommunikations-Problem' hat immer die (geheime) Funktion, einen Lebenssachverhalt dem Zugriff der jeweiligen Opfer zu entziehen, d.h. die Benachteiligten wehrlos zu machen: Wir alle – Täter wie Opfer – sollen uns einträchtig und verblödet mit einem Kommunikationsproblem beschäftigen, statt uns zu fragen, wer uns die radioktive Menschheits-Bedrohung eingebrockt hat und uns auch noch das Auslöffeln zumutet.●

Georg Pankow

Vorschläge aus dem Buch zur Lösung eben dieser sogenannten Kommunikationsprobleme sind z.B.:

Für Philipp Sonntag vom Wissenschaftszentrum Berlin sind ein künstlicher Mond am Himmel und eine Datenbank im Keller die aussichtsreichste Lösung. Wulf Rheder (Universität Denver, Colorado) ergänzte diesen Vorschlag, indem er für die betreffenden Datenträger eine Sicherung gegen Codebrecher durch Randosierung vorsieht, damit nicht Unbefugte in den Besitz des möglicherweise brisanten Wissens kommen.

Stanislaw Lem (Universität Krakau) entscheidet sich dafür, die Gen-Technik einzubeziehen, und entwirft für die Zeichenträger der Mitteilungen an die ferne Zukunft eine mathematische Codierung auf lebendem Trägermaterial, das sich wie alle Lebewesen selbsttätig erneuert. Françoise Bastide (Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris) und Paolo Fabbri (Universität Palermo) schlagen die Züchtung von Strahlenkatzen vor, die durch Genmanipulation in die Lage gesetzt werden, bedrohliche radioaktive Strahlung zu überstehen und sie dem Menschen durch visuelle Zeichen wie etwa die Verfärbung des Fells anzuzeigen. Mit der Energie der radioaktiven Strahlung betriebene akustische Signale (Atomsirenen) und optische Gefahrenzeichen anderer Art (brechendes Auge) sollen das Ignorieren der warnenden Information unmöglich machen.

Doch wie läßt sich verhindern, daß die Menschen der Zukunft diese Zeichen zwar wahrnehmen, aber falsch interpretieren, indem sie sich beispielsweise vom ungewohnten Anblick der Strahlenkatzen anziehen lassen und am Klang der Atomsirenen ergötzen?

Da scheint nur der Rückgriff auf die Kultur zu helfen: wird, das die notwendigen Informationen in der Sprache seiner Erbauer mitteilt. Um diese Informationen auch für spätere Generationen verständlich zu halten, schlägt er eine Einrichtung vor, die alle paar Generationen in wachsendem Abstand von dem Monument konzentrisch angeordnete Warntafeln in zunehmend neueren Sprachen aufstellt. Percy H. Tannenbaum (Universität of California, Berkely) baut diesen Vorschlag weiter aus, indem er für eine Staffelung der Informationsquellen nach Inhalt und Entfernung von den Lagerstätten plädiert. Die Lösungsvorschläge von Voigt und Tannenbaum erfordern eine Instanz, die die vorgeschlagenen Kommunikationseinrichtungen wartet und ergänzt. Thomas A. Sebeok (Indiana University, Bloomington) fordert ein Relaissystem in der Obhut einer Atompriesterschaft, um die Aufgabe dieser Instanz über alle Brüche der Weltgeschichte hinweg kontinuierlich wahrnehmen zu können.

»Wir übernehmen die Verantwortung« sagen die Atomkraftwerk-Betreiber und ihre politischen Vasallen

Neben den vor allem nach 1989 im Detail bekannt gewordenen zahlreichen offenen Uran-Abbauhalden und Atombetrieben im Ostblock und auch anderswo gibt es auch nicht wenige radioaktive Abfälle, die kaum je wieder eingefangen und 'sicher entsorgt' werden können:

Seit den 40er-Jahren dienten die Meere als Endlagerstätten für radioaktive Abfälle. 1972 verzichteten in der 'London Convention on the Prevention of Marine Pollution by Dumping of Waste and other Matter' die unterzeichnenden westlichen Industrienationen darauf, hochradioaktive Stoffe im Meer zu 'entsorgen'. *('entsorgen' ist ein typisches Täuschwort aus dem Wirtschafts/Wissenschafts-Jargon. Es suggeriert, daß und durch diese Tätigkeit eine Sorge genommen wird, d. Autor)*

Schwach und mittelradioaktive Stoffe gelangten allerdings immer noch, bis zum Ende des Moratoriums 1983,

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

in Atlantik und Pazifik. 1967 versenkten fünf Mitgliedsstaaten des European Nuclear Energy Agency – Belgien, Frankreich, die BRD, die Niederlande und Großbritannien – 35.800 Behälter mit verschiedenen radioaktiven Abfallstoffen, einer Radioaktivität von 8.000 Curie und einem Gewicht von 11.000 Tonnen im Atlantik. Im September 1969 wurde weiterer Müll mit einer Aktivität von 22.600 Curie versenkt. Ähnliche Praktiken sind aus den USA bekannt. Zwischen 1946 und 1956 sind an wenigstens acht, wahrscheinlich sogar fünfzig verschiedenen Stellen, die teilweise nicht einmal 100 km vor der amerikanischen Westküste liegen, radioaktive Abfälle im Pazifik endgelagert worden. ...

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Atom-Mafia

... Im Atlantik liegen auf dem Kontinentalsockel zusätzlich 28.000 Atommüllkübel, davon einige nur knapp 5 km vom Ufer entfernt. Viele der Kanister oder Betonhüllen sind bereits während des Lagerungsvorgangs geplatzt oder zersprungen und haben ihren radioaktiven Inhalt freigegeben. Völlig normal ist es bis in die 80er Jahre, daß im britischen Windscale flüssige Abfälle ins Meer geleitet werden. *(Windscale nennt sich heute Sellafield, damit die TouristInnen nicht auf die sehr vernünftige Idee kommen, den traumhaft schönen Lake Distrikt wegen der hohen radioaktiven Verstrahlung zu meiden, d. Autor.)*

Seit den 50er Jahren gelangten so mehrere 10.000 Curie aus Großbritanniens Wiederaufbereitungsanlage ins Meer, unter diesen Stoffen auch Plutonium und Americium. 1983 gelten 20 km Strand offiziell als radioaktiv verstrahlt. Bei Kindern, die in der Umgebung Windscales an der Küste aufwuchsen, wurde 1983 eine gegenüber anderen Regionen 10-fach erhöhte Leukämie-Rate festgestellt.

In Hanford im Staate Washington betreiben die USA seit 1944 eine miltärische Plutoniumanlage. 40 Jahre später berichtet das amerikanische Wissenschaftsmagazin Science: Fässer mit Müll waren in Gräben gekippt worden, Teiche und Sümpfe waren durch radioaktive Abfälle verstrahlt, fester Müll auf dem Gelände verbuddelt worden. Das Volumen der Abfälle ist nicht zu überblicken, mehrere hundert Kilogramm plutoniumhaltiger Abfälle stecken in verrotteten Stahlfässern im Boden, Millionen Liter radioaktiver Flüssigabfälle sind versickert. Jeder Flächenbrand kann zur Gefahr werden: Steppenpflanzen bohren sich mit langen Wurzeln in verstrahlten Boden, nehmen radioaktive Stoffe auf und speichern sie. Ein Brand könnte diese Stoffe mit der Flugasche über eine große Fläche verbreiten.

1959 brachte es ein einziger Dachs fertig, ein riesiges Gebiet zu verstrahlen: Er grub ein Loch in eine Müllkippe. Durch das Loch schlüpften Kaninchen. Sie leckten an radioaktivem Salz und verbreiteten Cäsium und Strontium über eine Fläche von gut 1.000 Hektar.

Die Sanierung von Hanford ist unbezahlbar. Eine provisorische Sanierung ist schon 1987 mit über 20 Milliarden US-Dollar veranschlagt worden. Stahltanks, die vor 1970 vergraben worden sind, sind gar nicht mehr zu bergen. Sie sollen unter Erde, Kies, Basaltbruch verschwinden, mit Granitmonolithen verziert werden, die als Warnzeichen zu verstehen sind – und gräbt dann doch jemand, so sollen ihn Tausende von Porzellan-Täfelchen warnen: »Do Not Dig Here« steht darauf.

Eine Untersuchung von 1989 berichtet von über 2.300 Unfällen auf den Weltmeeren zwischen 1945 und 1988. In mehreren hundert Fällen hatten die betroffenen Schiffe und U-Boote Atomwaffen an Bord, in 212 Fällen waren Schiffe und U-Boote beteiligt, die durch Atomreaktoren angetrieben wurden. Das Resultat ist, daß mindestens 50 Atomwaffen und mindestens 10 Reaktoren auf dem Meeresboden liegen und dort verrotten. 1960 ging eine Wasserstoffbombe vom Flugzeugträger 'Ticonderoga' 80 Meilen vor der japanischen Küste verloren. Anfang April 1989 sank ein Atom-U-Boot der sowjetischen Marine bei Norwegen. Es war angetrieben durch zwei Reaktoren. Das Schiff liegt in über 1.500 m Tiefe und es ist nicht bekannt, ob die Reaktoren so ausgelegt sind, daß sie dem Druck, der in diesen Tiefen herrscht, unbegrenzt lange widerstehen.

Eine Atombehörde, die sowohl über die todbringende Strahlung als auch über die sie betreffende Kommunikation gebietet, erhält eine Machtposition, die zum Mißbrauch geradezu einlädt.

Wer schützt zukünftige Generationen vor denen, die sie vor den Gefahren einer gentechnisch manipulierten Natur schützen sollen?

Susanne Hauser (Frauenforschungs-, bildungs- und -informationszentrum Berlin) beschäftigt sich als einzige mit den Tätern, die uns diese Frage nach Warnungen für die Zukunft eingebrockt haben. Sie findet, die eigentliche Diskussion, die sich aus der Fragestellung entzünden sollte, sei, ob wir uns eine solche Technik überhaupt vorsetzen lassen wollen.

Aus Susanne Hauser's Beiträgen im Buch 'Warnungen an die Zukunft' möchte ich zum Abschluß zitieren:

»Die Frage, wie wir über 10.000 Jahre menschliches Eindringen in Atommüll-Lagerstätten verhindern, verwundert angesichts der Tatsache, daß es bislang nicht ein einziges Lager mit radioaktiven Abfällen gibt, das – ganz ohne Eindringlinge – auch nur für ein paar Jahrzehnte den Müll sicher isolierte.

Für die Fragesteller steht fest, daß die einzige nötige Maßnahme der Schutz der Bevölkerung und der Umwelt vor den Auswirkungen gefährlicher Abfälle ist. Diskutabel sind also nur die Folgen; Ursache und Verursacher der Gefahr stehen nicht zur Diskussion.

Um mit Sicherheit sagen zu können, daß es überhaupt möglich ist, einen Code über 10.000 Jahre zu erhalten, müssen wir Beispiele dafür aus der Geschichte kennen. Die einzig sichere Information, die wir zehntausend-jährigen Zeichen entnehmen können, ist die, »daß hier Menschen waren«.

Will die US-Regierung eine Nachricht sicher über 10.000 Jahre vermitteln, muß sie heute die gesellschaftlichen Bedingungen für diesen Zeitraum schaffen, die sicherstellen, daß die Zeichen materiell erhalten bleiben (oder beständig erneuert werden), daß die nötigen Codes bekannt bleiben, daß die Menschheit überlebt und die Autorität der US-Regierung und ihre Glaubwürdigkeit über 10.000 Jahre anerkennt.

Es gibt Fragen, die zur Satiere provozieren ...«●

»Warnungen an die ferne Zukunft« Hg. Roland Posner, Raben Verlag 1990, 324 S. Zu beziehen für 10 DM ausschließlich bei Konradin Kreuzer, Forum für verantwortbare Anwendung der Wissenschaft, CH-4112 Flüh, Tel. (0041-61) 731 22 72).

TSCHERNOBYL:

Hilfe für Opfer der Reaktorkatastrophe

In Gomel, der Hauptstadt des durch die Atomreaktorkatastrophe am stärksten betroffenen Gebiets in Belorußland, hat das Otto-Hug-Strahlenistitut e.V. ein Schilddrüsenzentrum errichtet. Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist die normale Körperentwicklung und das Funktionieren vieler Organe von der Funktion der Schilddrüse abhängig. Im Schilddrüsenhormon ist Jod enthalten. Das mit Nahrung und Atmung in den Körper gelangte Jod wird von der Schilddrüse aus dem Blut aufgenommen und gespeichert.

Durch den Reaktorunfall in Tschernobyl wurde sehr viel radioaktives Jod freigesetzt und von den Menschen, besonders in den hochbelasteten Gebieten um Tschernobyl, unweigerlich aufgenommen.

Weil sich das radioaktive Jod in der Schilddrüse anreicherte, konzentrierte sich die durch dieses Jod bedingte Strahlenbelastung auf dieses kleine, aber so wichtige Organ. Dazu kommt, daß das Schilddrüsengewebe besonders strahlenempfindlich ist. Die Folgen der Strahlenschäden reichen von der Erkrankung durch Schilddrüsenhormonmangel, knotigen Wucherungen, schweren chronischen Entzündungen bis hin zu Schilddrüsenkrebs, der bei Kindern seit dem Atomunfall enorm angestiegen ist.

Die »Bürger gegen den Atomreaktor Garching e.V.« unterstützen das Schilddrüsenzentrum in Gomel. So konnte der gemeinnützige Verein knapp 1.000 Mark Spendengelder übergeben. Wichtig für die Beurteilung einer Spende für dieses Projekt ist, daß bereits für 100 Mark die Diagnose und die notwendige medikamentöse Schilddrüsentherapie für ein Kind gewährleistet ist. Bei frühzeitiger Erkennung sind die Behandlungsmöglichkeiten recht gut.

Der Verein bittet deshalb um Spenden auf folgendes Konto: Bürger gegen den Atomreaktor Garching e.V., Kreissparkasse München, BLZ 702 501 50, Kto.-Nr. 90180787, Stichwort: »Hilfe Tschernobylopfer«. Bei Spenden bis 100 Mark gilt der Einzahlungsbeleg als Spendenquittung. Für Spender ab 100 Mark wird an die auf dem Überweisungsformular angegebene Adresse eine steuerlich abzugsfähige Spendenbescheinigung zugeschickt.●

EURATOM-VERTRAG:

Was hat Maastricht II mit Tschernobyl zu tun?

Am 29. März beginnt in Italien die Regierungskonferenz zur Revision des Maastrichter Vertrages. Knapp einen Monat später, am 26. April, jährt sich der Atomunfall von Tschernobyl zum zehnten Mal.

Von Florian Schöne, Trier ● Mit der Aufnahme der Verhandlungen über den Maastrichter Vertrag mehren sich die Forderungen von NRO-Seite, in der EU ein eigenständiges Energiekapitel zu schaffen und die verstreuten Kompetenzen für die Energiepolitik zusammenzufassen. Im Mittelpunkt steht dabei der EURATOM-Vertrag zur Förderung der Atomenergie.

Der Anteil der Atomenergie an der Elektrizitätserzeugung der EU betrug 1993 etwa 34%. Damit ist das Ziel des EURATOM-Vertrages erreicht. Jede weitere Förderung würde der ursprünglichen Absicht zuwiderlaufen. Zudem würden andere Energieträger im Wettbewerb weiterhin benachteiligt werden. Die Reform von EURATOM steht aufgrund der ablehnenden Haltung einiger Mitgliedsstaaten (bes. Frankreich, Großbritannien, Belgien) bisher nicht auf der Tagesordnung der Regierungskonferenz. Ein Blick auf die Politik der einzelnen Länder zeigt jedoch, daß nur Frankreich ein aktives Programm zum Ausbau der Atomenergie hat. Die Mehrheit der EU-Staaten hat entweder keine Atomkraftwerke in Betrieb (Dänemark, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal) oder befindet sich in einer Phase des Ausstiegs (Niederlande, Schweden, Spanien). Trotzdem müssen auch diese Staaten die Atomenergieforschung, deren Anteil 49% der EU-Forschungsmittel ausmacht, unterstützen.

Eine finanzielle Beteiligung besteht auch bei den Programmen PHARE und TACIS sowie bei den häufigen EURATOM-Anleihen.Im Gegensatz zur Weltbank vergeben sowohl EURATOM als auch die von der EU initiierte »European Bank for Reconstruction and Development« (EBRD) Kredite zur sicherheitstechnischen Nachrüstung osteuropäischer Reaktoren. Damit werden Exportmärkte für westeuropäische AKW-Hersteller geschaffen, um eine antiquierte Großtechnologie am Leben zu halten. Aus Regierungsquellen verschiedener EU-Länder wurde schon mehrfach bekannt, EURATOM sei überholt und irrelevant. Die ausgeprägte Ablehnung der Atomkraft in großen Teilen der Bevölkerung macht es vielen Regierungen unmöglich, in ihren eigenen Ländern eine atomfreundliche Politik zu betreiben. Für eine grundlegende Reform fehlt jedoch bislang die Initiative der Mitgliedsstaaten sowie der gezielte Druck von unten.

Als wesentlicher Ansatzpunkt zur Aufgreifung der Diskussion über ein Energiekapitel auf der Regierungskonferenz kann das Auslaufen des Kohle- und Stahlvertrages (EGKS) in 2002 erachtet werden, da damit die Energiepolitik in der EU ohnehin neu strukturiert werden muß.

Der zehnte Jahrestag von Tschernobyl ist ein wichtiger Anlaß, um durch eine Verknüpfung des Atomunfalls mit der eben begonnenen Regierungskonferenz verstärkt Druck auf eine energiepolitische Wende in der EU auszuüben. Maastricht II muß der veränderten gesellschaftlichen Situation sowie den Erkenntnissen aus Tschernobyl Rechnung tragen. Im Sinne einer umweltverträglichen Neuordnung der Energiepolitik sind aus Sicht nationaler und internationaler NRO auf der Regierungskonferenz folgende Maßnahmen erforderlich:

- Auflösung des EGKS- und des EURATOM-Vertrages durch Schaffung eines eigenständigen Energiekapitels, das an den Zielen Klimaschutz und Atomausstieg orientiert ist. Anstelle der Atomgemeinschaft EURATOM sollte eine Europäische Solaragentur treten.
- Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeinsparung anstatt weiterer Unterstützung fossiler Energietechnologien. Einstellung der Unterstützung für Bau und Weiterbetrieb osteuropäischer Atomkraftwerke.
- Entwicklungsstop für den Euro-Reaktor, der von Siemens in Zusammenarbeit mit Framatom geplant wird.●

Die Fotos auf den Seiten 6-9 haben wir diesem empfehlenswerten Buch entnommmen:

CASTOR
- das Buch

Bilder vom Widerstand gegen den CASTOR-Transport nach Gorleben 1994/95

Mutmachender Bildband (146 S.), der den lebendigen und erfolgreichen Widerstand (Sommer '94 bis März '95) im Wendland gegen die geplanten CASTOR-Transport dokumentiert.

Ein Exemplar kostet 24,80 DM plus 3 DM Porto (Rabatte für WiederverkäuferInnen) und ist zu bestellen bei:

Umweltwerkstatt, Herrlichkeit 1, 27283 Verden/Aller

SOZIALPOLITISCHES MANIFEST 3

25 Jahre AG SPAK

– Perspektiven sozialpolitischer Arbeit in den nächsten 25 Jahren

Anfang Dezember 1995 trafen sich Initiativen und Zusammenschlüsse aus dem sozialpolitischen Spektrum zum nun schon zum dritten Mal stattfindenden »Sozialpolitischen Forum« in Kassel. Zum Abschluß wurde das nachfolgend dokumentierte »3. Sozialpolitische Manifest« verabschiedet.

Die überraschungsfreien Prognosen für die nächsten 25 Jahre verheißen wenig Gutes:

Wenn keine größeren Katastrophen eintreten, werden die strukturellen Veränderungen im sozialen Sektor sich in Grenzen halten. Die bestehenden Tendenzen werden sich verstärken. Die sozialen Ungleichheiten werden anwachsen. Die Armen werden ärmer, die Reichen reicher werden. Allenfalls könnte durch die Finanzkrise des Staates die Sozialpolitik totgespart werden. Ein Strukturbruch würde durch Ökonomisierung und Privatisierung eintreten, wie die Konservativen dies wünschen in Richtung vermehrten Abbaus des Sozialstaates.

Die Bedeutung der Sozialberufe für die Lösung sozialer Probleme wird weiter abnehmen. Zu einer Aufwertung kommunaler Sozialarbeit kommt es, da das Bedürfnis nach kleinen, überschaubaren Einheiten verstärkt worden ist. Diese wird jedoch infolge der Finanzkrise der Kommunen an ihre Grenzen stoßen.

Es ergibt sich die Notwendigkeit verstärkter theoretischer Reflexion und neuer Forschungsinitiativen bei gleichzeitiger Forderung nach größerer Praxisnähe der Ausbildung. Dieser scheinbare Widerspruch ist nur durch eine theorie-praxis-integrierende Hochschulreform aufzuheben.

Die Auswirkung der »neuen Steuerungsmodelle« ist ambivalent. Zum einen böte die Entstaatlichung sozialer Aufgaben auch die Chance der Entbürokratisierung und dadurch einer Aufwertung alternativer sozialpolitischer Initiativen; zum anderen stellen dieses Steuerungsmodelle Instrumente der verdeckten Mittelkürzung und damit des Sozialabbaus dar.

Sozialpolitisches Ziel ist es, in einer Gesellschaft ohne Abhängigkeiten zu leben. Der Staat stellt die Abhängigkeitsverhältnisse her (so auch über Hilfegewährung).

Das Verführerische an der Kundenorientierung, die die Privatisierung in der sozialen Arbeit verheißt, ist das Versprechen der Abwendung von der staatlichen Hegemonie. Andererseits sichert sich jedoch der Staat sein Gewaltmonopol über die Delegation an private Anbieter sozialer Arbeit.

Das Versprechen der Dienstleistungsdebatte liegt darin, einen selbständigen, frei entscheidenden und kundigen Kunden als Partner zu haben. Jedoch ist zwischen Kunden, KlientInnen, Probanden zu unterscheiden. Dies hängt davon ab, in welchem Abhängigkeitsverhältnis er/sie sich befindet.

Allerdings ist zu befürchten, daß durch den Bezug auf den Markt neue, wohl aber gleiche Ausgrenzungsmechanismen produziert werden. Dies ist im Auge zu behalten, selbst wenn die These geprüft wird, ob die Kundenorientierung ein sozialpolitisch sinnvoller Weg sein könnte. Denn solange die materiellen, rechtlichen, politischen und sozialen Ressourcen ungleich verteilt sind, entsprechend die persönliche Handlungskompetenz eingeschränkt, ist auch die Kundenorientierung unterschiedlich verteilt, bzw. eingeschränkt. Unter dieser Perspektive läuft die Kundenorientierung auf eine Sozialpolitik hinaus, die individualisiert und zur Entpolitisierung beiträgt. Daher lehnen wir sie ab.

Auch ist überraschungsfrei zu prognostizieren, daß sowohl die Anzahl der alten Menschen im kommenden Vierteljahrhundert ansteigen wird, als auch diejenige von Menschen mit körperlicher Behinderung oder geistigen Entwicklungsbeeinträchtigungen. Daraus läßt sich ein erhebliches gesellschaftliches Konfliktpotential erwarten. Bereits heute erleben wir die Tendenz von Unter- bzw. Fehlversorgung, die sich in Institutionalisierung, eingeschränkte Mobilität, hohe Sedierung durch Pharmaka, Infantilisierung, um nur weniges zu nennen, zum Ausdruck bringt.

Die sozialpolitische Ignoranz in Bezug auf kommende Probleme läßt sich anhand des kürzlich in Kraft getretenen Pflegeversicherungsgesetzes darstellen. Bald zeigte sich, daß anstelle einer verbesserten Versorgung der Pflegebedürftigen durch die Finanzierung von Pflegepersonal mittels dieses Gesetzes Unterversorgung, wie Nichtberücksichtigung wesentlicher Gruppen (z.B. psychisch Behinderter) entstand. Nur mechanistisch meßbare Tätigkeiten werden anerkannt und bezahlt: Mängel, wie diese, entstehen u.a. durch jenes utopische Familienideal, das sich am traditionellen Frauenbild orientiert, und jener Hinneigung zur Wirtschaft, die in der Optimierung durch Kompensation des Zeitfaktors sich darstellt. Diese Ignoranz zeigt sich auch im Verdrängungsmechanismus gegenüber alten, behinderten und versorgungsbedürftigen Gruppen.

Daraus ergeben sich die folgenden Forderungen:

- einer verbesserten Erwachsenenbildung, die sich an den Bedürfnissen der/des Einzelnen orientieren;
- der öffentlichen Förderung aller Maßnahmen betreffs Lernfeldern, die einer Befähigung zum eigenständigen und selbstbestimmten Leben, wie zur Bewältigung aktueller und vorhersehbarer Lebensabschnitte direkt oder indirekt dienen;
- ein erhöhtes Maß an Mitverantwortung, wie ein Recht auf Selbstbestimmung, das in einem engagierten Umgang miteinander resultiert, und eine geschärfte Wahrnehmung für die Bedürfnisse (und deren Artikulation) dieser Bevölkerung herzustellen.

Statt Sozialabbau ist langfristig eine höhere Finanzierung von Hilfen für diese Bevölkerungsgruppen erforderlich, um weiteren sozialen Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken.

Zur Forderung nach sozialer Grundsicherung haben wir in den beiden vorhergehen den Sozialpolitischen Manifesten schon so viel geschrieben, daß wir es diesmal lassen. Fest steht, daß ihre Verwirklichung auch in dem Felder der Psychiatrie vieles Ändern würde.

Wie bereits erwähnt, dürfte sich in folgenden Jahrzehnt die sozioökonomische Situation großer Teile der Bevölkerung abermals verschlechtern: mehr Erwerbslose, mehr Sozialhilfeempfangende, mehr Armut, höhere Verschuldung, sozialer Abstieg.

Es wäre sinnvoll, eine allmähliche gerechte Umverteilung der Einkommen sicher zustellen. Oder wäre es etwa vorzuziehen, viele Personen wegen des psychosozialen Symptoms »Geldmanie« zu therapieren?

Immer noch müssen wir darauf hinweisen, daß

- ambulante Betreuung (oder wie auch immer) sinnvoller ist als stationäre;
- der Umgang mit psychosozialen Symptomen gewaltfrei zu erfolgen hat;
- über diesen Komplex nach wie vor Vorurteile in der Gesamtgesellschaft abzubauen sind;
- der Anspruch auf zumutbare Arbeitsplätze mit »sinnvoller Beschäftigung« aufrechtzuerhalten ist;

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

- die eindeutige Zuständigkeit für ambulante Hilfen in psychosozialem Bereich zu konstatieren wäre, gefolgt von einer effektiven Umverteilung der finanziellen Mittel;
- die Wahrnehmung der persönlichen Interessen von Menschen, welche von Fehleinweisungen und Fehlbehandlungen in der Psychiatrie betroffen sind, eine Notwendigkeit darstellt (Hierfür wäre auch eine Psychiatrie-Stiftung zur Unterstützung dieses Personenkreises sinnvoll);
- psychosoziale Beratung so notwendig ist, daß es noch besser ist, falls diese von erwerbslosen Sozialarbeitenden ehrenamtlich angeboten würde, als ob diese gar nicht geschähe;
- alternative Angebote, wie z.B. Soteria, vermehrt zu erfolgen hätten, begleitet von der entsprechenden Aufklärung;
- der Modellversuch des Weglaufhauses in Berlin endlich starten können sollte, um diese bald flächendeckend einführen zu können (seit dem 1.1.96 läuft dieser Modellversuch, s. Seite 2 in dieser Ausgabe, d. Red.).

Betreutes Wohnen erscheint als Lieblingskind in der psychosozialen Versorgung. Es ist in unterschiedlichsten Bereichen angesiedelt – betreut werden Jugendliche, Suchtmittelabhängige, alte Menschen, Körperbehinderte, Psychiatrisierte/Kriminalisierte, HIV-Infizierte, geistig Behinderte, Alleinstehende, Wohnungslose und noch einige weitere Gruppierungen. Entsprechend muß ein solches Angebot so flexibel sein, daß es auf all diese Menschen anwendbar ist und individuell so abstimmbar, daß es die Bedürfnisse aller möglichst erfüllt. Im Idealfall nimmt ein Mensch auf freiwilliger Basis eine Begleitung in Teilbereichen seines Lebens innerhalb eines bestimmten Lebensabschnittes in Anspruch, kommt es auf Grund einer tragfähigen Beziehung zwischen Betreuendem und betreuter Person über diese Begleitung zur Begegnung – zur Emanzipation der betreuten Person.

Zum anderen impliziert der Begriff »Betreuung« defizitäres und abweichendes Verhalten, Krankheit als außer Kontrolle geratener Zustand – entsprechend als Ziele, Rehabilation, berufliche und soziale Eingliederung, Integration. Betreutes Wohnen gerät in die Gefahr, zu einem bloßen Mosaikstein sozialer Versorgung zu werden, der stationäre Aufnahme ersetzen oder verhindern soll. Es fungiert gleichzeitig als Hilfsangebot, rehabilitative Maßnahme und Kontrollsystem. die Chance der Offenheit wird durch die Macht des Kostenträgers als Entscheidungsträger, etwa durch standardisierte Verfahren, konterkariert.

In den nächsten 25 Jahren darf Betreutes Wohnen nicht auf ein Instrument sozialer Sicherung reduziert, nicht als Kontrollmechanismus abweichenden Verhaltens verstanden werden. Sich seiner Vielfalt besinnend, wird Betreutes Wohnen die Aufgabe haben, die Autonomie des Subjektes zu fördern, und die Nutzenden in seine Planung miteinzubeziehen.

Die prognostizierbare Verschärfung der Armut zwingt uns, auf neue Felder stärker unser Augenmerk zu richten. Dies gilt auch für die psychosoziale Versorgung. Die sozioökonomische Situation der Psychiatrie-Erfahrenen ist schlecht, die Beratungsangebote zu gering, und, wenn überhaupt vorhanden, von zu geringer Professionalität und zu hoher Schwellenangst gekennzeichnet.

Entsprechend erforderlich ist eine qualifizierte Schuldner-und Schuldnerinnenberatung, die einen ganzheitlichen Stil aufweist, und, entsprechend, die Prävention miteinbezieht.

Mit der ökologischen Steuerreform soll eine verteilungspolitische Lenkungswirkung erreicht werden. Sowohl bezogen auf den Bereich der Wirtschaft, wie auf den der Privathaushalte sollen die Umweltabgaben ökologisch sinnvoll wie aufkommensneutral erfolgen. Dadurch kann Arbeit (hier im bestehenden Sinne als Faktor verstanden) entlastet, mehr Arbeitsplätze geschaffen, Energieeinsparung lukrativ werden. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und von Greenpeace kann dies innerhalb von 10 Jahren bis zu 800.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen führen. Zusammen mit einer darüber hinausgehenden steuerlichen Umverteilung würde ein so unterstützter sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft diese für den/die Einzelnen sozialverträglicher machen. Allerdings kann die ökologische Steuerreform nur ein Aspekt von globaler Umverteilung und grundsätzlichem Bewußtseinswandel sein.

Ein anderer Aspekt dieser wäre ein Bewußtsein der grundsätzlich gemeinsamen Verantwortung für den Erhalt des Planeten Erde und für den globalen Gebrauch der Menschenrechte: historisch besteht eine besondere Verantwortung des Nordens gegenüber Ländern des Südens, wie Ostens. Auch sind global gemeinsame Probleme – wie Umweltzerstörung, Armut, Kriege, Fluchten und Migrationen –langfristig nur gemeinsam zu lösen. Das neue soziale Verständnis von globaler Entwicklung wäre nicht wirtschaftswachstumsorientiert, vielmehr nachhaltig umweltorientiert.

Doch das Bewußtsein reicht nicht aus, würde es nicht auch die entsprechenden Umsetzungen zur Folge haben:

- Zunächst und dringend jene der Agenda 21 (Unced 1992). Förderung von Basis- und Nichtregierungsorganisationen, besonders auch von Frauen- und Minderheitengruppen. Langfristig die Demokratisierung der supranationalen Organisationen;
- jene der multi-ethnischen Realität, bis hin zur Verstärkung der Selbstorganisation der Betroffenen, wie zur gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe und Verantwortung aller Einwandernden;
- Auseinandersetzung über Ursachen und Mechanismen von Diskriminierung und Rassismus, bis hin zur Entwicklung von Gegenstrategien gegen diese, bis hin zu ihrem Abbau;
- Bekämpfung von Fluchtursachen, sowie Rückkehrprogramme – beides indes orientiert an den Kriterien nachhaltiger, menschenorientierter Entwicklung;
- eine Einwanderungspolitik, die gleichzeitig die soziale Lage der Einwanderungsländer und Herkunftsländer berücksichtigt;
- für die Wiederherstellung des Artikels 16a Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz (individueller Asylanspruch) sollen Mehrheiten gewonnen werden. Ersatz weise ist wenigstens das Asylverfahrensgesetz dahingehend zu ändern, daß der Einzelperson eine großzügigere Rechtsposition eingeräumt wird;
- europäisches und internationales Asylrecht sollten sich an jenen Mindeststandards orientieren, wie sie u.a. vom UNHCR, dem Europarat, amnesty international formuliert worden sind;
- Ausdehnung und Verbesserung der Altfallregelung;

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

Zu lesen in der graswurzelrevolution:

Nach Lübeck: Asylwohnheime auflösen★Massenstreik in Frankreich: Nachlese★Albert Camus: Algerienkrieg, Gewaltkritik, Anarchismus★ Antimilitaristische Opposition in der Türkei★Indígenas in Kolumbien★ Tschetschenien: Hintergründe eines vergessenen Krieges★Zum Stand der Frauenbewegung: Feminismus zwischen „Graswurzel" — NGO — Staat★Buchbesprechungen★Concert for Anarchy u.v.a.m

Jahresabo: 35 DM. Schnupperabo: 10 DM Vorkasse (4 Ausgaben, danach jederzeit kündbare Umwandlung in Abo)

Jetzt am Kiosk:
Über 80x in Berlin und 20x an Bahnhofskiosken (Nachfragen! Wenn nicht im Angebot: ☎ 06221/183907)

GWR★Karlstr.14a★26123 Oldenburg

FORTSETZUNG VON SEITE 10

- humane Ausreisebestimmungen bei rechtskräftiger Ablehnung von Asyl und Duldung (was die gängige Praxis von Abschiebehaft ausschlösse);
- flächendeckender Ausbau des Beratungssystems und der Sprachlernangebote für Flüchtlinge unter Berücksichtigung frauenspezifischer Bedürfnisse;
- bessere Artikulationsmöglichkeiten für Opfer sexuellen Mißbrauchs;
- frauenspezifische Verfolgung muß als Asylgrund anerkannt werden; die offiziellen Länderberichte müssen Aussagen zur Menschenrechtssituation von Frauen enthalten;
- verstärkte Umsetzung der Sonderregelung für Bürgerkriegsflüchtlinge; allmähliche Erweiterung des Flüchtlingsbegriffs auf Armut- und Umweltflüchtlinge; keine Abschiebung von Kriegsdienstverweigerer und Deserteuren;
- Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ausländischer Prostituierter;
- dem jeweiligen Standard des Einwanderungslandes entsprechende Einschulungsbedingungen mit besonderer sprachlicher Förderung von Asylbewerbenden und Flüchtlingen, insbesondere Vermeidung von Sonderschulen;
- Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes, Verbesserung und Kontrolle des Mindeststandards von Flüchtlingsunterkünften, auch im Hinblick auf frauenspezifische Bedürfnisse. Sonderunterbringung von alleinreisenden Frauen;
- grundsätzlicher Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerbende und Flüchtlinge, einschließlich der öffentlichen Kontrolle der Einhaltung tariflicher Arbeitsbedingungen;
- Recht auf gesundheitliche Behandlung auch für illegalisierte Personen.

Armut und mangelnde Bildung korrelieren mit einer schwächeren Position der Frauen, und alle drei wiederum korrelieren mit einem Mangel an Geburtenkontrolle. Auch aus dieser Einsicht heraus ist Armut zu bekämpfen, sind Bildung sowie Gleichstellung der Frau zu fördern.

Überraschungsfrei prognostiziert, wird Drogenpolitik ihren Stellenwert verlieren. Zwei Modelle sind denkbar: Es wird kein ganz konservativer Wandel erfolgen (etwa eine Entkriminalisierung, die nicht zur Folge haben wird, daß alles erlaubt ist); gemacht wird, was billig ist – ein Pragmatismus nach dem Motto »Entkriminalisierung ist billiger als Therapie.«

Erforderlich wird sein, daß Drogenhilfe flexibilisiert wird, was ein Ende der »Therapeutischen Kette« als Einbahnstraße mit impliziert.

Gefordert werden in diesem Zusammenhang:
- Pauschalfinanzierung (z.B. über Hilfe-Pools);
- Weitere Ausdifferenzierung von Drogenhilfe, etwa Arbeitsprojekte für Substituierte und Wohnprojekte für User;
- eine Prävention, die den Namen verdient.

Eine bloße »Akzeptanz«, die dazu neigt, die Identität des Drogenabhängigen als User zu fördern, ist so nicht die Lösung. Hinzuzutreten hätte die Förderung von Gemeinschaften (um zur subjektiven Sinngebung beizutragen) – etwa durch umfassende Gesundheitsförderung.

Die tiefe Industrialisierungskrise in den industrialisierten Ländern wirkt sich auf die Rahmenbedingungen für Politik aus, so auch in der Kulturarbeit. Der Bankrott öffentlicher Haushalte läßt diese als Bündnispartner für Kultur in Wegfall geraten. Dabei ist Kultur nicht nur ein sozialpolitisch legitimierter Ansatz der Gemeinwesenarbeit, sondern umfaßt auch künstlerische Medien und Sprache; nicht nur ein Standortfaktor, sondern auch ein Faktor zur Einübung von Sinnwahrnehmung und Auseinandersetzung.

Die Gesamtgesellschaft produziert weltweite Migrationsbewegungen, den Abbau des Sozialstaats, medienbeeinflußte Teilsegmente, ökonomische Verteilungskämpfe. In diesem Kontext ist Kultur zwar begründungsnotwendig, aber begründungsfähig. Die Neubewertung der kulturpolitischen Ansätze der bislang letzten Jahrzehnte, ihrer Erfolge und Mißerfolge, ist hierbei der erste Schritt. Zu den nächsten gehören Stiftungsgründungen, Produzierendenförderungen, neu überdachte sozio kulturelle Betätigungsfelder, Selbsthilfegruppen, je neue Identifikationsmöglichkeiten. Der Umstand der Migrationsbewegungen erfordert neue Integrationskonzepte unter Wahrung der Autonomie, die Anforderungen an Kulturarbeit, Brücken zu schlagen, Begegnungen (statt Verschmelzungen) zu ermöglichen, Anstöße, etwas zu verändern, Chancen geben, Chancenungleichheiten abzubauen. Die Entwicklungen zur segmentierten Gesellschaft erheischen Zielgruppenangebote und kulturelle Kommunikation. Statt Kulturverwaltung ist Kulturgestaltung angesagt: Den Konflikt zwischen den verschiedenen soziokulturellen Milieus organisieren, moderieren, den Dialog zu fördern. Schließlich befindet sich auch die Kulturarbeit im Dilemma zwischen Macht und Staat: Zum einen tendiert sie, auf Grund fraglos schlechter Erfahrungen, von der Good-will-Förderung zu Dienstleistungsverträgen mit den je Regierenden – zum anderen ist es auch ihr aufgegeben, die skizzierten Fallen der Privatisierung zu reflektieren.

Kulturarbeit wird zu einem wichtigen Moment der Sozialarbeit kommender Jahrzehnte, weil sie gesellschaftliche Widersprüche abfedert. Sie wird sich, unter dem Primat der Kommunikationsangebote, aus Kultur, Medien, Technologie, Internationalismus kombinieren.

Auch gelernt wird in der bestehenden Gesellschaft für die Zukunft – oft 20 Jahre lang. Wer könnte mit dieser rechtfertigen, daß jungen Menschen zu ihren Gunsten die Gegenwart geraubt wird?

Das institutionalisierte Bildungssystem entläßt letztere kenntnisreich, aber erfahrungsarm; erwartungsvoll, aber orientierungslos; ungebunden, aber unselbständig; ohne Beziehung zum Gemeinwesen, das sie eigentlich verantwortlich mitgestalten sollen. Wer könnte einen weiteren Ausbau eben dieses Bildungssystems rechtfertigen?

Durch Erziehung und Bildung sollen immer mehr gesellschaftspolitische Probleme gelöst werden. Womit läßt sich dies rechtfertigen angesichts des alltäglichen Scheiterns dieser Bemühungen in unseren niederen und höheren Bildungsanstalten?

Dagegen ist eine Lernkultur zu wünschen, in der
- Menschen ihr Recht auf den heutigen Tag entfalten;
- sie das Recht haben, vielfältig, widersprüchlich und eigensinnig zu sein, und nicht ausschließlich an ihren von außen zugeschriebenen Defiziten arbeitend;
- sinnliche Wahrnehmung und ästhetisches Denken ebenso rehabilitiert sind, wie Erinnern, Verweilen und Staunen.

Beispielsweise wird von der Erwachsenenbildung durch den Markt als bestimmendes Paradigma immer stärker die Produktion funktionaler Qualifikationen, von Akzeptanz und mobiler Flexibilität forciert. Ihre Träger verbetrieblichen ganz selbstverständlich nach unternehmerischem Vorbild, und mit ihnen deren Personal.

Demgegenüber sind alle Bemühungen zu stärken, das Subjekt, seine selbst initiierten Lernaktivitäten, seine Selbstbestimmung und Selbstermächtigung zu unterstützen –gegen die bloße Fuktionalisierung für die Belange des Markts.

Zu fordern ist demgemäß:
- Die formale Bedeutung institutionalisierter staatlich kontrollierter Bildung ist auf ein Minimum zu begrenzen, um Zeit und Mittel für eigen ständiges Lernen freizusetzen.
- Erfahrungs- und Lernorte sind außerhalb der Institutionen zu finden und zu erfinden: in Stadtteilen, Gruppen, Nachbarschaften, auf Reisen, um nur weniges zu nennen.
- Alle Dinge und Menschen sind Lehrende: Die Experten und Spezialistinnen sollen nur antworten, wenn sie gefragt werden.

Selbsthilfe verbindet auf produktive Weise Eigeninteressen und Solidarität. Ökonomische und soziale Selbsthilfegruppen leiden vor allem an finanziellen Problemen; psychosoziale zusätzlich unter Intoleranz und Stigmatisierung. Der Trend zur Selbsthilfe ist derzeit unaufhaltsam, eine Selbsthilfebewegung existiert derzeit nicht.

Selbsthilfe ersetzt keine sozialstaatlichen Leistungen.

Gesellschaftliche Offensiven durch Selbsthilfe können Erfolg haben (z.B. im Eltern-Kind-Bereich). Selbsthilfe sollte in der Öffentlichkeit bekannt sein. Der Zugang zur Selbsthilfe sollte freiwillig sein und bleiben. Informationen über Selbsthilfe sollten überall verbreitet werden (unter Achtung des Personenschutzes), auch in Cafés, Kneipen, Geschäften.

Selbsthilfe ersetzt keine sozialstaatlichen Leistungen.

Für Selbsthilfegruppen müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Schwelle zur Selbsthilfe sollte so niedrig wie möglich sein. Selbsthilfe ist möglich – auch wenn die Schmerzgrenze noch nicht überschritten ist. Ihr Prinzip ist die Stärkung der vorhandenen Ressourcen. In Selbsthilfegruppen wird produktiver sozialer Umgang mit persönlichen Problemen geübt; es geht nur wenig um Regression.

Selbsthilfe ersetzt keine sozialstaatlichen Leistungen.

In Selbsthilfegruppen arbeiten Leute, die sich nicht als Opfer ihrer Lage betrachten, sondern als handelnde Subjekte. Das Engagement in ihnen bedeutet die Übernahme von Verantwortung. Selbsthilfegruppen sind nicht nur für Notleidende, sondern auch für Leute, die Spaß an Veränderungen haben.

Selbsthilfe ersetzt keine sozialstaatlichen Leistungen.

Was auf der Seite der materiellen Bedingungen Grundsicherung und Umverteilung von Arbeit sind, ist auf der Seite der Subjekte die (Wieder-)Gewinnung oder Erhaltung von Handlungsfähigkeit. Dafür ist das Handlungskonzept von Empowerment richtungsweisend.

Empowerment ist eine von der US-amerikanischen Bürgerrechts-und Frauenbewegung inspirierte Kategorie für eine Form gesellschaftlicher Praxis, mit der die Prozesse einer organisierten Selbstbemächtigung von Menschen auf den Begriff zu bringen sind: Programme und politische Maßnahmen, die es den Leuten möglich machen, die Ressourcen, die ihr Leben betreffen, zu erhalten und zu kontrollieren. Es geht darum, Ohnmacht, Sprachlosigkeit und erlernte Hilflosigkeit ab zulegen, um die Selbstbestimmung der eigenen Lebensbedingungen zu stärken. Das Konzept soll dazu beitragen, daß Menschen sich ermutigen, gemeinsam zu handeln, ihr Selbstbewußtsein und ihre Kompetenzen zu entwickeln und an andere weiter vermitteln, sowie Rahmenbedingungen aufzubauen, die eine solche Entwicklung fördern, bzw. nicht behindern.

Es geht darum, Betroffene selbst zu bemächtigen und sie bei der Beschaffung von Ressourcen zu unterstützen, anstatt dies professionellen Helfern zu überlassen. Letztere sind veranlaßt, Machtpositionen transparent zu machen und sie auch abzubauen – unterstellt sie haben sie auch tatsächlich inne. In Zeiten des gesellschaftlichen Verteilungskampfes, der oft genug dramatisch zu Lasten der Verarmten und Ausgegrenzten ausgeht, in welchen um Verteilungsgerechtigkeit und lebenswichtige Ressourcen fachlich und politisch gestritten wird, geht es in diesem Konzept auch um Weiterentwicklung von Professionalität, um fachpolitisches Engagement, um Ressourcenausschöpfung. Durchsetzungschancen, um solidarische Organisationsformen – ohne fachliche Bevormundung. Denn: Jede professionelle Aktivität, der es nicht gelingt, zur Überwindung der »gelernten Hilflosigkeit« beizutragen, wird wirkungslos bleiben. Die Einschätzung der Nebenwirkungen auch des eigenen Handelns zählt zu ihren Aufgaben. Eine Grundvoraussetzung dafür ist es, mehr Verständnis für die Bedeutung und den Eigensinn von selbstorganisierten Prozessen als gesellschaftspolitische Lernfelder und die praktische Nutzung der organisationsbildenden Kraft von Konflikten zu entwickeln und Machtpositionen genau zu analysieren. Hierbei kann das Prinzip der Selbstorganisation auch dort Wirksamkeit erlangen, wo die Voraussetzungen dafür gesellschaftlich höchst ungünstig sind. Gezielte sozialpolitische Strategien werden dafür zu entwickeln sein, wie auch hier durch gezielte professionelle Ressourcenschöpfung Möglichkeiten von selbstorganisierten Initiativen angestoßen und systematisch gefördert werden könnten.

Paradoxerweise haben also die Handelnden gleichzeitig Machtpositionen herauszubilden, gleichzeitig diese wieder an andere abzugeben: der Doppelcharakter des Empowermentkonzeptes. Dies kann, sofern Kompetenzen entwickelt werden, sich auf die lokale Ökonomie beziehen, auf den Wohnungsmarkt, auf Netzwerkarbeit. Gleichzeitig erweitern die Handlungsgrundsätze von Community Organizing und Education Popular das methodische Repertoire – eine Entwicklungsaufgabe, die Wissenschaft und Praxis nur gemeinsam lösen werden können.

Abzuschließen ist 1995 das Sozialpolitische Manifest mit einem Praxisvorschlag der AG »Widerstand gegen den Sozialabbau«:

Beim Treffen des Aktionsbündnisses gegen die Sozialleistungskürzungen wurde beschlossen, eine Kampagne zu starten. Thema ist konkret die Verhinderung der BSHG-Deform mit den inhaltlichen Schwerpunkten Lohnabstandsgebot und Hilfen zur Arbeit/Zwangsarbeit.

Dazu gibt es ein Organisationsteam, das sich am 15.12, 12:15 Uhr in Frankfurt treffen wird. Das Treffen des Aktionsbündnisses wird am 10.2.1996 beim Bundestreffen der Solzialhilfeinitiativen in Osnabrück stattfinden.

Zu den genannten Themen, wie zum Zeitplan der Gesetzgebung, werden Papiere erarbeitet. Weiters werden Verbände und Initiativen aufgefordert, vielfältige Aktionen durchzuführen, bei Abgeordneten zu intervenieren, etc. Ein gemeinsamer dezentraler Aktionstag wird angestrebt.

Alle Initiativen und Zusammenschlüsse (auch die AG SPAK und die Teilnehmenden am Sozialpolitischen Forum) sind aufgefordert, diese Kampagne zu unterstützen.●

Verabschiedet vom SOZIALPOLITISCHEN FORUM 1995 der AG SPAK und Sozialpolitischen Gesellschaft am 3. Dezember 1995 in Kassel.

25 JAHRE AG SPAK

Anläßlich ihres 25-jährigen Bestehens hat die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise – kurz AG SPAK – eine Broschüre herausgegeben. Autorinnen und Autoren aus dem Umfeld der AG SPAK und ihren verschiedenen Arbeitsbereichen berichten über Entwicklungen, Perspektiven und Stand der sozialpolitischen Diskussionen.

Mit Beiträgen zu den Themenbereichen:
- Alternative Ökonomie
- Soziale Sicherung/Erwerbslosigkeit/Armut
- Behinderte
- Jugendwohngemeinschaften
- Befreiende Pädagogik
- Kriminalpolitik
- Sozialpolitische Publikationen
- Jugendbewegung

Die Broschüre ist gegen eine Schutzgebühr von 5 DM zzgl. 2 DM Porto zu beziehen bei: AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, D-80337 München, Tel. (0 89) 77 40 77, Fax 77 40 78.●

Anzeige

Trends und Themen für die Soziale Arbeit
SOZIAL EXTRA
Seit 20 Jahren kompetent!

Mit Format!
Erscheint im günstigen Zeitungsformat mit jeweils 24 Seiten. Das bedeutet für Sie niedrige Abopreise von nur 94 DM/Jahr.

Die monatliche Fachzeitschrift für sozial engagierte Menschen.

Mit exakten Hintergrundinformationen, Themenschwerpunkten, Diskussionen aus der praktischen Sozialarbeit, Sozialpolitik und Sozialpädagogik ...

z.B. Ausgabe Februar:
Die Zukunft der Sozialen Arbeit. Sabine Hering, Jürgen Klein, Rudolph Bauer, Benno Hafeneger, Peter Krahulec, Wolfgang Hinte, Wolfgang Müller, Hans Pfaffenberger, Uwe Schwarzer, Rolf Schwendter und Manfred Wolf geben ihre Einschätzung nach der „Delphi-Methode".

z.B. Ausgabe März:
Jugendhilfe-Stationen. Eine Jugendhilfestation ist eine kleine innovative Organisation, in der ein Team "aus einer Hand" Hilfen zur Erziehung nach dem KJHG anbietet; sie ist für einen kleinen Sozialraum zuständig.

Jetzt Probehefte anfordern beim:
EXTRA-Verlag
Langgasse 24 Hh
65183 Wiesbaden

Einzelne Probehefte versenden wir einmalig, kostenlos und unverbindlich. Für Interessierte gilt unser Probeabo-Angebot: Die 3 nächsten Ausgaben für DM 25,- Vorkasse. Es verlängert sich automatisch zum Vollabo, wenn es nicht nach Erhalt des 3. Heftes beim Verlag gekündigt wird.

Tel: 0611-307011 Fax: 379181

Tausch-Anzeigenvorlage für CONTRASTE, 91B x 127H

BETRIEBLICHE UMWELTPOLITIK

Von der Auditwelle zur Bücherflut

Immer mehr Unternehmen beteiligen sich an der freiwilligen ökologischen Betriebsprüfung. Seit Mitte 1995 können sie ihr ökologisches Betriebsmanagement durch externe Gutachter überprüfen lassen mit dem sogenannten Öko-Audit. Begleitend dazu sind zahlreiche Veröffentlichungen erschienen, die die reibungslose Beteiligung an einem solchen Audit erleichtern.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Überprüft wird beim Öko-Audit, ob ein Betrieb seine selbstgesetzten Umweltziele konsequent verfolgt und ob ein funktionierendes Umweltmanagementsystem besteht. Wird dafür ein Testat erteilt, darf die Beteiligung an dem Verfahren zur Imagewerbung der Firma verwendet werden. Für Unternehmen ist es sinnvoll, nicht zu warten, bis ein äußerer Zwang entsteht. Vielmehr sollten sie schon jetzt die Chancen nutzen, die klar definierte Abläufe und Zuständigkeiten in Umweltfragen mit sich bringen. Information ist dazu ein erster Schritt.

Überblick zu Umweltbücher

Wer sich einen breiten Überblick über die erschienene Literatur verschaffen will, sollte auf ein Sonderheft der Zeitschrift Politische Ökologie zurückgreifen. Auf 30 Seiten werden rund 300 Bücher dargestellt und bewertet. Die meisten Neuerscheinungen drehen sich dabei um das Thema ökologisches Wirtschaften. Die klaren Stichworte und die Gliederung der besprochenen Bücher ermöglichen einen schnellen Überblick über das, was interessiert. Im gleichen Verlag sind aktuell die Hefte »Nachhaltige Stadtentwicklung« und »Ist der Naturschutz museumsreif?« für jeweils 19,80 DM erschienen.

Spezial Umweltbücher '95/96, ökom Verlag, (Politische Ökologie, Waltherstr. 29, D-80337 München) 8,–DM.

Schritte zum Öko-Audit

Nochmals verwiesen sei auf eine besonders fundierte 175-seitige Broschüre des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung im DIN A4 Format mit vierzehn Beiträgen verschiedener AutorInnen. Dargestellt werden die Schritte bis zur erstmaligen Zertifizierung. Sie werden in systematischer Reihenfolge in entsprechenden Aufsätzen (Ablauf / Umweltleitlinien / Erfassung der Vorschriften / Erfassung der Umweltauswirkungen / Ermittlung des Weiterbildungsbedarfs / Aufbau des Umweltmanagementsystems / Umwelterklärung / Zertifizierung) leicht nachvollziehbar erläutert. In überarbeiteter Form existiert diese Schrift vom gleichen Autor herausgegeben mittlerweile auch als Buch.

Klaus Fichter (Hg.): EG-Öko-Audit-Verordnung. Mit Öko-Controlling zum zertifizierten Umweltmanagementsystem. Schriften des IÖW 81/95, 35,– DM (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung gGmbH, Giesebrechtstr. 13, D-10629 Berlin).

Foto: Martin Sorg

ERSTE BERLINER DRUCKEREI MIT ÖKO-ZERTIFIKAT

Wie CONTRASTE im September 1995 berichtete, beteiligte sich die Oktoberdruck GmbH – ein mittelständisches Unternehmen in Selbstverwaltung mit derzeit 40 MitarbeiterInnen – seit Mitte Mai 1994 an der Umsetzung des Öko-Audit der EU. Das Unternehmen ist im Dezember 1995 von einem unabhängigen Gutachter, Dipl.-Ing. J. Schmallenbach auf der Basis der EU-Verordnung über das Öko-Audit-Verfahren, das für eine kontinuierliche Umweltschutzverbesserung sorgen soll, mit dem Ergebnis geprüft worden, daß die vom Oktoberdruck formulierte Umwelterklärung validiert wurde. Mit Bescheid vom 23.1.1996 wurde das Unternehmen bei der Industrie- Und Handelskammer Berlin registriert. Für die Druckbranche gilt die erfolgreiche Auditierung zu Recht als modellhaft.

dp

Der Weg zum Zertifikat

Die Ziele des Öko-Audits und die Inhalte der neuen EG-Verordnung sowie die Vorteile für sich beteiligende Unternehmen werden von Hopfenbeck / Jasch / Jasch übersichtlich dargestellt. Im Mittelpunkt steht der Ablauf bis zur Zertifizierung (Festlegen der Umweltziele, Bestandsaufnahme, Entwicklung eines Umweltprogramms, Aufbau eines Umweltmanagementsystems, Betriebsprüfung, Umwelterklärung, Teilnahmezertifikat). Gut sind die Fallbeispiele, die zusammengetragen wurden, insbesondere das Paradebeispiel der Neumarkter Lammsbräu (Brauerei). Querverbindungen werden auch zu den Aktivitäten anderer Normungsgremien und zu neuen Berufsbildern aufgezeigt. Der ausführliche Anhang mit dem Text der Verordnung und verschiedenen Checklisten sowie ein umfangreicher Fragebogen runden das Buch ab. Hopfenbeck zeigt einmal mehr, daß seine Stärken im Zusammentragen aller relevanten Informationen (nicht im entwickeln eigener Überlegungen) liegen.

Waldemar Hopfenbeck / Christine Jasch / Andreas Jasch: Öko-Audit. Der Weg zum Zertifikat, Landsberg 1995 (Verlage Moderne Industrie) 98,– DM.

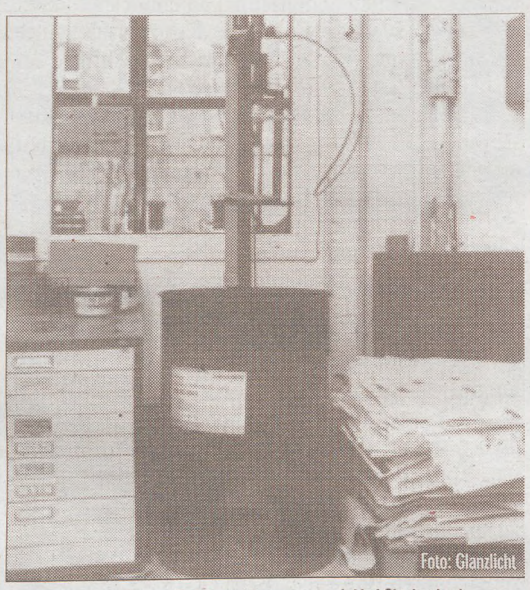


Foto: Glanzlicht

Um gebräuchliche Einweg-Farbdosen einzusparen, wird bei Oktoberdruck die Schwarzfarbe mit einer Faßpumpe aus einem Mehrwegbehälter abgefüllt

Hessische Pilotprojekte

Erfahrungen mit der neuen Verordnung müssen erst noch in ausreichender Weise gewonnen werden. Erste in Hessen durchgeführte Audits wurden von Jens Degenhard, Jürgen Freimann u.a. untersucht und durch Berichte, Ergebnisbeurteilungen und Darstellung der Audit-Ergebnisse dokumentiert. Erläutert wird auch die Rolle der Berater. Beteiligt waren große Betriebe z.B. aus dem Maschinenbau mit 3.500 Mitarbeitern, aber auch kleine aus der Solartechnik mit 45 Beschäftigten oder ein Malerbetrieb mit 15 Angestellten. Die Broschüre ist informativ und als Einstieg und Überblick gut geeignet. Sie hilft vor allem, einen eigenen Standpunkt zu einer eventuellen Beteiligung zu finden. Für die konkrete Umsetzung im eigenen Betrieb ist sie weniger geeignet als die beiden vorher genannten Veröffentlichungen. Dafür kann sie kostenlos bestellt werden.

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hg.): Pilot-Öko-Audits in Hessen. Erfahrungen und Ergebnisse. Ein Forschungsbericht, Wiesbaden 1995, (Anfordern beim Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kaiser-Friedrich-Ring 75, D-65185 Wiesbaden).

Öko-Audit für den Umwelt-Laien

Es ist schon fast peinlich, aber die anschaulichste Aufbereitung des Themas Öko-Audit für gestreßte Praktiker ohne Vorkenntnisse in Umweltfragen wird von der Deutschen Bank herausgegeben: große Schrift, knappe klare Texte, gutes Layout und fundierte Hilfen für die Vorgehensweise. Nach einer Erläuterung, was unter dem Auditverfahren zu verstehen ist und welche Vorteile es bringt, wird die Umsetzung in neun Schritten klar gegliedert dargestellt. Ergänzend folgen nach jedem Schritt – soweit erforderlich – Checklisten für die konkrete Vorgehensweise. Eine Audio-Kassette, mit Witz aufbereitet, rundet den Überblick bzw. die gute Einstiegshilfe ab.

Deutsche Bank AG (Selbstverlag): Das Öko-Audit - ein neues Markenzeichen für zukunftsorientierte Unternehmen (plus Kassette Öko-Audit für 10,--DM) (Abt. Firmen und Institutionen (Z), D-60262 Frankfurt a.M.) 50,–DM.

Wissenschaftliche Vertiefung

»Der Weg zum ökologischen Zertifikat« – dieser Untertitel der Aufsatzsammlung von Klemmer / Meuser führt interessierte LeserInnen in die falsche Richtung. Das Buch ist vor allem eine wirtschaftswissenschaftliche Fundierung von Grundsatzfragen zum Öko-Audit. Entsprechend werden im ersten Teil des Buchs volkswirtschaftliche Fragen bei der Regulierung betrieblicher Umweltpolitik oder Folgen für das Umwelt- und Risikomanagement im Unternehmen behandelt. Auch der Einsatz der Zertifizierung fürs Marketing ist in einem Beitrag von Meffert / Kirchgeorg gut beschrieben. Erst der zweite Teil geht mehr auf praxisbezogene Fragen ein wie Möglichkeiten finanzieller Förderung, der Einsatz der Ökobilanz für ein Audit etc. Insgesamt kann das Buch nur für diejenigen empfohlen werden, die eine Einführung ins Thema schon hinter sich haben.

Paul Klemmer / Thomas Meuser (Hg.): EG-Umweltaudit. Der Weg zum ökologischen Zertifikat, Wiesbaden (Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler) 1995, 98,– DM.

Ökologisierung der Betriebswirtschaftslehre

Noch grundsätzlicher ist die Schrift von Reinhard Pfriem, der eine Theorie der Unternehmung im ökologischen Handlungsfeld entwickelt. Unter dem Blickwinkel, daß viele AutorInnen immer nur – fast rezeptartig – Instrumente für die betriebliche Umweltpolitik darstellen, ist diese Veröffentlichung eine Wohltat. Nachdem er das »Beziehungsproblem« zwischen Ökologie, Unternehmenspolitik und Betriebswirtschaftslehre fundiert aufgezeigt hat, macht sich Pfriem an die Entwicklung theoretischer Grundlagen für eine Konzeption ökologischer Unternehmenspolitik. Systemtheorie, normatives Management und Möglichkeiten einer sozialökologischen Ethik führt er zu einer kritischen Theorie der Unternehmung zusammen. Zum Abschluß runden Bausteine für eine sozialökologische Unternehmenspolitik einschließlich der Bereiche Kommunikation und Personalentwicklung die Ausführungen ab. Für grundsätzliche betriebswirtschaftlicher Denker und Denkerinnen ist dieses Buch ein Muß.

Reinhard Pfriem: Unternehmenspolitik in sozialökologischen Perspektiven, Marburg (Metropolis-Verlag) 1995, 49,80 DM. (Der Metropolis-Verlagsprospekt, Postfach 1748, D-35007 Marburg kann aufgrund der Positionierung des Verlages im Bereich kritischer sozialwissenschaftlicher Literatur generell empfohlen werden.) ●

UMWELTMANAGEMENT

Veranstaltungen zum Thema

»Schritte zum nachhaltigen Unternehmen: Erfahrungen und Konzepte aus zehn Ländern« findet am 8./9. Mai 1996 in Hannover statt. In Workshops und plenaren Vorträgen werden Themen wie neue Konzepte des Umwelt-Auditings, Umweltkennzahlen als Managementinstrument oder Öko-Benchmarking – die Umweltschutzleistung im Branchenvergleich behandelt.

Teilnahmegebühr 1.550,– DM. Genauere Information und Anmeldung (bis 24. April) beim Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Giesebrechtstr. 13, D-10629 Berlin.

»Ökologie und Partizipation« werden als Themen am 22./23 November 1996 in Frankfurt zusammengeführt. Fallbeispiele, Prozeßdemonstration durch Betriebsberater und Unterstützungsstrukturen werden an den Bereichen Umweltmanagement (einschließlich Öko-Controlling und Öko-Audit), ökologische Produktentwicklung sowie zwischenbetriebliche Kooperation bei Umweltfragen veranschaulicht. Der Preis wird erheblich unter dem vorhergenannten liegen, zumal kleinere Betriebe aus dem Selbstverwaltungssektor zentrale Zielgruppe der Veranstaltung sind.
Information:
netz, Schäfergasse 46, D-60313 Frankfurt. ●

Burghard Flieger

REGENERATIVE ENERGIEN

REBAG rettet Thüringer Motorenwerke

das junge fränkische Unternehmen REBAG (Regenerative Energieversorgungs- und Betriebs-Aktiengesellschaft) hat die Thüringer Motorenwerke Nordhausen (TMW) übernommen. Die Übernahme bedeute für beide Partner einen wichtigen Schritt in die Zukunft, erklärte REBAG-Alleinvorstand Wolfgang Seidelmann zum Jahreswechsel. Geschäftsfelder der REBAG sind die Bereitstellung von Primärenergie aus Biomasse und die rgenerative Endenergieversorgung. Im Laufe seines einjährigen Bestehens hat das Unternehmen dafür bereits tragfähige Konzepte vorgelegt – allen voran zur Nutzung von reinem, kaltgepreßten Pflanzenöl als Kraftstoff für Fahrzeuge und Blockheizkraftwerke. Gegenüber dem bekannteren 'Biodiesel' hat reines Naturöl den Vorteil, ohne energieaufwendige chemische Aufbereitung (»Umesterung«) als Kraftstoff einsetzbar zu sein. Voraussetzung dafür sind allerdings spezielle Motorensysteme. Die TMW sind seit Jahren Pioniere in der Entwicklung hochleistungsfähiger Naturölmotoren, die sie im Auftrag in Traktoren und Lastwagen einbauen. Auch Blockheizkraftwerke werden in Nordhausen mit dieser Innovation ausgerüstet.

»Nach dem Vorbild der Natur setzen wir auf Synergieeffekte und möglichst kurze, geschlossene Kreisläufe«, so Seidelmann. In diesem Sinne plant die REBAG deutschlandweit Kooperationen mit LandwirtInnen, die Ölpflanzen wie Raps, Sonnenblumen, Senf oder Hanf anbauen. In kleinen Ölpressen vor Ort hergestellt, will die REBAG das Naturöl dezentral und flexibel an die verschiedenen AbnehmerInnen weiterleiten. Um die energetische Nutzung des Öls sicherzustellen, übernimmt REBAG als konsequenten nächsten Schritt auch den Betrieb von Blockheizkraftwerken bzw. kooperiert mit Kommunen und anderen Betrieben.

Die Übernahme der TMW bedeutet für Seidelmann nicht nur den aktuellen Erhalt von rund 60 Arbeitsplätzen. Die Integration in das REBAG-Konzept ermögliche den 1905 gegründeten Traditionswerken vielmehr die Ausweitung ihrer Produktion zukunftsträchtiger Technologien. Aufgrund seiner Effizienz und Umweltfreundlichkeit setzen WissenschaftlerInnen, IngenieurInnen und innovative UnternehmerInnen seit längerem auf den Kraftstoff Naturöl. Mit Hilfe von REBAG und TMW soll diese zeitgemäße, ausgereifte Alternative nun auch einer vielfältigen, ökonomisch-ökologisch sinnvollen Nutzung zugeführt werden. ●

dp

Anzeige

holz

Sie benötigen informationen zu ökologischer
■ oberflächenbehandlung
■ möbelrestaurierung
■ holzschutz ohne gift
■ möbelbau .....

die broschüre holz-spezial können Sie für 8,-DM vorab (bar/briefmarken) bestellen bei

■ andreas küstermann
contraste redaktion handwerk
dammstr. 12, 18528 bergen
fon 0 38 38/25 50 79
fax 0 38 38/25 48 82
gerne auch persönliche beratung nach vorheriger absprache

BUCHVERÖFFENTLICHUNG

Wie lassen sich demokratisch organisierte Unternehmen innovativ entwickeln?

Produktivgenossenschaften werden meistens unter dem Blickwinkel der Transformation oder des Scheiterns betrachtet. Ziel einer aktuell erschienenen ausführlichen Veröffentlichung zum Thema Produktivgenossenschaften bzw. selbstverwaltete Betriebe ist es, diesen Blickwinkel zu erweitern. Es werden wichtige Anstöße zur Stabilisierung partizipativer Unternehmen gegeben.

Karin Schröder, Redaktion Genossenschaften ● Im ersten Teil der Ausführungen wird der Theorie, Geschichte und Gegenwart von Produktivgenossenschaften intensiv nachgegangen. Die Aufarbeitung der Geschichte verdeutlicht, daß die Gründe für die quantitativ geringe Bedeutung dieser Unternehmensform in Deutschland nicht allein in deren Struktur begründet liegt. Fehlende kontinuierliche Unterstützung im politischen Bereich, Diskriminierung durch die genossenschaftlichen Verbände und ihre häufige Gründung als »Kinder der Not« in wirtschaftlichen und politischen Krisenzeiten sind weitere wichtige Erklärungszusammenhänge.

Vielfalt der Kooperativen in Deutschland

In einem zweiten Schritt wird im Zusammenhang mit den genossenschaftlichen Charakteristika, den Marktbedingungen und den unterschiedlichen sozialen Entstehungshintergründen eine Typologie heutiger Kooperativen entwickelt. Das Ergebnis: Es gibt etwa 1.900 eingetragene Produktivgenossenschaften in Deutschland. Zusammen mit den in anderen Rechtsformen arbeitenden Unternehmen läßt sich die Gesamtzahl auf rund 7.000 produktivgenossenschaftlich strukturierte Betriebe schätzen.

Aufgezeigt wird, daß diese völlig unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen ausgesetzt sind. Entscheidungsdruck und Handlungsspielräume bei den verschiedenen Unternehmenstypen gestalten sich sehr differenziert. Entsprechend ist jede verallgemeinernde Aussage über ihre Existenzfähigkeit wissenschaftlich nicht zu vertreten. Auch ein Beibehalten der Dichotomie Scheitern oder Anpassung, so wird nachgewiesen, läßt sich trotz ihrer scheinbaren Prägnanz und Plausibilität nicht halten.

Aus konkreten Beispielen lernen

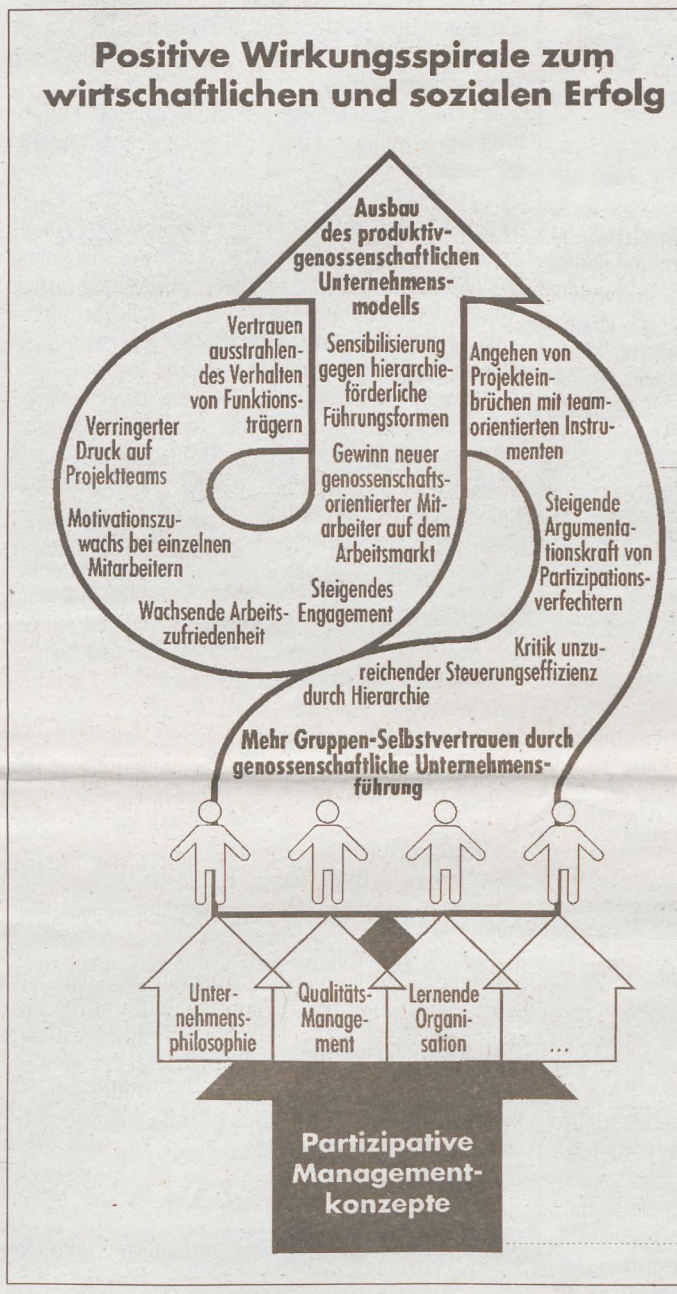
In der anschließenden Fallstudie wird unter dem Blickwinkel des Transformationsverdachts eines der größten und erfolgreichsten produktivgenossenschaftlich strukturierten Unternehmen in der Bundesrepublik betrachtet: die PSI AG. Die Analyse dieses einen Fallbeispiels veranschaulicht, wie problematisch es ist, eindeutige Schlußfolgerungen zu ziehen. Gegeben wird ein ausführlicher Einblick in verschiedene Bereiche der betrieblichen Sozialpolitik, die Förderaufgaben für die Mitglieder darstellen. Dazu gehören beispielsweise die Einkommensgestaltung, Fragen der Arbeitszeitgestaltung und die Aufgabe der Partizipation. Die Analyse, die sich vorrangig auf interne Prozesse konzentriert, zeigt einzelne Bereiche auf, die besondere Anstrengungen erfordern, um das produktivgenossenschaftliche Unternehmensmodell zu stabilisieren. Dies sind zum einen gewachsene Konfliktstrukturen, die zu unterschiedlichen Modellvorstellungen mit wechselseitigen Blockaden führen können. Auf der gleichen Ebene liegen Schwierigkeiten aufgrund unterschiedlicher Werte und die für viele Produktivgenossenschaften wohl charakteristische Generationsproblematik.

Generationskonflikt und Wertedissens als Problem

Eine Besonderheit des Fallbeispiels ergibt sich durch die Langzeitbetrachtung über einen Zeitraum von zehn Jahren. Auf diese Weise wird deutlich, daß Entwicklungen, die Anlaß für einen Transformationsverdacht geben wie der Wertedissens, sich wieder abschwächen können: Die in der ersten Phase zu beobachtende polarisierende Konfliktaustragung hat aktuell an Bedeutung verloren. Dagegen zeichnet sich durch die Größenordnung dieses Mitarbeiterunternehmens und die damit einhergehende wachsende Differenzierung der Mitarbeiteraktionäre durch Alter, Einstellungen und Erfahrungen eine Verschärfung der Generationsproblematik ab.

Sie erfährt eine besondere Brisanz durch den hohen Partizipationsanspruch im Unternehmen. Die dadurch immer wieder entstehende Anspruchs-Umsetzungs-Divergenz führt zu häufigen Enttäuschung bei Mitarbeitern, so daß der Partizipationsanspruch teilweise in resignative Akzeptanz umschlägt. Eine Lösung wird vor allem in dem weiteren Ausbau der indirekten Entscheidungsbeteiligung durch eine repräsentative Mitarbeitervertretung in Form des Beirats gesehen.

Als Fallbeispiel steht die PSI weder für den generellen Erfolg noch den Mißerfolg solcher Modelle, sondern nur als »Erfahrungsschatz«. Mit seiner Hilfe lassen sich Probleme vorausschauend angehen und viele der dortigen Prozesse und Lösungen für andere Unternehmen zur Stabilisierung nutzen.



Konkrete Handlungshilfen

Auf welche Weise sich Erfahrungen aus produktivgenossenschaftlichen Unternehmen aufbereiten lassen, wird im letzten Teil der Ausführungen thematisiert. Dazu wird auf vorhandene, teilweise bewährte Managementkonzepte zurückgegriffen, um sie für die Stabilisierung zu nutzen. Dies geschieht vorrangig für die »weichen« Faktoren, müßte aber zukünftig in gleichem Maße für »harte« Faktoren wie Finanzierung, Marketing, zwischenbetriebliche Kooperation (Vernetzung), politische Lobbyarbeit etc. geschehen.

Ausgehend von bewährten oder in der Entwicklungsphase befindlichen Konzepten wie Corporate Identity, lernende Organisation und kooperative Selbstqualifikation werden erste Grundlagen formuliert im Sinne von Bausteinen einer Betriebswirtschaftslehre der Kooperative. Die intensive, für partizipative Unternehmen zugespitzte Aufbereitung solcher Instrumente hilft Modellbetrieben von der Überforderungssituation durch Versuch und Irrtum wegzukommen.

Zwei im Vordergrund stehenden Ansätze – Corporate Identity und lernende Organisation – werden als sich ergänzende Konzepte bewertet. Corporate Identity als Strategie baut darauf auf, daß eine Organisation zusammen mit ihren Mitgliedern ihre Werte, Ziele, Grundsätze und Visionen klärt. Auf dieser Grundlage erleichtern alle Konzepte des Lernens und der Verhaltenssteuerung, die gezielte Umsetzung der formulierten Ansprüche. Werden sie genutzt, kann es Produktivgenossenschaften gelingen, das angedachte Paradigma der fortschrittsfähigen Organisation zu verwirklichen.

Das Buch hat gute Chancen, als Standardwerk über produktivgenossenschaftliche und selbstverwaltete Betriebe auf breite Anerkennung zu stoßen.●

Burghard Flieger: Produktivgenossenschaft als fortschrittsfähige Organisation. Theorie. Fallstudie. Handlungshilfen, Marburg (Metropolis Verlag) 1996, DM 68,–. Die Monographie kann beim NETZ Baden-Württemberg, Erwinstr. 29, 79102 Freiburg, Tel./Fax: 0761/709023 bestellt werden.

FRÜHLINGSTAGE

Neugier und Lust

auf Austausch haben nach einer Testanfrage von GRAFFITI-Siebdruck in Reutlingen die selbstverwalteten Grafischen Betriebe. Nach einem Jahr Pause sollen jetzt wieder die »Frühlingstage '96« vom 16. bis 19.5.1996 in Reutlingen stattfinden. Die Reutlinger erwarten möglichst schnelle Rückmeldungen. Themenvorschläge u.a.: Selbstverwaltete Betriebe als Auslaufmodell? · Möglichkeiten / Perspektiven der digitalen Vernetzung · Ökoaudit – was bedeutet das für Druckereien? · Die Rechtsform der Genossenschaft als Alternative zur GmbH. **dp**

Kontakt:
Graffiti Siebdruck
Hansenstr. 9
D-72770 Reutlingen
☎ (0 71 21) 5 20 97, Fax 5 88 32

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Stadt-Land-Genossenschaft, Hamburg

Kooperativ Wirtschaften in der Region

Verteilung, Anbauplanung und Preisgestaltung regionaler Erzeugnisse sowie garantierte, vorher festgelegte Abnahmemengen für die regionalen Erzeuger nennt die Stadt-Land-Genossenschaft in Hamburg als Hauptziele ihrer zukünftigen Geschäftstätigkeit. Die Initiatoren, eine bunte Mischung aus Erzeugern, Ladnern und Restaurant-Betreibern, verstehen sich nicht als Alternative zum Großhandel. Den Anstoß für die Gründung gab die Marktsituation. Die Konkurrenz starker Anbieter im Naturkostsektor um die Kunden geht dort zunehmend auf Kosten der Qualität.

Buchhinweis

Betriebswirtschaft für Genossenschaften

Eine erweiterte und überarbeitete Fassung seines Lehrbuchs für genossenschaftliche Betriebswirtschaft hat Eberhard Dülfer herausgegeben. Er versteht dies als spezielle Betriebswirtschaftslehre, die er mit Hilfe der Systemtheorie strukturiert. In Form eines Lehrbuchs gibt es zur Zeit nichts Aktuelleres und Ausführlicheres zu dem Thema. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt allerdings auf sogenannte Förder- oder Hilfsgenossenschaften. Auch sind vorwiegend Probleme von Großgenossenschaften angesprochen. Die zweite Auflage geht auf knapp 20 Seiten stärker und positiver früher auf die Chancen von produktivgenossenschaftlicher bzw. selbstverwalteter Betriebe ein.

Eberhard Dülfer: Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften und vergleichbarer Kooperative, Göttingen (Vandenhoeck und Ruprecht) 1995, DM 79,–.

Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft

Identifikation der Mitglieder stärken

Die Zahl der Genossenschaftsmitglieder der EVG Bremen ist mittlerweile auf 600 gewachsen. Ein Drittel von ihnen kauft allerdings nicht in den Läden ein. Sie verhalten sich als Mitglieder »passiv«. Erklärt wird dies mit dem Aufwand des Einkaufens in den Bauernläden vor allem bei Familien mit Kindern sowie mit dem sich ändernden Konsumverhalten. Zudem ist die Identifikation vieler Mitglieder mit der EVG nur schwach ausgeprägt: Sie wollen vor allem günstig gesunde und ökologische Produkte einkaufen. Die Identifikation soll zukünftig durch Hofbesichtigungen, Reisen und Mitmach-Aktionen bei den Erzeugern gestärkt werden.

Genossenschaften in der »Dritten Welt«

Das Kollektiv im Weltmarkt

Als Schwerpunkt ist in der neusten Ausgabe der Blätter des iz3W das Thema Genossenschaften auf 20 Seiten anschaulich dargestellt. Die verschiedenen Aufsätze behandeln deren Chancen, eine nachhaltige Entwicklung zu bewirken. Außerdem wird der Mythos der Autonomie ländlicher Genossenschaften problematisiert und konkrete Erfahrungen aus den Ländern Zimbabwe und Brasilien geschildert. Das Heft (Nr. 211) kann für 8,– DM bei der Aktion Dritte Welt e.V., Postfach 5328, D-79020 Freiburg bestellt werden.

Käsereigenossenschaft, Leupolz

Alles (Bio-)Käse – oder was?

Eine völlig neue Demeter Käserei hat die Käsereigenossenschaft Leupolz in Abstimmung mit ihren Demeter-Milch-Lieferanten erstellt. Die Tradition der Käseherstellung und technischer Fortschritt werden dort miteinander verbunden. Ziel ist nicht nur eine schonende Behandlung der Milch, sondern der Verzicht auf alle künstlichen Zusatzstoffe bei der Käse- und Butterherstellung, auch solcher, die nach EU-Richtlinien erlaubt sind. Die breite Produktpalette wird über die ÖMA (Ökologische Molkereien Allgäu) mit Sitz in Kisslegg vertrieben.

Ersol eG, Erfurt

Produktion von Solarzellen

Unter dem Namen Ersol eG verbirgt sich ein Zusammenschluß von zwölf Personen und Firmen, die in der Photovoltaikbranche arbeiten. Sie will die seit Juni letzten Jahres stillgelegte Anlage zur Fertigung von Solarzellen in Wedel in Erfurt neu aufbauen. Nachdem Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers die Freigabe dazu erteilt hat, kann mit dem Projekt begonnen werden.

Anzeige

Politische Ökologie

Jetzt lesen!

Textilwirtschaft - Globale Schönfärberei

Die Textilwirtschaft ist klassisches Beispiel für zunehmend internationale Arbeitsteilung. Ein Kleidungsstück reist bei seiner Herstellung durch vieler „Herren" Länder. Denn das eine Land bietet billige Arbeitskräfte, das andere hat keine allzu strengen Umweltschutzauflagen und das dritte technisches Know-How.
Wie aber lassen sich in diesem internationalen Markt Umwelt- und Sozialstandards verankern? Wie können Umweltabkommen erweitert werden, ohne protektionistisch zu wirken? Was kann der Handel selbst tun?

Jetzt für DM 19,80 überall in der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei:
ökom GmbH
Waltherstr.29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0
Fax: 089/544 184-99

LANDWIRTSCHAFT

Städte entdecken die Landwirtschaft

Agrarpolitik wird gemeinhin als ein Politikfeld begriffen, bei dem die Entscheidungen in Brüssel oder Bonn fallen und die kommunale Ebene wenig Einfluß hat. Landwirtschaft ist auch – erst recht in der Stadt – aus dem öffentlichen Bewußtsein nahezu verschwunden.

Seit Beginn der 90er Jahre sind Versuche zu verzeichnen, auf städtischer und kommunaler Ebene Agrarpolitik zu betreiben und somit – auch angesichts der Unsicherheit über den Fortbestand der europäischen Subven-

tionspolitik – ein gewisses Gegengewicht zu »Brüssel« zu setzen. Dies ist möglich, weil verschiedene Interessenslagen zusammenkommen und Initiativen bilden, die durch kommunale Agrarpolitik eine »andere« Regional- und Tourismusentwicklung und Naturschutzpolitik anstreben. Hinzu kommt, daß Landwirtschaft in der Stadt meist noch die größte Flächennutzerin ist, eine große Rolle beim Grundwasser- und Naturschutz spielt und die vorfindliche Kulturlandschaft Folge bäuerlicher Arbeit ist. Nicht zuletzt wollen LandwirtInnen ihre Höfe erhalten und NachfolgerInnen übergeben, VerbraucherInnen wollen regional und naturnah erzeugte Lebensmittel konsumieren. Für Städte und Gemeinden sind die wichtigsten Gründe, sich in diesem Bereich zu engagieren, Umweltgründe und die kostengünstige Erhaltung und Pflege der für den Tourismus und die Naherholung zentralen Kulturlandschaft durch die LandwirtInnen. Ferner sind auf dieser Handlungsseite der Erhalt von Arbeitsplätzen und die Möglichkeit der Imagesteigerung der Region, vor allem durch die regionale Vermarktung, zu nennen.

Zu diesem kleinen Politikfeld liegt nun auch die erste richtige Buchveröffentlichung vor, die aus der Tagung entstand, an der auch die in CONTRASTE vom Juli/August 1995 dokumentierte »Bad Boller Erklärung zur kommunalen Landwirtschaftspolitik« verabschiedet wurde. In dem Buch werden nach einem eher theoretischen – wenngleich hochinteressanten – Einleitungsteil nahezu alle kommunalen Landwirtschaftsprojekte in Deutschland vorgestellt. Das Spektrum reicht von Großstädten mit unterschiedlichen agrarstrukturellen und naturräumlichen Bedingungen (Hamburg, Hannover, Leipzig, Frankfurt, Freiburg,...) bis zu ländlichen Räumen: Insel Pellworm, Gemeinde Hindelang (Allgäu), Landkreis Wetterau (Hessen). Die Projekte sind sehr unterschiedlich weit fortgeschritten und werden von unterschiedlichen Akteuren und Institutionen betrieben oder finanziert. Einige sind stark auf die Förderung des Öko-Landbaues zentriert, während andere die gesamte, bäuerliche Landwirtschaft fördern. Über eine Adressenliste am Schluß ist die problemlose Kontaktaufnahme zu den Projekten möglich.

Landwirtschaft, Stadt und Region ist auch der Schwerpunkt der »Arbeitsergebnisse« Nr. 32. Zwei Beiträge behandeln landwirtschaftliche Vermarktungsmöglichkeiten in der Stadt. Zwei weitere untersuchen das Verhältnis von (bäuerlicher) Landwirtschaft und Regionalentwicklung an den Beispielen Allgäuer Alpen und der in Nordhessen gelegenen Warburger Börde. Die »Arbeitsergebnisse« sind die Zeitschriftenreihe der »AG Ländliche Entwicklung« an der Universität Kassel, einem der deutschen »think-tanks« der kritisch-ökologischen Agrarpolitik und Landschaftsplanung.

Nicht vergessen werden sollte, daß die meisten dieser Projekte einer Regionalisierung und Ökologisierung der (stadtnahen) Landwirtschaft eine Nischenstrategie sind. Sie setzen einerseits an den spezifischen Bedingungen der Landwirtschaft im stadtnahen Raum an, die in der Fläche meist nicht gegeben sind. Die Projekte in peripheren ländlichen Räumen – wie etwa der Rhön oder in anderen Mittelgebirgsregionen – sind oft die einzige Möglichkeit überhaupt noch Landwirtschaft zu betreiben, die mit ihren Produktionsbedingungen angesichts des Weltmarktes ansonsten nicht mehr konkurrenzfähig wäre. Da dies aus ökologischen und sozialen Gründen – bislang? – nicht gewollt wird, findet auch eine gewisse staatliche Subventionierung und Unterstützung statt.●

Bernd Hüttner

Frieder Thomas ua. (Hg.): Kommunen entdecken die Landwirtschaft. Perspektiven und Beispiele einer zukunftsfähigen Agrarpolitik in Stadt und Land; C.F. Müller Verlag und Stiftung Ökologie und Landbau, Dez. 1995; 348 S., 29,80 DM

Arbeitsergebnisse Nr. 32 (Dez. 95): Landwirtschaft-Stadt-Region. Hrsg. von der AG Ländliche Entwicklung am Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung der GhK Kassel; 42 S. DIN A 4, 9 DM; Bezug Tel.: 0561-804 3207

ZUKUNFT DES SOZIALSTAATS

Anders als im britisch-skandinavischen Modell, das – steuerfinanziert – einen gleichen und universellen Leistungsanspruch für alle Berechtigten gewährt, ist der Sozialstaat in Deutschland (und auch in Österreich) im wesentlichen erwerbsarbeitszentriert. Steigende Dauerarbeitslosigkeit, der Übergang zum Wachstum ohne Vollbeschäftigung (»jobless growth«) sowie sie sich verändernde demographische Situation erfordern rechtzeitige Veränderungen und Anpassungen, sollte die Krise des Sozialstaates nicht zu seinem Zerfall führen. Das vorliegende Jahrbuch versammelt AutorInnen, die Reformvorschläge für eine Adaptierung des Sozialsystems unterbreiten und dabei durchaus unterschiedliche Akzente setzen.

So plädiert etwa Meinhard Miegel, Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn, für die Umstellung der Rentenversicherung auf eine für alle gleich hohe Grundsicherung. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rudolf Dressler hingegen will die Rentenfrage durch Erhöhung der Beitragszahler, d.h. durch Rückkehr zur Vollbeschäftigung und durch Ausweitung der Frauenerwerbsquote gelöst wissen. Bleibt die Frage, wie das erreicht werden soll?

Friedhelm Hengsbach, der auf die »Nichtausschöpfung menschlichen Prduktivvermögens« durch Arbeitslosigkeit hinweist, fordert eine famlienfreundlichere Gestaltung des Sozialsystems, da dieses derzeit Kinderlose bevorzuge: ein einkommensabhängiges, degressives Kindergeld zählt ebenso zu seinen Vorschlägen wie eine Beitragsstaffelung zum Sozialsystem nach der Kinderzahl oder der Ausbau der abgegoltenen Erziehungszeiten als Beitrag zur Arbeitszeitverkürzung.

Dem »arbeitssparenden Charakter« der modernen Technik soll, so ein weiterer Beitrag, durch Einführung des Verursacher- und Vorsorgeprinzips für die Unternehmen entgegengewirkt werden, um so der Externalisierung sozialer und ökonomischer Kosten – z.B. durch Ökosteuern im Umweltbereich oder durch betriebliche Gesundheitsvorsorge als Maßnahme gegen Frühverrentung – wirksame Grenzen zu setzen. Die zunehmende Aufspaltung der Gesellschaft in Jobbesitzer und Joblose – die Rede ist von einer »70-20-10-Gesellschaft«, in der 70% nie arm werden, 20% zeitweise und 10% länger arm sind – soll durch eine »integrierte Armuts- und Sozialpolitik« verhindert werden. Nicht zuletzt werden Solidarbeiträge gefordert. BezieherInnen mittlerer Einkommen soll der Verzicht auf weitere finanzielle Forderungen durch immaterielle Kompensationen (Qualität der Arbeit, mehr Zeitsouveränität und Mitbestimmung) schmackhaft gemacht werden.

Daß auch Erfahrungen aus anderen Ländern für die Debatte um die Zukunft des Sozialstaats in Deutschland fruchtbar gemacht werden können, zeigt der letzte Teil des umfangreichen Bandes, der u.a. sozialpolitische Innovationen aus dem skandinavischen Raum zur Diskussion stellt.●

H.H.

Zukunft des Sozialstaats. Jahrbuch Arbeit und Technik 1995, Bonn: Dietz, 1995. 381 S., 35 DM/sFr / 273 öS

ARBEITSHILFE

Öffentlichkeitsarbeit für Nonprofit-Organsiationen

Der Autor des vorliegenden Bandes will Bewußtsein dafür wecken, daß Öffentlichkeitsarbeit eine zentrale Managementaufgabe ist und die wichtige Funktion hat, gerade auch in Nonprofitorganisationen, deren Selbständigkeit zu bewahren und zu erweitern. Nicht zuletzt ist Öffentlichkeitsarbeit die Basis für nahezu jede Form der Mittelbeschaffung, die angesichts knapper öffentlicher Kassen eine immer größere Rolle spielt. Öffentlichkeitsarbeit hat auch eine Innenwirkung, sie kann die innerorganisatorische Kommunikation fördern und die Identifikation der MitarbeiterInnen mit »ihrer« Organisation und deren Zielen steigern.

Im ersten Kapitel des Buches wird nach einer Einführung das Bewußtsein für die Notwendigkeit von Öffentlichkeitsarbeit geschärft und sie in den Zusammenhang der Organisation gestellt: Nonprofitorganisation müssen mehr Zeit und Ressourcen für die Marketingfelder Finanzierung und Öffentlichkeitsarbeit aufbringen, während Produktion und Verteilung nicht so stark gewichtet sind. Die gängigen Vorurteile gegenüber Öffentlichkeitsarbeit – sie sei Reklame, zu kommerziell, zu teuer oder man habe dazu keine Zeit – werden in diesem Abschnitt ebenfalls diskutiert. Luthe stellt die These auf, daß eine Organisation immer nach außen wirke, also Öffentlichkeitsarbeit immer gemacht werde, wichtig sei nur sie geplant und mit den beabsichtigten, positiven Ergebnissen zu machen. Das zweite Kapitel hat das Verhältnis von Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit zum Schwerpunkt. Hier geht es hauptsächlich um das immer mehr verbreitete Fundraising und Sponsoring. Der letzte Teil gibt dann konkrete Tips und Ideen: Diese reichen von den Tücken und Regeln der Pressearbeit über die sach- und fachgerechte Herstellung von Druckerzeugnisse bis zur Vermittlung der Organisationsidentität nach außen. Dieser Teil ist eher praktisch orientiert.Das Buch ist als Einführung in die Problematik gut geeignet, da es relativ gut erklärt und auch praktisch anwendbare Tips gibt. Wer/welche aber sofort nach der Lektüre loslegen will und vor allem eine konkrete Anleitung z.B. für das Verfassen einer Presserklärung sucht, ist mit diesem Buch falsch bedient. Solche Themen werden zwar auch behandelt, sind aber nicht zentral. Zentrales Thema ist vielmehr die Notwendigkeit und die Bedeutung von Öffentlichkeitsarbeit in einer Organisation. Das Buch kann also die praktischen Teilnahme an (Weiter-) Bildungsveranstaltungen zum Thema nicht ersetzen.●

Bernd Hüttner

Detlef Luthe: Öffentlichkeitsarbeit für Nonprofit-Organisationen. Eine Arbeitshilfe; Maro Verlag Augsburg 1995; 156 S., 26 DM

VIDEO

Auf der Suche nach Z

»Auf der Suche nach Z« zeichnet die Entwicklung der rechten Intellektuellen in Deutschland nach. Wann und unter welchen Bedingungen konnten sich die Rechten in Deutschland wieder etablieren und gesellschaftsfähig werden?

Der Film beginnt mit dem Kniefall von Helmut Kohl und Ronald Reagan an den Gräbern von Wehrmachtssoldaten in Bitburg und geht Schritt für Schritt der Entwicklung bis Mitte der 90er Jahre nach. Im Video wird dieser ominöse »Z« gefunden – in bester Gesellschaft. Die rechten Intellektuellen sind heute nicht am Rande der Gesellschaft zu finden, sondern breiten sich unter anderem in den etablierten Parteien, vor allem in der FDP immer weiter aus. Davor darf man die Augen nicht verschließen. In der FDP finden sich viele Gleichgesinnte, wie z.B. Alexander von Stahl, die mit den sogenannten Berliner Thesen 1995 noch auf Kritik gestoßen sind.●

dp

Auf der Suche nach Z. Ein Film von Kathrin Gerlof und Bernhard Schneidewinkel. Produktion: KAOS-Team, Köln, 1995, 30 Minuten.
Verleih & Vertrieb:
querblick, Gottlieb-Daimler-Str. 3, D-78467 Konstanz
☎(0 75 31) 6 50 02, Fax 6 87 98

DAS CL-Netz VON A-Z

Dieses »Medio-S-Handbuch bietet in alphabetischer Form einen Überblick der Informationsangebote des CL-Mailboxsystems, daß auch die CONTRASTE-Redaktionen nutzen. Das CL-Netz ist ein nichtkommerzieller Online-Dienst mit ca. 300 angeschlossenen Mailboxen. Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Umwelt, Frieden, Menschenrechte. Die Gesamtzahl der CL-UserInnen liegt bei ca. 20.000. Das Informationsangebot ist zu großen Teilen auch im Internet zu lesen.

Das »Medio-S-Handbuch« ist ein Bestandteil des Mailboxprojekts in der Mediothek in Stuttgart. Die Nutzer der Medio-S sind zumeist unerfahren im Umgang mit dem Medium Mailbox. Für weitere Informationen zur Medio-S, mailto:// SYSOP@MEDIO-S.CL.SUB.DE (Christina Loichinger) Informationen zur Mediothek gibt es auch im Internet. Die WWW-Adresse lautet: http://www.shuttle.de/mediothek/medio.htm●

Carl Dietz

FERIEN AUF DEM BIO-HOF

In der soeben erschienen überarbeiteten und erweiterten Neuauflage des Buches »Ferien auf dem Bio-Hof« werden Übernachtungsmöglichkeiten auf Bio-Höfen in zwölf europäischen Ländern vorgestellt. Die Angebotspalette reicht von einfachen Schlafplätzen bis hin zu komfortablen Ferienwohnungen. Bei vielen Übernachtungen ist ein Vollwertfrühstück inbegriffen oder ein Restaurant angeschlossen. Oft gibt es aber auch einen Hofladen, bei dem man sich selbst versorgen kann. Durch eventuelle Mitarbeit auf dem Hof haben die Feriengäste eine Möglichkeit, Einblick in die Erzeugung ökologischer Lebensmittel zu bekommen und für Kinder kann der Umgang mit Tieren zum unvergleichlichen Abenteuer werden.

Dieses Büchlein ist kein Reiseführer, aber eine gute Ergänzung für Alle, die einen umweltbewußten Urlaub planen. Zu beziehen ist das Büchlein gegen Vorauszahlung von 20 DM incl. Versandkosten auf das Konto-Nr. 831 562 59 bei der Sparkasse Saarbrücken (BLZ 590 501 01) mit genauer Anschrift auf dem Überweisungsträger oder gegen Zusendung eines Schecks bzw. Scheins. Adresse: Arbeitskreis Ökologisches Reisen, Blattlaus Druckwerkstatt & Verlag, Försterstr. 22, D-66111 Saarbrücken.●

dp

Anzeige

Forum Recht
Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!
Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark
Heft 4/1995
Schwerpunkt:
Grenzgänge
Fremde Menschen – deutsches Recht
• Das neue Asylrecht und seine fatalen „Erfolge"
• Staatsangehörigkeitsdebatte
• Datenschutz: Nicht für AusländerInnen!
• Rassismus in der Polizei
• §ammel§urium, Frauen im türkischen Recht, u. v. a.
Probe-Abo (ohne Verlängerung):
3 Hefte für 10 DM
Schein oder Scheck an:
Recht & Billig Verlag e. V.
Ermekeilstr. 32, 53113 Bonn

Anzeige

Schwarzer Faden
Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.57 (1/96) enthält u.a.:
★
US-Neonazis
von Philipp Agee
☆
Das Comeback der Atomindustrie
von Berliner Autonome
★
AFRIKA: Wurzeln und Visionen
von Ilija Trojanow
★
Macht und Herrschaft, Teil II
von Michael Wilk
✧
Interview mit Dimitri Roussopoulos
von Wolfgang Haug & Andi Ries
Weiter: Infoladen Leipzig: Chronik deutscher Ausländerpolitik, Teil II; David Rosales Alvarez: Interview mit der EZLN; Dieter Nelles: Die SAJD-Wuppertal 1929-1945, Teil 1; Ilse Schwipper: zu Horst Stowassers neuem Buch; Peter Nowak zur Group 43 und Christiania, Bernd Hüttner zu Berlin und L.A., Wolfgang Haug zu Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung, Herby Sachs zu Taibo II: Vier Hände und Kurdistan-Fotobuch v. R. Maro; SF-Bücherservice
Nr.56 (5/95) enthält u.a.:
Shell in Nigeria; BUKO: Zukunftsfähiges Deutschland - ein Technokratenmärchen; Infoladen Leipzig: Ein Vierteljahr Deutschland - Chronik Teil 1; Stefan Thimmel: Menschen in Lagerhaltung (Abschiebeknäste); Interview mit der mexikanischen Zeitschrift Amor y Rabia; Gabriel Teoman: PUNK lebt länger; Hellmut G. Haasis: Die Rache des Joseph Süß Oppenheimer (Erzählung); »Der Feuchtwanger weiß nichts und Veit Harlan noch weniger« –Interview mit H.G. Haasis von Wolfgang Haug; Nachruf auf Bibi Wintjes etc.
ABONNIERT!
(5 Nrn a. 68 S.): 35.-
Einzelpreis: 8.-
SF★Redaktion/Trotzdem
PF 1159, 71117 Grafenau
Fax 07033 - 45264 & Tel. 07033 - 44273

JOBS

Kleiner Biolandbetrieb (25 ha, überwiegend Grünland), zusammen mit Tagungshaus und Kneipenprojekt (Meuchefitz im Wendland) sucht Menschen, der Erfahrung in der Landwirtschaft hat, eigenvernatwortlich arbeiten kann und in einer Gruppe leben möchte.
☎(0 58 41) 59 77

JOBSUCHE

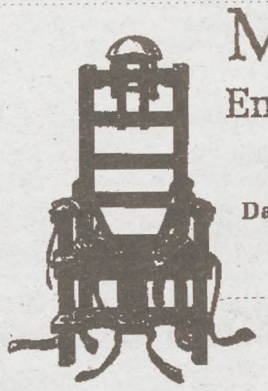
Kauffrau mit außerordentlichem Organisationstalent, mit umfangreichen Kenntnissen und mehrjähriger Erfahrung in Geschäftsführung und Verwaltung, sucht Teilzeitbeschäftigung im Raum Köln/Bonn.
Chiffre: 138-1

PROJEKTE

Kreative Landkommune mit VERbunt-Projektbezug (VERden 4 km, Bremen 40 km) sucht wegen Gruppenteilung insges. 2 Frauen (evtl. m. Kind) mit Lust auf Gemeinschaft. Wir sind 4m, 2w (20 bis 27 J.), politisch, ökologisch, spirituell und kein Stück dogmatisch ... Haste Lust?
☎(0 42 31) 6 87 08

Haus und Grundstück i.d. Prignitz sind vorhanden. Wer möchte mit uns zusammen bei umfangreichen Bauarbeiten gemeinsame Perspektiven entwickeln? Handwerkliches Geschick, Gruppenerfahrung und die Bereitschaft zur weitgehenden Kooperation sind sicherlich nötig.
Bitte melden bei:
☎(0 30) 626 77 97 (Marianne)
oder ☎(0 30) 615 74 49 (Thommy)

Hingerichtet wird Mutter Erde!



Energieverschwendung bis zum Schluß

Das Jahrbuch ´96 der Naturschutzjugend im LBV bezieht Stellung:
80 energiegeladene Seiten zum Thema regenerative Energie und Atomkraft.
Mit Seminarprogramm, Veranstaltungstips und vielem mehr.
Für 5 Mark in Briefmarken.
Jetzt gleich besorgen!

NATURSCHUTZ Jugend im LBV

Naturschutzjugend · Lohbachstr. 52 · 91161 · Hilpoltstein · Tel. 09174/3001

Nr. 39/40
8. März 1996
2 Mark

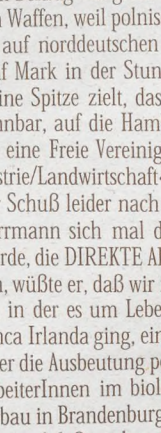
clock work

zusammen für befreiung kämpfen

themen:
★perspektiven des kurdischen befreiungskampfes und der solidarität
★interview mit der frauenorganisation yajk
★aufräumarbeiten: politische justiz und die linke
★zu den verfahren gegen die radikal, antifa (m) u. a.
★frauenorganisierung

Einzelexemplare (für 4 DM in Briefmarken) und Abos:
clockwork
Leibnizstr. 21
55118 Mainz

Zeitschrift für Direkte Demokratie
Das Forum der Demokratiebewegung



einzigartig • informativ • aktuell

Bürgerbeteiligung in Kommunen, Ländern, Bund und Europa.

Kostenloses Probeexemplar anfordern:
IDEE - Initiative DEmokratie Entwickeln e.V.,
Marcusallee 29, 28359 Bremen, Tel.: 0421 / 242 178
Jahresabo 35,- DM., erm. 20,- DM

WNZ
Weddinger Neueste Zeitung
Nr. 36
Februar/März 1996

Die Weddinger Neueste Zeitung ist Berlins älteste Stadtteilzeitung. Wir beschäftigen uns aber nicht nur mit dem Stadtteil, sondern z.B. auch mit Asylpolitik, Atomtransporten, Internationalismus etc. Ihr könnt die WNZ abonnieren, indem Ihr uns 15 DM in Briefmarken oder Geldschein schickt. Adresse: WNZ-Redaktion, Sparrstr. 21, D-13353 Berlin.

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

DER RABE RALF

Unabhängige Berliner Umweltzeitung

Monatlich
Ausblicke & Einblicke, Unterhaltung & Tips,
Termine & Adressen für Umweltbewußte

Kostenlos an vielen Auslageorten wie Bibliotheken, Naturkost- und Umweltläden
Probenummer gegen 1,50 DM in Briefmarken bei:
DER RABE RALF c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.,
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 4427789

IM POSTFACH ...

»Unfairer Handel – böse Menschen« in CONTRASTE 1/96

So meint Packpapier-Herrmann in seinem Beitrag »Es greift doch niemand zu den Waffen, weil polnische Wanderarbeiter auf norddeutschen Bauernhöfen für fünf Mark in der Stunde arbeiten«. Die kleine Spitze zielt, das ist unschwer erkennbar, auf die Hamburger »Initiative für eine Freie Vereinigung Naturkostindustrie/Landwirtschaft«. Nur, hier geht der Schuß leider nach hinten los. Wenn Herrmann sich mal die Mühe machen würde, die DIREKTE AKTION auch zu lesen, wüßte er, daß wir in eben der Ausgabe, in der es um Lebensbaum, bzw. die Finca Irlanda ging, einen langen Beitrag über die Ausbeutung polnischer WanderarbeiterInnen im biologischen Spargelanbau in Brandenburg veröffentlicht haben und daß es eben dort eine Initiative von im ökologischen Landbau arbeitenden FAU-Mitgliedern zusammen mit diesen WanderarbeiterInnen zur Verbesserung ihrer Situation gibt. Sein Vorwurf läuft also absolut ins Leere.

Auch sonst scheint Herrmann seine selbstgewählte Lebenslage als Kleingewerbe-Treibender mittlerweile zunehmend verinnerlicht zu haben, vielleicht hat er sich aber auch nur seinen Blick auf die gesellschaftlichen Realitäten etwas zu sehr weggeravet.

Uns geht es eben NICHT darum, daß unser »Gerechtigkeitssinn gerne in die Ferne schweift«. Sonst hätten wir uns nicht lange bei Irlanda/Lebensbaum aufgehalten, sondern hätten stattdessen die Ausbeutungssituation auf den »klassischen« Ausbeuterfincas problematisiert. Uns geht es aber GENAU um den Bezug zur – weitgehend auf den Hund gekommenen – selbstgefälligen Bio-Szene hierzulande, die – ökologisch abgewandelt – die gleichen Ausbeutungsmechanismen reproduziert, wie Rest der kapitalistischen Ökonomie auch. Und zwar nicht nur in Bezug auf die Herkunft ihrer Importwaren sondern auch in Bezug auf die Arbeitsbedingungen in der Bio-Szene hierzulande, die über weite Strecken zum Miesesten gehören, was die »soziale Marktwirtschaft« so zu bieten hat. Dafür aber verkleistert wird, mit jeder Menge Scheinheiligkeit. Anführen möchte ich als Beispiel nur einen Dortmunder Bioladen-Besitzer, der auf einer unserer Veranstaltungen groß tönte, wie toll und wichtig er es doch fände, daß sich seine Beschäftigten gewerkschaftlich organisieren würden, daß er aber ja sowieso Tarif (was für einen?) zahlen würde. Noch am gleichen Abend erfuhren wir von einer Frau, die sich bei ihm mal beworben hat, daß er AUSSCHLIESSLICH mit 580-Marks-Beschäftigten arbeitet.

Ich habe selbst 10 Jahre in einem Kollektiv-Betrieb gearbeitet und am Ende zusehen dürfen, wie er voll-professionalisiert abgeschifft ist. Insofern habe ich für die von Herrmann propagierte Gesellschaft der Kleinkrämer (»Massen« sind ja schließlich out) wirklich nur noch ein müdes Lächeln übrig. Ich finde die Idee der Selbstverwaltung und der Kollektivbetriebe wichtig, weil mensch ein befreites Leben und Arbeiten mühsam erlernen muß. Ich kenne jedoch auch den enormen Anpassungsdruck des real existierenden kapitalistischen Marktes und der Verhältnisse in die er uns zwingt. Und ich kenne eine Unzahl von ehedem enorm engagierten Kollektiven, deren »Kollektivität« nach fünfzehn Jahren nur noch daraus besteht, daß das »Kollektiv« der BesitzerInnen, andere Leute zu miesen Bedingungen für sich lohnarbeiten läßt.

Wo bitte, lieber Herrmann, ist da der Unterschied zu meinem jetzigen Chef? Komm mir bitte nicht mit »die sind aber netter und die Beschäftigten wollen es ja auch so«; ich halte es da lieber mit dem ollen Charly »Das Sein bestimmt das Bewußtsein«. Und weil das so ist, kommen wir ohne einen neuen Typ von »Gewerkschaft« nicht aus, vielleicht ja so einen wie die Wobblies in den USA, die Lohnabhängige UND Kollektivbetriebe einschließt.●

Roger Bouteiller
FAU Moers

Da ich in diesem Leserbrief zitiert werde, möchte ich dazu Stellung nehmen:

Auf die Ankündigung des Veranstalters, man wolle eine Naturkostgewerkschaft gründen, habe ich gesagt, damit würde man bei mir offene Türen einrennen, da in meinem Betrieb ohnehin fast alle MitarbeiterInnen gewerkschaftlich organisiert sind.

Weiterhin ist meine Feststellung, ich würde über Tarif zahlen, nachprüfbar. Welcher Tarif? Natürlich der Tarif des Einzelhandel in NRW in der Fassung vom 27.6.95.

Die Behauptung des Briefschreibers, ich würde nur 580 DM-Kräfte beschäftigen, ist unrichtig. Zum Zeitpunkt der Veranstaltung waren fünf MitarbeiterInnen voll sozialversicherungspflichtig beschäftigt, ein Mitarbeiter arbeitet auf Steuerkarte, ist aber als Student sozialversichert, eine Mitarbeiterin arbeitet tatsächlich auf 580 DM Basis. Sie ist Schülerin und lebt noch im elterlichen Haushalt und ist dort auch versichert.

Ich hoffe mit dieser Klarstellung der Diskussion gedient zu haben!

Folkmar Bohle
Kornhaus-Naturkost, Dortmund

... mit seinen Feinden muß man auch telefonieren können, Roger, nicht wahr? Dein Brief ist ein gutes Beispiel für die Schwäche der politischen Diskussion. Daß ich Deiner Entlarvung des Dortmunder Bioladens eine Gegendarstellung bescheren, habe ich Dir am Telefon schon angekündigt, und daß ich mir eine substanzielle Diskussion wünsche, auch. Wenn ich als Kleinkrämer hingestellt werde, vergeht mir aber erstmal die Lust dazu. Nicht, daß ich mein Ein-Mann-Kollektiv anpreisen will, aber kritisier mich wenn schon mit zeitgemäßen Argumenten, beim »wegraven« lagst Du ganz richtig. Ich hab nämlich einen abscheulichen Fehler mit meinem Optimismus, meiner politischen Naivität und meiner Ignoranz gegenüber dem »Bösen« in der Gesellschaft.

Weder die heutigen Bioläden, noch privatisierte Buchladenkollektive kann man mit altertümlichen Klassifikationen des letzten Jahrhunderts belegen, denn zuerstmal sind sie Bewegungsläden, wenn auch die Bewegung inzwischen futsch ist. Mit Deiner zehnjährigen Kollektiverfahrung deutest Du immerhin an, daß die heute »beschissene« Situation mal ganz passabel für Dich war. Und wenn »das Sein das Bewußtsein bestimmte«, hättest Du vermutlich wenig Ursache, Dich gegen Ausbeutung zu engagieren. Ich erwarte von Dir mehr Ehrlichkeit im Umgang mit Deiner Vergangenheit, die auch unsere gemeinsame ist. Hier nochmal schriftlich: schreib und veröffentliche über den Wandel oder, von mir aus, den Niedergang der Kollektive, deren Du auch genug kennst, aber ohne die eifersüchtige Gwerkschaftsbrille, das geht daneben.

Die Zukunft der Arbeit ist doch sowieso, daß jedeR vier, fünf Jobs hat und wer da auf die Bremse tritt, stürbt zwar nicht grad Hungers, aber der stirbt aus. Den Herausforderungen der Zukunft stellen wir uns nicht mit den Helden der Vergangenheit.●

Gruß, Herrmann

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 (statt Telefon: Postkarte; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 49008 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 63512 Hainburg, Redaktion Frankfurt, Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; 67433 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Friedrichstr. 36, ☎ (06321) 3 27 54, Fax (06321) 3 47 01; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 01277 Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 838 07 49 (auch Fax)

Fachredaktionen :
Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 18528 Bergen/Rügen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen Post Hönisch, Peter von Rüden, Rasmus Grobe, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax (04231) 48 79; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎ (06103) 4 27 42
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

Mailbox:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

AG SPAK

Zukunft des TAK AÖ
Die Weiterentwicklung alternativökonomischer Theoriearbeit und ihre Finanzierung vom 15.-19.05.96
Die Themen des TAK AÖ werden nicht mehr so spontan und leicht gefunden wie früher. Auch die Finanzierung der Treffen erfordert oft erheblichen Aufwand. Trotzdem sind manchen Interessierten die Seminare zu teuer. Deshalb soll die Weiterentwicklung der Strukturen, der Inhalte und der Finanzierung Thema des Mai-Seminars sein. Außerdem wird das Sommerseminar mit dem Schwerpunkt »Zukunft der Arbeit« vorbereitet. Information: Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 68259 Mannheim.

Zukunft der Arbeit
Sommerseminar »Alternative Ökonomie« des TAK AÖ vom 19.-28.07.96
Das Sommerseminar des TAK AÖ steht unter dem Oberthema »Zukunft der Arbeit«. Damit sollen inhaltliche und formale Gegenpole zur EXPO 2000 entwikkelt werden, die ebenfalls dieses Thema aufgreift. Interessenten für Unterthemen und Arbeitsgruppen sind noch erwünscht. Bisher wird geboten: »Alternative Gastronomie«, »Qualität ist das Anständige«, »Bausteine Kollektiven Managements«, »Politisierung der Ökonomie«. Weitere Informationen Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 68259 Mannheim.

SCHREINEREIENTREFFEN

Selbstverwaltung und Ökologie – Ökonomie und Wirtschaftlichkeit
Planung, Steuerung und Kontrolle betrieblicher Abläufe, ohne den demokratischen Anspruch zu verlieren. Dies soll in Zusammenarbeit mit einem Betriebswirt und der BNN-Vorstandsfrau E. Reuter das Treffen vom 26. bis 28. April in Reutlingen bei der Schreinerei Alan beschäftigen. Wie ein Verbund ökologischer Schreinereien diese Entwicklung begleiten und unterstützen kann, ist ein weiterer Programmpunkt.
Anmeldungen bei ALAN, Albstr.70, 72764 Reutlingen ab sofort.

»Wie sag ich's meinem Kunden« – Seminar zu Verkaufsgesprächen.
Viele MitarbeiterInnen im handwerklichen Betrieb oder produzierenden Gewerbe kennen die Schwierigkeiten im Kundengespräch, die richtige Balance zwischen Zurückhaltung und Hilfsbereitschaft und die richtige »Dosierung« von Informationen zu finden. Durch Infos zu verschiedenen Kommunikationsebenen und mit praktischen Übungen (Video) unter Anleitung der Seminarleiterin Martina Paulini können die TeilnehmerInnen lernen, freundich auf KundInnen zuzugehen, Beratung und Infos anzubieten, aber nicht aufdringlich zu sein.
Termin: 23. März 1996
Ort: Ökozentrum (Nähe Konstablerwache), Frankfurt
Anmeldung & Information:
netz hessen, Schäfergasse 46, D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 131 04 07

JUGEND & UMWELT

anders leben – anders arbeiten
Die vorgezeichneten Bahnen befriedigen vor allem junge Leute immer weniger: Ökologische Krise, Benachteiligung von Frauen, Ausbeutung der Menschen im Süden, Hierarchien in der Gesellschaft und Konsumorientierung sind prägend für unsere Industriegesellschaft. Auf diesem Seminar wollen wir lebbare Alternativen vorstellen. Kommunen, selbstverwaltete Betriebe, dezentrale Strukturen sind Ansätze für eine neue herrschaftslose Gesellschaft, wie sie in libertären Theorien beschrieben wird. Das Programm wird von den TeilnehmerInnen und TeamerInnen gemeinsam gestaltet. Kosten: 30-50 DM nach Selbsteinschätzung, evtl. Fahrtkostenerstattung
Termin: 19.-21.4.96, Domäne Lutter
Anmeldung: Verdener Umweltwerkstatt, Herrlichkeit 1, D-27283 Verden,
☎(0 42 31) 8 10 46, Fax 8 10 48

Regionale Utopien II
Regionale Utopien II – das Fortsetzungsseminar, an dem trotzdem auch »NeueinsteigerInnen« problemlos teilnehmen können. In diesem Seminar sollen konkrete Projekte vorgestellt werden, die den Ansatz einer »Reegionalen Utopie« haben: dezentral, ökologisch, im sozialen Zusammenhang.
Es sollen konkrete Projekte vorgestellt werden, die jetzt schon versuchen, durch Vernetzung – z.B. von Kleinbetrieben und Initiativen –die Probleme der Region anzugehen. Zudem werden in diesem Seminar die Hintergründe einer »Regionalen Utopie« näher beleuchtet und wie können wir sie angehen?
Ort: Idar-Oberstein/Morbach
Termin: 15.-17.3.96
Teilnahmebeitrag: 40 DM
Anmeldung & Information:
Umweltwerkstatt
Höckelböschstr. 4
D-55743 Idar-Oberstein
☎/Fax (0 67 81) 4 12 03

CASH COOP

Haushaltsrecht und Verwendungsnachweis
Termin: 18.4.96, Frankfurt
Geld verdienen im Verein
Termin: 9.5.96, Frankfurt
Jugend für Europa III
EU-Infotage
Termin: 22.3.96

Training Fundraising 1996
Modul 1: Marketing
Termin: 11.-13.3.96, Volkmarsen
Modul 2: Corporate Identity
Termin: 6.-8.5.96, Volkmarsen
Seminargebühr: 420 DM pro Modul
Information & Anmeldung:
cash coop, Baumweg 10
D-60316 Frankfurt
☎(0 69) 44 30 14
Fax 405 95 95
E-Mail:
cashcoop-f@geod. geonet.de

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Die Kommune Niederkaufungen ist eine schon über neun Jahre bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit rund 70 Personen.
An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort dees letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 19.-21.4.96
Anmeldung & Information:
Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V.
Kirchweg 1
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30

FRAUEN

FRAUEN & COMPUTER

Grundlagen EDV & Windows 3.1
Alles Wesentliche ist einfach! – Deshalb: Reduktion der EDV-Technik auf Null und Eins – die Betriebssystemmanagerin kennenlernen und ihre wichtigsten Befehle anwenden können.
Sie lernen die Grundlagen der Datenverarbeitung, die Bestandteile des PC, die verschiedenen Speicher und Laufwerke kennen. Sie werden befähigt, mit Menüs und Maus, Symbolen und Fenstertechnik umzugehen, mit Zwischenspeicher zu arbeiten und Programme und Dateien zu verwalten.
Termin: 26.-28.4.1996, München
Kombi-Kurs: EDV-Grundlagen & Windows & Winword
Das neue **Kurs-Programm** (Mai-August 96) kann ab sofort angefordert werden.
Anmeldung & Information:
Frauen-Computer Schule
Volkartstr. 23, D-80634 München
☎(0 89) 167 55 89

REGENBOGEN BAYERN

Rechtsruck in Europa
Sozialpschologische Ursachen für rechtsradikales Verhalten
Die deutsch-französische Seminarreihe wird seit 1993 durchgeführt. Die bisherigen Themen waren:
* Die antirassistischen Bewegungen in Frankreich und BRD (1993)
* Die inneren Grenzen – Integration und Abwehr des Ausländers in Deutschland und Frankreich (1994)
* Aus der Geschichte lernen (1995)

Zu Beginn stand die Überlegung, ob nun die europäische Einigkeit darin bestünde, die eigene Nation in westeuropäischer Gemeinsamkeit vor »Überfremdung« und sonstigen diffusen Untergangsszenarien zu bewahren. Vergleicht man die beiden Länder Deutschland und Frankreich, so läßt sich ein zunehmender Rechtsruck innerhalb der etablierten Parteien und eine steigende Brutalität rechtsextremistischer Gruppierungen gegenüber ausländischen Menschen erkennen.
Als Ursachen können neben historischen und soziologischen Aspekten auch sozialpsychologische gesehen werden. Ausgehend davon, daß Verzweiflung, Angst ud Haß existent und Unausgewogenheit und Ungerechtigkeit gesellschaftliche Bestandteile sind, ist zu erkennen, daß der Feind grundsätzlich außerhalb der eigenen Gruppe gesucht wird.
Dies kann auch zunehmend innerhalb der MigrantInnen festgestellt werden, die sich mehr und mehr auf ihre eigenen nationalen und kulturellen Zusammenhänge konzentrieren, sich abgrenzen. Aufgrund dieser Erkenntnisse der Seminare der letzten drei Jahre, wurde der diesjährige Schwerpunkt gewählt.
Seminar: 30.05.- 02.06.1996
und Training: 27.05.- 30.05.1996
Anmeldung bei:
Fränk. Bildungswerk für Friedensarbeit e.V.
Hessestr. 4, D-90443 Nürnberg
☎(09 11) 28 85 00

VEREINE & VERBÄNDE

Grundlagen der Kosten- und Erlösrechnung
Auch für Nonprofit-Organisationen wie Vereine und Verbände gewinnt die Frage nach einem möglichst wirtschaftlichen Einsatz ihrer Ressourcen zunehmend an Bedeutung. Eine Kosten- und Erlösrechnung dient dabei als zentrales Instrument zur Unterstützung der Vereins- und Verbandsführung.
Der Kurs richtet sich an Vereins- und VerbandspraktikerInnen, die die Grundkenntnisse einer auf die spezifischen Problemstellungen von Vereinen und Verbänden ausgerichteten Kosten- und Erlösrechnung erlernen wollen. Aufbauend auf einer theoretischen Fundierung werden den LehrgangsteilnehmerInnen anhand zahlreicher Praxisbeispiele die wichtigsten Methodenkenntnisse vermittelt. Umfangreiche Kursunterlagen werden zur Verfügung gestellt.
Termin: 27.3.96, 9-17 Uhr

Praxisorientiertes Verbandsmanagement
Das Seminar gibt einen Überblick über das Marketing speziell für Vereine und Verbände. Im Seminar werden die langfristigen »weichen« Faktoren des Marketing, die für NPO's besonders wichtig sind, angesprochen und man erfährt, wie Marketinginstrumente konkret genutzt werden können. Das Seminar ist speziell für Vereine und Verbände konzipiert und beschränkt sich auf das Wesentliche für die Praxis. Der umfassende Begleitordner enthält alle Informationen und Checklisten.
Termin: 28.3.96, 9-17 Uhr

Fundraising
Laden Sie Ihre Förderer ein, Geld-, Sach- oder Zeitspenden zu geben. Es werden Ihnen die Schritte auf dem Weg der Fundraising Techniken gezeigt. Sie bekommen einen Einblick in die strategischen Komponenten erfolgreichen Fundraisings. Desweiteren erhalten Sie Anregungen, Ihre eigene Strategie zu entwickeln bzw. zu überprüfen.
Termin: 29.3.96, 9-17 Uhr
Weitere Termine siehe Programm-Info, daß über die Anmeldeanschrift angefordert werden kann: Akademie für Vereins- und Verbandsmanagement, Postfach 14 55, D-74304 Bietigheim-Bissingen

So findet man Sponsoren!
Am 6. Mai befaßt sich ein Seminar der Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogischer Dienste NRW e.V. (LKD) in Unna mit erfolgreicher Sponsorensuche für Jugend- und Kulturprojekte.
Interessierte können sich bei der LKD, Luisenstr. 22, D-59425 Unna, Tel. (0 23 03) 6 93 24, Fax 6 50 57, anmelden und nähere Informationen erfragen.

Veranstaltungsmanagement
Mit Seminaren, Tagungen und Tages- und Abendveranstaltungen öffnen sich kulturelle und soziale Einrichtungen für ihr Publikum. Dahinter steht eine gute Planung und Organisation. Von der Idee über das Konzept, finanzielle Sicherung, Zeitplan und Raumgestaltung bis zum chaosarmen Ablauf und der TeilnehmerInnenbetreuung. Unser praxisorientiertes Seminar informiert über Planungselemente. Checklisten, Konzepte, Ablaufmanagement.
Termin: 23./24.3.96

Journalistische Stilformen
Vom Aufbau eines journalistischen Beitrages hängt es ab, ob er gelesen wird. Jedes Thema, jede Information, jedes Angebot kann man auf verschiedene Weise darstellen. Für MitarbeiterInnen in sozialen und kulturellen Einrichtungen, die sich mit Broschüren, Flugblättern und Plakaten an die Öffentlichkeit wenden, sind Kenntnisse in diesem Bereich des praktischen Journalismus unverzichtbar.
Termin: 13./14.4.96

Public Relations
Initiativen und Einrichtungen nutzen Medien und Multiplikatoren, um für ihre Anliegen zu werben. Wer an der Öffentlichkeit partizipieren will, muß die Zugänge zu den Medien – Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen, elektronische Medien – kennenlernen. In unserem Seminar geht es um die Kontaktaufnahme zu den Medien und die Zusammenarbeit mit JournalistInnen.
Termin: 4./5.5.96
Anmeldung & Information:
Nürnberger Medienakademie
Holzschuherstr. 6
D-90439 Nürnberg
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06

MEDIEN

»Indikatoren des (demokratischen) Wandels?«
Medienwege in Osteuropa: Zwischen Staat, Markt, Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit
Um die osteuropäische Medienlandschaft (beispielhaft) kennenzulernen und die Austausch- und Vernetzungschancen mit demokratischen Medien zu erörtern, haben wir Medien- und ProjektmitarbeiterInnen aus diesen Ländern nach Hattingen eingeladen. Unterstützt wird die Tagungsdiskussion durch Medienfachleute und Projektmitarbeitern aus der BRD, die in den vergangenen Jahren schon Erfahrungen in der Unterstützung, Kooperation und Zusammenarbeit mit Medien in Osteuropa sammeln konnten.
So vielschichtig sich die politischen Verhältnisse in den Ländern Osteuropas darstellen, so unterschiedlich organisiert ist die dortige Medienlandschaft. Auf der einen Seite ergreifen westliche Medienkonzerne ihre neuen Marktchancen, auf der anderen Seite unterliegt öffentlich-rechtlich organisierter Rundfunk noch starkem Regierungseinfluß. Dazwischen kämpfen unabhängige Medien um eine Existenzperspektive.
Die Tagung will beispielhaft Standortbeschreibungen vornehmen und den Blick darauf richten, inwieweit demokratische Medienentwicklungen (unabhängige Medienprojekte) in einzelnen Ländern Osteuropas durch Erfahrungsaustausch und Kooperation unterstützt werden können.
Termin: 9. bis 12.4.96
Ort: DGB-Bildungszentrum Hattingen
Information & Anmeldung:
DGB-Bildungszentrum, K. Grieger
Am Homberg 46-50, D-45529 Hattingen
☎(0 23 24) 50 95 48, Fax 50 95 75

BUKO

Die neue Welthandelsordnung (WTO)
– Ursachen, Folgen, Alternativen, Widerstand
Dieses vom »Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen« (BUKO) veranstaltete Seminar stellt sich der Frage, welche Entwicklungen – Stichwort Globalisierung – zur Institutionalisierung der WTO geführt haben und worin die Neuerungen gegenüber dem alten GATT liegen. Welche Alternativen und Handlungsmöglichkeiten es hierzulande gibt, soll anhand der Diskussionen um den Alternativhandel und um die Regionalisierung des Welthandels verdeutlicht werden. Die Auswirkungen und Reaktionen in der sogenannten 3. Welt bilden einen weiteren Schwerpunkt des Seminars. Im Mittelpunkt stehen dabei die Länder Indien und die Philippinen.
Termin: 22.-24.3.96
Ort: Jugendgästehaus Münster
Information & Anmeldung:
BUKO, Nernstweg 32-34
D-22765 Hamburg
☎(0 40) 39 31 56, Fax 390 75 20

NEUES PROGRAMM

Das neue Programm für 1996 ist bei umdenken e.V., Hamburg erschienen. Spannende neue Angebote für Bildungsurlaube, Wochenendseminare und Veranstaltungsreihen sind im Angebot, aber auch bewährtes aus den letzten Jahren.
Das Recht auf 5 Tage Bildungsurlaub im Jahr sollte jedeR ArbeitnehmerIn in Anspruch nehmen! Vielleicht für eine Fahrt mit der »Anna Lisa ins Wattenmeer«, eine »Radtour an der Elbe«, das »Leben der Frauen auf einer Hallig« oder ein anderes Angebot von den vielen politischen Themen: des Umweltschutzes, Tourismus und Ökologie, Frauenleben und -geschichte oder des Stadtleben Hamburg...
Auch in diesem Jahr bieten wir Wochenendseminare zu Rhetorik, Frauen – Männerthemen und Weiterbildungsmöglichkeiten für Menschen aus (Klein) Betrieben und Vereinen, z.B. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Moderationsmethode u.v.m.
umdenken e.V., Max-Brauer-Allee 116, D-22765 Hamburg
☎(0 40) 389 52 70, Fax 380 93 62

ETHISCHE GELDANLAGE

Geld regiert die Welt – regieren Sie mit?
Stehen Sie vor der Frage, wie Sie Ihr Geld anlegen wollen? Sie haben schon von »ethischer« Geldanlage gehört, wissen aber nicht genau, was sich dahinter verbirgt?
Bei der Bank ist unser Geld mehr oder weniger sicher angelegt und bringt uns Rendite. Es werden damit aber Kredite an Projekte vergeben, deren Finanzierung wir unter Umständen garnicht unterstützen wollen.
Demgegenüber steht ein rasant wachsender Markt für sogenannte »ethische« Geldanlagen, die von einigen »Alternativbanken«, aber zunehmend auch von »konventionellen« Banken angeboten werden.
Dieses Seminar bietet die Gelegenheit, sich einen Überblick über die Möglichkeiten »ethischer« Geldanlagen mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen und unterschiedlichen Renditeerwartungen zu verschaffen.
Tagesveranstaltung am 23.3.96 von 9.30-18 Uhr in der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, Hamburg-Altona.
Information & Anmeldung:
Projekt ökologisches lernen und Handeln
Haus am Schüberg, Wulsdorfer Weg 33
D-22949 Ammersbek
☎(0 40) 605 10 14

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg